

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXV 4–2009

25 JAHRE JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

Schwerpunktredaktion: Karin Fischer, Franz Kolland

mandelbaum *edition südwind*

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Markus Auinger, Gerald Faschingeder, Karin Fischer
(verantwortlich), Margit Franz, Inge Grau, Irmi Maral-Hanak, Karen
Imhof, Johannes Jäger, Bettina Köhler, René Kuppe, Bernhard Leubolt,
Andreas Novy, Christof Parnreiter, Stefan Pimmer, Petra Purkharthofer,
Kunibert Raffer, Anselm Skuhra

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques
Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien),
Friedrich Katz (Chicago), Franz Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz),
Uma Kothari (Manchester), Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe
Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer
(Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Bettina Köhler

Umschlaggestaltung: Bettina Köhler

Titelfoto: Qiang Li, www.flickr.com/photos/ozyman/443545349/

Inhaltsverzeichnis

- 6 KARIN FISCHER, FRANZ KOLLAND
Editorial
- 11 WALTER SCHICHO
25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik
- 19 MARTIN JÄGGLE
Die Vorgeschichte des JEP: ein fragmentarischer Rückblick
- 26 BIRGIT HABERMANN, MARGARITA LANGTHALER
Von der Fragmentierung zur Vielfalt? Entwicklungsforschung
in Österreich

Forschungsexposés

- 34 HENRY BERNSTEIN
Class dynamics of agrarian change: writing a 'little book on a big idea'
- 38 GERALD FASCHINGEDER
Ein Kulturfestival und die Frage nach Bewusstseinsbildung
- 42 KARIN FISCHER
Globalisierung und transnationale Akteursnetzwerke:
Big Business, neoliberale Intellektuelle und Zentralbanker
- 46 HELMUTH HARTMEYER
Globales Lernen in Theorie und Praxis: ein Forschungsexperiment
im Studium Internationale Entwicklung
- 50 KAREN IMHOF, JOHANNES JÄGER
Transformation der Global Financial Governance:
eine politökonomische Perspektive in der Entwicklungsforschung

- 54 FRANZ KOLLAND
Reisen und lokale Lebenswelt: Forschung zwischen
Sozialstrukturanalyse und beobachtender Teilnahme
- 58 HELMUT KONRAD
Von „außereuropäischer Geschichte“ zur „Globalgeschichte“
- 63 UMA KOTHARI
The forced movement of colonised peoples and its impact on
development
- 67 RENÉ KUPPE
Indianerlanddemarkation in Venezuela
- 72 BERNHARD LEUBOLT
Sozialreformistische Politik in der Semi-Peripherie: Brasilien und
Südafrika im Vergleich
- 76 IRMI MARAL-HANAK
Sprache, Diskurs und Partizipation: Studien zu Geberdominanz
und Entwicklung in Tanzania
- 80 ULRICH MENZEL
Das Ende der „Dritten Welt“ und die Rückkehr der großen
Theorie: eine autobiographische Retrospektive
- 85 ANDREAS NOVY
Hauptschule trifft Hochschule
- 90 CHRISTOF PARNREITER
Geographien der Organisationslogiken ungleicher Entwicklung
- 93 STEFAN PIMMER
Internationalisierung und Abhängigkeit: zur Transformation des
Staates in Lateinamerika

97	PETRA PURKARTHOFER Rassismus und Maskulinismus in postkolonialen Verhältnissen
101	KUNIBERT RAFFER Der Süden in der Schuldenfalle: ein Vorschlag zur Lösung der Überschuldung
105	DIETMAR ROTHERMUND The global impact of the Great Depression of the 1930s and of the present financial crisis: a study in contrast
109	WALTER SCHICHO Mein letztes/aktuelles/liebstes (l./a./l.) Forschungsprojekt
112	OLIVER SCHWANK Südafrika: wessen Entwicklungsstaat?
115	Rezension
120	AutorInnen dieser Ausgabe
124	25 Jahre JEP: Verzeichnis der AutorInnen und SchwerpunktredakteurInnen
135	Impressum

Editorial

Das Journal für Entwicklungspolitik feiert seinen 25. Geburtstag: Seit 1983 erscheint unsere Zeitschrift ohne Unterbrechung vier Mal jährlich. Aus diesem Anlass präsentieren wir ein Jubiläumsheft der anderen Art: vormalige und aktuelle Mitglieder der Redaktion und des Board of Editors stellen in Form von Exposés ihre Tätigkeit im Feld der Entwicklungsforschung vor. Auf diese Weise werden jene, die das JEP prägen und gestalten, mit ihren vielfältigen Projekten und wissenschaftlichen Anliegen sichtbar.

Die Form der Darstellung – ob essayistisch oder eher einem Forschungsleitfaden entsprechend – blieb dem Gutdünken der AutorInnen überlassen. Auch die formal-wissenschaftlichen Grundregeln traten in den Hintergrund. Unser inhaltlicher Wunschzettel war hingegen lang: Wir erbaten Auskunft über zentrale Erkenntnisziele sowie theoretische und methodische Zugänge. Angaben zu den tatsächlichen oder erwarteten Ergebnissen der wissenschaftlichen Tätigkeit bzw. des konkreten Projektes waren ebenso erwünscht wie Hinweise zur (entwicklungs)politischen Relevanz. Schließlich sollten die Forschungsnotizen auch Einblicke in die und in persönliche Lernprozesse geben. Reflexion stand im Zentrum des „Auftrags“.

Was machen die vielen Beiträge, die auf unseren Aufruf eintrafen, deutlich? Welche Einschätzungen ergeben sich daraus für diesen Bereich der sozialwissenschaftlichen Entwicklungsforschung? Die Fragestellungen, Methodologien und Programme, die im weitesten Sinn gegenwärtig dieses Forschungsfeld ausmachen, können als multiparadigmatisch bezeichnet werden. Nicht ein Paradigma von Entwicklung steht im Vordergrund, sondern es finden sich sehr unterschiedliche Zugänge. Die Entwicklungsforschung bildet bislang eher ein Dach oder Feld als eine einheitliche Disziplin. Sie hat verschiedene Wurzeln, sie ist eine junge, in mancher Hinsicht erst entstehende Wissenschaft, und ihre theoretischen und methodischen

Grundlagen sind noch längst nicht ausgereift. Dies führt zu mehreren Schwerpunkten, die hervorgehoben werden können.

Erstens ist die Entwicklungsforschung eine multidisziplinäre Wissenschaft, weil ungleiche Entwicklung – von der alle Beiträge in diesem Heft ausgehen – historische, ökonomische, politikwissenschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Dimensionen umfasst. Traditionell befassen sich eine Reihe von Wissenschaften im Rahmen ihrer Disziplin mit Entwicklung, wobei der Gegenstand mit den jeweils relevanten wissenschaftsbezogenen Theorien und Methoden bearbeitet wird (Stichwort Entwicklungssoziologie, Entwicklungsökonomie etc.). Dass Entwicklungsforschung an verschiedenen Instituten angesiedelt ist, ist der institutionalisierten Wissenschaftsarchitektur geschuldet. In der Arbeitsweise der AutorInnen wird aber deutlich, dass sie das Nebeneinander der Einzeldisziplinen vielfach zugunsten einer multi-, inter-, manchmal sogar transdisziplinären Herangehensweise auflösen. Miteinander verbundene Zugänge sind mehr als die Summe der Einzeldisziplinen, und das bringt eine Umgestaltung der beteiligten Fachrichtungen mit sich. Nicht zufällig fehlt in den Exposés eine disziplinäre Selbstverortung der AutorInnen, Christof Parnreiter bezeichnet sie gar als „relativ belanglos“. Wenngleich in der Methodenwahl die fachliche Herkunft und Kompetenz sichtbar werden, ist es gerade die kreative Verschränkung von historischer und geographischer, von politischer und ökonomischer Gesellschaftsanalyse, die die Forschungspraxis vieler unserer AutorInnen kennzeichnet. Die Themen und die Methode(n) ihrer Bearbeitung werden aus der disziplinären Verengung herausgelöst; die Wahl der Methode(n) folgt aus der Fragestellung, nicht aus der fachspezifischen Zugehörigkeit.

Zweitens ist Entwicklungsforschung dadurch gekennzeichnet, dass sie eine regionale Differenziertheit aufweist. Es finden sich Beiträge, die sich auf lateinamerikanische oder afrikanische Gesellschaften in Ländern wie Venezuela (René Kuppe), Chile (Karin Fischer), Mexiko (Stefan Pimmer), Brasilien (Bernhard Leubolt), Tanzania (Irmi Maral-Hanak) und Südafrika (Oliver Schwank und abermals Bernhard Leubolt) beziehen. Eine rein nationalstaatenbezogene Analyse wird in diesen Länderstudien oder -vergleichen allerdings vermieden. Einmal deshalb, weil die Untersuchung auf lokaler oder regionaler Ebene angesiedelt ist (Irmi Maral-Hanak respektive Uma Kothari), zum anderen weil soziale Gruppen, Wanderungsbewe-

gungen, historische Prozesse oder bestimmte Politikfelder beforscht werden. In diesen Arbeiten kommt die transnationale Dimension in den Blick. Die Abwendung von und Überwindung der traditionellen Entwicklungsländerforschung wird von vielen AutorInnen als konzeptuelles und methodologisches Anliegen ausgewiesen. Dies gilt für Helmut Konrads und Dietmar Rothermunds globalgeschichtlichen Zugang zu Zentraleuropa respektive und zu den Krisen der Weltwirtschaft ebenso wie für Henry Bernsteins Untersuchung über Klassendynamiken im Agrarsektor. Auch das Projekt von Johannes Jäger und Karen Imhof zur globalen Finanzordnung, Parnreiters Forschung über die Organisationslogiken globaler Güterketten, Pimmers Analyse peripherer Staatlichkeit und die Studien von Karin Fischer und Uma Kothari zu Akteursnetzwerken und Wissenstransfer verdeutlichen den Abschied vom „methodologischen Nationalismus“.

Dass „Internationale Entwicklungsforschung“ nicht nur im globalen Süden und an der Peripherie der Weltwirtschaft stattfindet, sondern auch in Wien, das zeigen die Projekte von Andreas Novy und Gerald Faschingeder. Die Untersuchung ungleicher Entwicklung wird, wie Novy über sein Lieblingsprojekt mit Wiener SchülerInnen mit migrantischem Hintergrund schreibt, „als ein breites, auch Europa integrierendes Forschungsfeld“ verstanden, „dem ein Konzept von Entwicklung als die Gesamtheit widersprüchlicher Dynamiken zugrunde liegt“.

Drittens wird an den in diesem Heft versammelten Beiträgen sichtbar, dass der Entwicklungsforschung sehr unterschiedliche theoretische Konzepte zugrunde liegen. Eine genauere Analyse zeigt, dass diese nur zum Teil aus diesem Feld selbst kommen. Theorien der älteren Entwicklungsforschung, ob Dependencia oder Basic-Needs-Ansätze, haben an Strahlkraft verloren. Konzepte und Theorien entstammen meist den jeweiligen Fächern und gelangen von dort in die Entwicklungsforschung. Angesprochen werden etwa Theorien des Staates, der Zivilgesellschaft und des Raumes und der sozialen Ungleichheit sowie Konzepte zu Migration, Armut, Bildung und Partizipation. Darin zeigt sich, könnte man schlussfolgern, die prekäre intellektuelle Identität der Entwicklungsforschung. Ulrich Menzel deutet das anders und formuliert in seiner autobiographischen Retrospektive die neue These, dass Theorien mit größerer Reichweite als die alten Meistererzählungen von Entwicklung und Unterentwicklung in die Entwicklungsforschung einziehen: „Entwicklungstheorien sind immer nur Teil der großen

Theorie über Globalisierung und Fragmentierung im Weltmaßstab, über den Aufstieg und Niedergang der großen Mächte und Zivilisationen, über imperiale und hegemoniale Weltordnungen und deren Verfall.“

Gleichzeitig fällt auf, dass die mittlere und jüngere Generation großes Interesse an kritischer Theorie zeigt und diese für aktuelle entwicklungsbezogene Fragestellungen nutzt. Stefan Pimmer beispielsweise nimmt sich die von TheoretikerInnen des Zentrums erdachten Staatstheorien vor und prüft diese auf mögliche Grenzen und Schwachstellen in Bezug auf die Analyse peripherer Staaten. Das Interesse an Theorie, Fragen ihrer Anwendung und Weiterentwicklung eint auch die Forschungsanliegen von Fischer, Leubolt, Parnreiter und Purkarthofer.

Viertens ist die Entwicklungsforschung sowohl im Bereich anwendungsorientierter als auch im Bereich der Grundlagenforschung angesiedelt. Unter pragmatischer Perspektive und befördert durch die Einsicht, dass sich die Ökonomie und staatliches Handeln gleichermaßen in der Krise befinden, hat sich die Entwicklungsforschung in den letzten Jahren mehr als je zuvor auf Fragen und Probleme konzentriert, die die Lebenssituation sozioökonomisch benachteiligter Gruppen betreffen und unmittelbar mit den Voraussetzungen und Konsequenzen der entwicklungspolitischen Gestaltung sozialer Lebensverhältnisse zusammenhängen. Damit ist zum einen das Spannungsfeld angesprochen zwischen einer kritischen „Forschung über Entwicklung“, das an Grundlagen- und Strukturwissen orientiert ist, und einer anwendungsorientierten „Forschung für Entwicklung“, deren Ergebnisse im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in praktisches Handeln auf staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Ebene einfließen. Auffällig ist in der Forschungsausrichtung die starke Aufspaltung zwischen Lebensweltorientierung und Strukturanalysen. Das spannungsreiche Verhältnis von kritischer Wissenschaft und praktischer Verwertbarkeit ist dem Forschungsfeld allerdings immanent, wie Menzel am Beispiel der Entwicklungspolitik, die sich sicherheitspolitisch instrumentalisieren lässt, anführt. Die Entwicklungsforschung ist seit ihrem Beginn stark normativ geprägt, wenngleich Parnreiter sich davon abgrenzt. Forschung über Entwicklung untersucht die Wirkung von Interventionen, stellt sich der Frage nach geeigneten Regeln für entwicklungsbezogenes Handeln und will bestimmte AkteurInnen stärken – das zeigen exemplarisch die Beiträge von René Kuppe, Irmi Maral-Hanak, Andreas Novy und Kunibert Raffer.

In diesem Bereich von anwendungsorientierter und Grundlagenforschung ist ein weiterer Aspekt angesiedelt, der wohl eine der zentralen Herausforderungen in diesem Feld bildet, nämlich die Verbindung von Mikro-, Meso- und Makroebene. Angesprochen wird die Verwobenheit von Mikro- und Makroebene von Franz Kolland, der „die Frage der lebensweltlichen (Re-)Produktion von Wirklichkeit im figurativen Feld des Tourismus“ behandelt.

Die anhand der individuellen Forschungsexposés festgestellten Charakteristika, Veränderungen und Spannungsfelder eines vielfältigen Forschungsfeldes werden in der Geschichte des JEP sichtbar. Walter Schicho gelangt, nachdem er 25 Jahrgänge des Journals analysiert hat, zu ähnlichen Einschätzungen: Die Forschungsperspektive der Redaktion ist im Laufe der Zeit eine stärker globale geworden, die AutorInnen mischen in aktuellen Theorie-Debatten mit und sehen ihre Aufgabe in der Analyse der vielfältigen Erscheinungsformen ungleicher Entwicklung und der ihr zugrunde liegenden Machtverhältnisse.

Das Jubiläumsheft bietet neben Walter Schichos Betrachtung der weißen, blauen und roten Periode des JEP noch zwei weitere Beiträge, die die Möglichkeit von Entwicklungsforschung in Österreich reflektieren. Martin Jäggle schreibt über die institutionellen Rahmenbedingungen (und Widerstände), entwicklungsbezogene Lehre und wissenschaftliche Publikationen zu etablieren. Er fokussiert dabei auf die Frühzeit des Aufbaus einer Scientific Community in den 1970er und 1980er Jahren. Birgit Habermann und Margarita Langthaler schließen an mit einer gegenwartsbezogenen Analyse der Entwicklungsforschungslandschaft.

Insgesamt verweist dieses Heft auf eine lebendige und vielfältige Debatte, die in der Entwicklungsforschung stattfindet. Diese Dynamik ist vielleicht gerade dadurch gegeben, weil sie nicht in institutionelle Rahmen eingebunden ist. Sie hat sich einen eigenen Raum im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gefüge erkämpft. Die hier dargestellte Entwicklungsforschung tritt selbstbewusst und pointiert auf. Sie baut nicht nur auf einer bemerkenswerten Vergangenheit auf, sondern vor ihr liegt auch eine viel versprechende Zukunft.

KARIN FISCHER, FRANZ KOLLAND
Wien, im Dezember 2009

WALTER SCHICHO

25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik

Mit 25 sind Menschen und Zeitschriften in ihrem besten Alter. Viele hoffungsvolle Neugründungen wissenschaftlicher Periodika stellen bald nach dem siebten Heft ihr Erscheinen ein. Ist jedoch einmal das 18. Erscheinungsjahr vorbei, brauchen die LeserInnen wie der Herausgeber keine Kinderkrankheiten mehr zu befürchten.

Das *Journal für Entwicklungspolitik* (JEP) hat sich zweimal gehäutet und befindet sich bei bester Gesundheit. „Keine Lobpreisung des Journals und seiner Verdienste“ wünschten sich die Heftverantwortlichen und die Redaktion. Zwei Bemerkungen seien dennoch gestattet: Ich danke allen, die sich um das JEP in guten und schlechten Zeiten gekümmert haben, und ich gestehe, dass ich seinerzeit gegen seine Gründung gestimmt habe – ich gebe zu, das war ein Irrtum.

Die Häutungen

25 Jahre lassen sich nicht in einem verfolgen und beschreiben; die Veränderung des Covers und des Layouts eignet sich daher ganz gut für eine Periodisierung der Geschichte des JEP. Diese „Häutungen“ kennzeichnen Umbrüche, die zwar nicht so abrupt gekommen sind, wie es das neue Gesicht glauben macht, aber jedenfalls Neues signalisieren; das betrifft den Inhalt, die dahinter liegenden Dispositive, aber auch die Menschen, die diese Hefte gefüllt, gestaltet und produziert haben. 25 Jahre JEP, das ist die Geschichte eines erfolgreichen Versuchs, Entwicklungsforschung in der österreichischen Academia einzuführen; es ist zugleich eine Geschichte der wechselnden Theorien, Themen, Leitfiguren, MitläuferInnen, Produktionsweisen und Verflechtungen. Die weiße Periode reicht vom 1. bis zum

10. Jahrgang, die blaue vom 11. bis zum 18., und dann folgt der Aufbruch in die Moderne, mit einem altroten Rahmen und einem Bild. Rot vermittelt Kraft, aber auch Wärme, bedeutet Leidenschaft und zugleich Kampf: Das ist kein schlechtes Omen für viele weitere Jahrgänge. Teurer ist das Heft geworden, von öS 50,- pro Heft auf € 9,80, womit sich der Preis fast verdreifacht hat, während die Inflationsstatistik auf Basis 1986 nur 163 Prozent ausmacht.

Die weiße Periode

Gunnar Myrdals Name steht ganz oben im Inhaltsverzeichnis von Nr. 1/1985. Auch wenn der berühmte Autor den Beitrag zum Wiederabdruck gestiftet hat, so ist er doch programmatisch für das Journal: ein wenig kritische Distanz zu dem, was damals noch „Entwicklungshilfe“ genannt werden durfte, und zum *Mainstream* der westlichen Entwicklungsforschung, zugleich jedoch wollte man den Bezug zum österreichischen und internationalen *aid business* keineswegs verlieren. Das Journal war von allem Anfang international und gleichzeitig auf eine oft schmerzliche Weise österreichlastig.

Trotz Themenschwerpunkte und planender Vorausschau, um die sich die Redaktion bald bemühte, blieb der bunte Mix erhalten: nationale und internationale Beiträge, in denen Berichte über Konferenzen und schlichte Erzählungen über Entwicklungszusammenarbeit das Feld behaupten. Die grundlegende Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Entwicklung tritt dahinter zurück und erweist sich gegenüber andernorts Veröffentlichtem als möglicherweise nicht mehr ganz originell. Die bunte Mischung, Wiederabdrucke bereits erschienener Veröffentlichungen und die Feststellung, dass viele AutorInnen dem Journal Vorträge überließen, zeugen vom Kampf der Redaktion ums Überleben. Dass das JEP überlebte, verdankt es vor allem dem längstdienenden Redaktionsmitglied und *Mastermind* hinter dem Projekt, Franz Kolland. Ohne ihn gäbe es kein JEP (und ohne JEP wahrscheinlich auch keinen Mattersburger Kreis mehr).

Inhaltlich folgte das Journal der weißen Periode dem „entwicklungspolitischen“ Diskurs der Jahre zwischen 1985 und 1995: Verschuldung, Nahrungsmittelsicherheit und UNO-Frauendekade finden sich im ersten

Jahrgang. Mit wechselnden Gegenständen geht es weiter: Technologie und ihre Bewertung (3/1986), unterschiedliche Geberstrategien im Kontext des Ost-West-Gegensatzes (2/1986), Gegenstrategien des Südens vom Norden aus betrachtet und dargestellt (1/1986), die Klimafrage (3/1992) und die Menschenrechte (1/1994). „Entwicklung“ ist dort, wo der „Süden“ ist, und „Strukturanpassung“ erscheint auch noch im Jahr 1990 als eine durch die Betroffenen verursachte Notwendigkeit: „a country lives beyond its means“ (4/1990: 5). Die Konditioniertheit des Schreibens durch ideologische Dispositive fällt dem Leser aus der zeitlichen Distanz deutlich auf. „Die Klassenauseinandersetzungen im indischen Dorf werden davon gekennzeichnet, dass sich die aus der kapitalistischen Entwicklung resultierenden objektiven Widersprüche zwischen den Klassen im allgemeinen noch nicht in gleicher Schärfe im bewussten und organisierten Kampf der werktätigen Bauernschaft und der Dorfarmut um ihre ökonomischen und politischen Rechte widerspiegeln“ (1/1986: 47). Solches muss damals schon antiquiert geklungen haben. Dabei liegt es nicht unbedingt an der Verpflichtung zur „politischen Korrektheit“, wie ein immer noch interessanter Beitrag zum „islamischen Modernismus“ im gleichen Heft zeigt. Manches ist antiquiert ob der Schnelllebigkeit der Branche, dem raschen Wechsel von Moden und Begriffen: Wer würde im Zeitalter der Mikrokredite noch über „Rotationsfonds“ (1/1991) schreiben? Anderes ist „originell“ und manches hätte ein aufmerksames Lektorat nicht durchgehen lassen dürfen: „Der Indianer stirbt, wenn seine Zeit gekommen ist“ (2/1992: 170).

Den Autorinnen und Autoren tut niemand Zwang an: Sie schreiben, wie man es von ihnen kennt, und gibt es einmal, selten genug, kontroverse Positionen, sind die Spitzen ziemlich stumpf.

Es gelingt dem JEP in der weißen Periode nicht, zu einer Linie zu finden, weder bei der Wahl der Schwerpunktthemen noch hinsichtlich der Positionen, die immer noch nicht ganz weg von der *Dependencia* liegen und doch bereits das „Ende der großen Theorie“ und das Heraufziehen des Post-Development erahnen lassen. Die zahlreich vertretenen PraktikerInnen und ExpertInnen vor Ort bringen ihre Dinge auf den Punkt, sehen aber kaum über den Punkt hinaus. Es lag wohl nicht in der Macht der Redaktion, eine einheitliche Linie durchzusetzen. Das JEP bot vielmehr für eine sehr heterogene AutorInnenschaft ein Forum, das mehr ein Nebeneinander als ein Mit- oder Gegeneinander kennzeichnete. Und was das große „I“ betrifft:

Die Autorinnen bekamen in der weißen Periode zumeist nur dann Platz eingeräumt, wenn es galt ein die Thematik „Frauen“ zu bearbeiten.

Das JEP dieser Periode ist oft rückwärts gerichtet, erzählt über Gewesenes, argumentiert auf einfache Art und Weise – „Entwicklungshilfe ist eine moralische Verpflichtung“ (3/1985), „rural development, obviously, involves something more than agricultural development“ (1/1987: 54) – und kommt dem Aufruf zur kritischen Distanz nur zögerlich nach.

Die Zeit ist unbarmherzig über die meisten Texte drübergefahren. Was würde ich wieder lesen? Andre Gunder Franks *Debt Where Credit is Due* (3/1987) und *Holier Than Thou in the Gulf* (1/1991), Hans Singers *Beyond the Debt Crisis* (3/1991), Andrea Komlosys *Kritische Auseinandersetzung mit Dieter Senghaas' Entwicklungsbegriff* (3/1985) sowie das Heft 4/1994 über die *Auswirkungen der Strukturanpassung auf die Entwicklungsländer*. Dem Herausgeber Kunibert Raffer gelang es hier, die Texte zu Armut und Strukturanpassung zu einer dichten „Erzählung“ zusammenzustellen. Damit gehört er eigentlich schon in die nächste, die blaue Periode.

Die blaue Periode

Aus dem unschuldigen Weiß wurde ein kräftiges Blau. Doch nicht nur die Farbe wechselte. Druck und Vertrieb gingen aus dem Eigenverlag an das Tandem Brandes & Apsel / Südwind, und der Preis des Heftes sprang von öS 80,- auf 120,-. Angesichts der damaligen Preisanhebung wird dem Chronisten (und Abonnenten) aber plötzlich klar, welch wohlfeiles Heft er gegenwärtig für € 9,80 in die Hand bekommt.

Die Nennung der Redaktion ist von der Innenseite des Covers nach rechts auf die Schmutztitelseite gerückt. Sie steht im Zentrum zwischen Herausgeber und Board of Editors – eine doch wohl programmatische Ansage. Die Themen der Schwerpunktheftes signalisieren Grundsätzliches und sind, den „Nord-Süd-Dualismus“ überwindend, bereits stärker aus einer globalen Perspektive heraus gestaltet: *Neopopulismus in Lateinamerika* (1/1995), *Regionale Integration in Südamerika* (2/1998) oder *Megastädte* (4/1998); auch zeigen sie, wie die Ausgabe 3/1995 zu *Migration*, gelegentlich bereits die ordnende Hand der HeftherausgeberInnen.

Vergessen und überwunden ist die weiße Periode allerdings nicht, und auch der bunte Mix der frühen Jahre kommt wieder zum Vorschein. Die Veröffentlichung biederer Vorträge einer Tagung unter dem vielversprechenden Titel *New Tendencies of Aid Policy in Rural Development* (2/1995) war möglicherweise nicht das Beste, um neue AbonnentInnen zu gewinnen. *Zivilgesellschaft und Entwicklungspolitik* (4/1997) umgeht voll und ganz das Dilemma der Nord-NGOs in den 1990er Jahren, denen der Staat als Finanzier das Alleinverfügungsrecht über die Mittel des *aid business* zu entziehen drohte und die auf diese „Kindesweglegung“ nicht wirklich mit Alternativen zu antworten wussten. Mit *Bürger, Bauern und Studenten in der EZA* (1/1997) leistete sich die Redaktion unzweifelhaft den schrägsten Titel eines Schwerpunktheftes in der 25-jährigen Geschichte des JEP.

Mit den auslaufenden 1990er Jahren erweiterte und verjüngte sich die Redaktion – *Eine neue Ordnung der Macht?* (4/2000). Die Themen wurden griffiger, die Argumentation schärfer, und die Redaktion kümmerte sich merkbar um die Texte. Gelegentlich passierten noch Dinge wie *Cows, Buffaloes and the Rural Poor in India* (4/1999) – im gleichen Heft platziert wie eine interessante Auseinandersetzung mit Göran Hydens *Uncaptured Peasantry*.

Es entstanden in der blauen Periode eine Reihe von Themenheften, die frau/man vielleicht noch mal lesen sollte (hineinlesen zumindest) und die als empfohlene Lektüre für ein Seminar oder eine Vorlesung eine wertvolle Ergänzung der Leseliste darstellen: *Migration* (3/1995), *Megastädte* (4/1998) und *Neoliberalism at work* (3/2002) sind keineswegs die einzigen. Mit solchen Themen setzte die Redaktion eigene Akzente in der wissenschaftlichen Befassung mit Entwicklung und folgte nicht bloß dem *Mainstream* wie in der ersten Periode. Die lokale, österreichische Erzählung kam dabei keineswegs zu kurz, war jedoch gestraffter und trat mehr in den Hintergrund. Das hatte wohl auch damit zu tun, dass inzwischen andere Medien die *News* und Statusberichte weit aktueller an die interessierte Gemeinde brachten.

Das JEP verlor in der blauen Periode an Bedeutung hinsichtlich Information und Vernetzung der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit und gewann dafür im Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Es eroberte sich eine Position auf dem deutschsprachigen Markt.

Die rote Periode

Ein neuer Verlag, ein komplett neues Layout und das stärkere Hervorheben der HeftherausgeberInnen gegenüber der Redaktion kennzeichnen den Beginn der dritten Periode. Nicht allein die äußere Form betont das Selbstbewusstsein und die neue Dynamik des JEP; das Journal wurde definitiv international und ließ die Bindung an EZA und Österreich hinter sich. Das Konzept „Entwicklungspolitik“ im Titel wurde mit diesem Umbruch eigentlich obsolet, zu eng für das Programm, das das Journal seit 2003 anbietet. Eigentümer, Herausgeber und Redaktion waren zum Zeitpunkt der Neugestaltung zu vorsichtig und der Name bereits zu gut eingeführt, um ihn zu ändern.

Die neue Folge griff zu Beginn mit *Landreformen in Afrika* (1/2003) ein Thema auf, das zur gleichen Zeit die Weltbank ins Zentrum einer internationalen Diskussion stellte. Gleichzeitigkeit, besser noch Vorgeben der Themen im internationalen Kontext, wird als Motto sichtbar. Mit den drei weiteren Heften des Jahrgangs 2003 – *Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika*, *Neue Internationale Armutsprogramme: Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht?* und *Wem gehört das Wasser?* – besetzte das Team um Karin Fischer deutlich jene kritische Position, die ein Teil der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit dem JEP bereits lange zuvor, und da nicht wirklich begründet, zum Vorwurf gemacht hatte. „Benötigen wir neue Entwicklungsvisionen?“, fragt Dieter Senghaas im Heft über die neuen internationalen Armutsprogramme und stellte in seiner Antwort fest, es würde hinreichen, die alten richtig zu lesen: „Keine der Neuheiten, die derzeit auf dem theoretischen Markt angeboten werden, ist wirklich neu. ‚Neu‘ sind sie nur, weil mit dem Gedächtnisschwund derer gerechnet wird, die es eigentlich besser wissen könnten, oder weil auf die Leichtgläubigkeit jener gehofft wird, die sich, wie jede nachkommende Generation, mit den ‚essentials‘ neu vertraut machen müssen“ (2/2003: 9). Leider haben nicht alle AutorInnen des Hefts sein Statement gelesen. Sonst aber belegt das JEP 2/2003, dass „kritisch“ nichts mit einer fixen Werteposition zu tun hat und sich das Journal zur Meinungspluralität bekennt.

Es erweist sich zwar in den folgenden Heften, dass der Stil des „entwicklungspolitischen Erzählens“ mit Beginn der dritten Periode nicht ganz überwunden war, doch wurde immer deutlicher, dass „Entwicklung“, „Überwin-

„Ungleichheit“ und „globale Strukturen der Macht“ zum zentralen Gegenstand geworden waren und die alten Ansätze der „Entwicklungsländerforschung“ endgültig ihren Platz im Journal verloren hatten. Eine globale Orientierung ersetzte die Nord-Süd-Perspektive, womit auch die geographische Verortung der AutorInnen ihre früher durchaus relevante Bedeutung verlor.

Approaches to Governance (1/2007) macht deutlich, dass zu einem ziemlich strapazierten Thema auch ein anderer Zugang möglich ist und dass für die Entwicklungsforschung eine Differenzierung in „Norden“ und „Süden“ – im geographischen Sinne wie in der Zuschreibung der Rollen – ihre Bedeutung eingebüßt hat. Mit *Perspectives on Development Studies* (2/2007) versuchte dann das Journal und mit ihm der Mattersburger Kreis, den Gegenstand bzw. die Frage nach der Entwicklungsforschung als eigene Disziplin und den eigenen Standort genauer zu bestimmen. Die Texte und das damit verbundene Symposium waren wichtig und motivierend, doch blieben die Fragen letztlich ohne befriedigende Antwort. Das hat, natürlich, mit der Komplexität des Gegenstands zu tun und mit der diffizilen Balance zwischen Grundlagenforschung und Anwendung, wohl aber auch mit der Tatsache, dass Entwicklungsforschung als Disziplin *in statu nascendi* nicht nur von ihren „Ursprungsdisziplinen“ vereinnahmt wird, sondern auch die Grenzen der wissenschaftlichen Gemeinde und das Feld der zugehörigen Gegenstände immer noch sehr diffus sind.

Da ist es entschieden hilfreich, dass (mit einer Ausnahme) alle folgenden Hefte zur Bestimmung dieses Feldes einen wesentlichen Beitrag liefern: Sie behandeln Sicherheit und Entwicklung (4/2007), periphere Staatlichkeit (2/2008), Umwelt und Entwicklung (3/2008), ungleiche Entwicklung im Weltmaßstab (4/2008), das globale Finanzsystem (1/2009) und globale Güterketten und Produktionsnetzwerke (2/2009). AutorInnen und HerausgeberInnen dieser Hefte nehmen einerseits die Herausforderungen an, die von aktuellen, in relevanten Diskursen prominent platzierten Themen ausgehen, lassen sich jedoch nicht vereinnahmen und auf das platte Niveau der entwicklungspolitischen Broschüren und (anglo-amerikanischen) *seller des aid business* hinunterziehen. Natürlich sind nicht alle Hefte von gleich bestechender Qualität; zudem erscheint mir eine enge Verbindung der Heftgestaltung mit Konferenzen nicht unbedingt ideal – das mag vielleicht aus Umsatzgründen Sinn machen, die damit verbundenen organisatorischen

und „gesellschaftlichen“ Notwendigkeiten verhindern jedoch die stringente Durchsetzung der redaktionellen und herausgeberischen Leitlinien.

Die Redaktion ist umfangreicher geworden und jünger: In beiden Richtungen möge sie sich in Zukunft weiter bewegen. Die österreichischen Universitäten haben in den letzten Jahren eine Reihe interessierter und kompetenter EntwicklungsforscherInnen in ein leider oft prekäres Akademikerdasein hinaus entlassen. Sie haben eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Standorte wenn schon nicht wirklich gefördert, so doch immerhin mitgetragen, und dem organisatorischen Ausbau der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien wird nach dem Lehrbereich auch eine Intensivierung der Forschung folgen. Das Journal für Entwicklungspolitik hat dazu vielleicht mehr beigetragen als es *prima vista* den Anschein hat. Es liegt jetzt bei der wachsenden wissenschaftlichen Gemeinschaft, einen entsprechenden Beitrag auch für das JEP zu leisten.

Fazit

Während der 25 Jahre seines Erscheinens hat sich das *Journal für Entwicklungspolitik* auf mehrfache Art und Weise geöffnet und verändert:

- Von der „Entwicklungsländerforschung“ über eine „entwicklungspolitische Forschung“ zur Entwicklungsforschung;
- von einer „angepassten“ Position zu einer „distanziert-kritischen“;
- von einer lokalen Perspektive zu einer globalen;
- von einer retrospektiv-reagierenden zu einer vorausblickend-agierenden Strategie.

Dass eine solche Entwicklung möglich war, verdankt das JEP seinen AutorInnen, seinen sich selbst ausbeutenden Redakteurinnen und Redakteuren sowie den für geringen Lohn werkenden Menschen in Produktion und Lektorat, es verdankt dies der Unterstützung durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt seinen AbonnentInnen: Mögen Letztere mehr werden!

MARTIN JÄGGLE

**Die Vorgeschichte des JEP:
ein fragmentarischer Rückblick**

Das *Journal für Entwicklungspolitik* (JEP) ist nicht vom Himmel gefallen, zugleich aber kann ein Rückblick in die JEP-lose Zeit keine historisierende Beschreibung einer Art konsequenten Weges zu der österreichischen wissenschaftlichen Fachpublikation für Fragen Internationaler Entwicklung sein. Die (hochschul)politischen und institutionellen Widerstände, der neuen wissenschaftlichen Herausforderung einen angemessenen Rahmen und Raum zu geben, waren hoch, ebenso der Preis, individuell Fachkompetenz aufzubauen und anerkannt zu bekommen sowie Vernetzungen und Strukturen zu schaffen.

Zu den grundlegenden Voraussetzungen einer anerkannten wissenschaftlichen Fachzeitschrift gehört – neben den erforderlichen Strukturen, Ressourcen und kompetenten Verantwortlichen – eine einschlägige Scientific Community. Diese ist in gewissem Sinn sowohl Rezipientin als auch Produzentin des Mediums, konstituiert sich in einem Fachdiskurs insbesondere durch spezifische Forschung, Lehre sowie einschlägige Praxis und wird durch die Fachzeitschrift zugleich auch profiliert. Bei unserem Thema kommt dem universitären Raum, jedenfalls in Österreich, aufgrund seiner wissenschaftlichen Bedeutung und seiner Ressourcen eine Schlüsselrolle zu.

Hier sollen nun ein – nicht vollständiger – Einblick in Versuche und Schwierigkeiten am Weg zum Aufbau einer Scientific Community gegeben und vorausgehende publizistische Versuche benannt werden.

Zur institutionellen Vorgeschichte

Während an den Universitäten und Hochschulen internationale Entwicklungsfragen Angelegenheit einzelner und vereinzelter Fachleute waren, sind außerhalb der Universitäten einschlägige wissenschaftsorientierte Organisationen gegründet worden. Dazu zählen beispielsweise das im Jahr 1962 von Bruno Kreisky eingerichtete Wiener Institut für Entwicklungsfragen, dem unter anderen die Aufgabe zukommt, wissenschaftliche Veranstaltungen durchzuführen, und die 1967 vom Afroasiatischen Institut Wien und dem Österreichischen Auslandsstudentendienst (ÖAD) gegründete Österreichische Forschungsförderung für Entwicklungshilfe – ÖFSE, die sich ihrer Bestimmung nach als Forschungszentrum zu allen Fragen der Entwicklungsländer und der Entwicklungshilfe betreffend konstituierte. Die am 1. Februar 1971 vom damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky einberufene „Enquete Entwicklungshilfe“ führte erstmals alle relevanten Organisationen und Personen zusammen, um eine konzeptionelle Grundlage für die Politik auszuarbeiten. Die Forderung nach Intensivierung der Forschung war Teil des Konzeptes – mit Schwerpunkt in der außeruniversitären Forschung, der damaligen Situation und Interessenslage entsprechend (Haselbach 1971).

Es gab unterschiedliche und auch zweifelhafte Bemühungen, die Auseinandersetzung mit Entwicklungsfragen an Österreichs Hochschulen strukturell zu verankern. So wurde mit dem Studienjahr 1970/71 versucht, „in Salzburg ein *Forschungsinstitut für Grundlagenforschung* (in Zusammenhang mit dem Institut für Soziologie und Kulturwissenschaft) einzurichten, das sich den Fragen des Kulturwandels mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer widmen“ sollte (Jäggle 1973: 25). Dieses Anliegen stieß bei der Österreichischen Rektorenkonferenz auf Wohlwollen: „Das Phänomen Entwicklungshilfe als Akzelerator des Kulturwandels erfordert gesonderte wissenschaftliche Bemühungen; ein besonderes Forschungsinstitut für diese Problematik, das zu den bestehenden Lehr- und Forschungsinstituten ergänzend treten sollte, fehlt im gegenwärtigen Hochschulaufbau“ (ebd.: 25). Realisiert wurde dieses Projekt wie alle anderen ähnlich gelagerten nicht. Zu einer Einrichtung, die den wissenschaftlichen Diskurs insbesondere im Grundlagenbereich konzentrieren und vorantreiben konnte, kam es nie.

Die Rektorenkonferenz hatte in Reaktion auf studentische Initiativen einen Ausschuss „Hochschulen und Entwicklungsländer“ einberufen, dessen Abschlussbericht vom 19. März 1973 empfahl, „die Tätigkeit in Richtung der Entwicklungsländer- und Entwicklungshilfeforschung zu verstärken und durch die Arbeit in einzelnen Disziplinen Vorarbeiten für die interdisziplinären Forschungen in Angriff zu nehmen.“ (ebd.: 25). Die Rektorenkonferenz nahm dafür besonders die sprachwissenschaftlichen Institute in den Blick, „in deren Rahmen Landes- und Kulturkunde (der Entwicklungsländer) betrieben wird“, die „zu ‚area-studies‘ ausgebaut werden“ könnten; „einen ähnlichen Ausbau könnten geographische, ethnologische und anthropologische Institute erfahren. ‚Area-studies‘ über Entwicklungsländer an Hochschulen könnten in einer nächsten Entwicklungsphase dann allgemein als interdisziplinäre Institute der Hochschule oder mehrerer Hochschulen eingerichtet werden“ (ebd.: 25). Doch auch dies wurde nicht realisiert. Entwicklungspolitik blieb „ein Nischenthema einzelner Lehrender, und wer von ihnen organisationelle Unterstützung brauchte, fand sie bei Einrichtungen der Lehrerfortbildung oder NGOs. Wissenschaftliche Kooperation mit dem Süden realisierte sich vor allem als fachspezifische Forschungsarbeit im Süden oder als Betreuung von Studierenden ‚aus Entwicklungsländern““ (Schicho/Parnreiter 2005: 35).

Die wissenschaftliche Lehre

Für Anfang der 1970er Jahre liegt eine vollständige Dokumentation und Analyse der Lehrveranstaltungen an Wiener Universitäten und Hochschulen vor, die zu dem Ergebnis kommt, dass es damals an keiner dieser Einrichtungen „im Rahmen des allgemeinen Studienbetriebes ein Angebot an Lehrveranstaltungen [gab], welches eine Spezialisierung von interessierten Studenten auf Entwicklungsfragen ermöglicht[e]“ oder gar eine Grundlage „für ein zusammenhängendes Studium“ bot (Spirik 1973: 36). Symptomatisch für die universitäre Situation ist, dass die erste relevante Arbeit über Österreichs Entwicklungspolitik im Rahmen eines universitären Studiums an der Johns Hopkins University in Bologna, also im Ausland, entstanden ist (Kumpfmüller 1973).

Beachtenswerte Lehrveranstaltungen beruhten auf der Initiative einzelner, wie die einzige relevante Lehrveranstaltung an der Technischen Hochschule Wien (heute Technische Universität Wien) „Wohnbau in Entwicklungsländern“ von Götz Hagmüller. Die Wiener Wirtschaftswissenschaften zeigten sich gegenüber unserem Thema als völlig abstinent.

Angesichts der Erwartungen und Interessen der Studierenden war dies damals schon nicht zu rechtfertigen, wie eine Erhebung der Österreichischen HochschülerInnenschaft dokumentiert, die Anfang 1972 ein eigenes „Referat für Entwicklungsfragen“ gründete (Jäggle 1973: 21). So forderte der Zentralausschuss der ÖH in einem Schreiben vom 12. Juli 1972 an alle wissenschaftlichen Hochschulen die Einrichtung einer grundlegenden Einführungslehrveranstaltung mit dem Ziel, „die gesellschaftliche Interdependenz jeder Aktivität und Inaktivität gegenüber den Entwicklungsländern bewusst zu machen und durch das Bewusstwerden den einzelnen zu Konsequenzen in seinem Verhalten und seiner Einstellung gegenüber den Entwicklungsländern zu veranlassen. Eine solche Lehrveranstaltung ist daher für jeden Studenten relevant, sowohl für den, der nur in die Problematik eingeführt werden will, als auch für jene, die sich mit Entwicklungsfragen im Rahmen ihres Faches oder überhaupt mit der Zielrichtung eines aktiven Einsatzes befassen“ (ebd.: 26).

Die Reaktion angesichts der Analyse des defizienten Lehrangebotes und des festgestellten Interesses der Studierenden (Spirik 1973: 84-115) war die Abhaltung von Blockseminaren – außerhalb der offiziellen Lehrveranstaltungen – „Einführung in die Probleme der Entwicklungsländer“ zu Beginn jedes Semesters an jeweils einer anderen Hochschule, finanziert aus ministeriellen Subventionsmitteln der ÖH und unter reger studentischer Beteiligung. Das erste dieser Blockseminare fand von 25. bis 29. September 1972 an der Universität Wien statt. Als VeranstalterInnen zeichneten das Geographische Institut der Universität Wien, die Österreichische HochschülerInnenschaft, das Institut für Internationale Zusammenarbeit und das Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung. Diese Seminare waren mit dem Anliegen verbunden, einen problembezogenen Lernprozess zu initiieren, wie zum Beispiel: „Der Student analysiert einige mögliche Ursachen des Bevölkerungswachstums, untersucht die Ursachen von Ungerechtigkeiten, untersucht die Rolle der Wirtschaftsstrukturen, analysiert Machtstrukturen und deren Einfluß auf Entscheidungen“ (Spirik 1972: o.S.). Gemäß

einstimmigem Beschluss der Rektorenkonferenz sollte „eine Einführung in die Probleme der Entwicklungsländer (...) als dauernde Einrichtung vorgesehen sein“ (Jäggle 1973: 24). Doch Mitte der 1970er Jahre fand auch diese Initiative ein Ende.

Die „Studierenden aus Übersee“

Anfang der 1970er Jahre war der Anteil der Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an der Gesamtzahl aller Studierenden in Österreich deutlich höher als heute. Mit 2.141 Studierenden kamen im Studienjahr 1969/70 ca. vier Prozent aller Studierenden an Österreichs Hochschulen und Universitäten aus den so genannten Entwicklungsländern (Statistik Österreich 1970). Damals wurden Österreichs Hochschulen und Universitäten traditionellerweise zuallererst von StudentInnen aus dem Iran aufgesucht. Fast die Hälfte der außereuropäischen Studierenden kamen aus diesem einen Land, um hier wie die meisten damals so genannten „Studierenden aus Übersee“ primär Technik und Medizin zu studieren. An zweiter Stelle der Herkunftsländer standen Anfang der siebziger Jahre noch arabische Staaten (Ägypten, Syrien, Jordanien). Der mit einem europäischen Abschluss erworbene Status war hoch, die inhaltliche Relevanz des Studiums für die spätere Berufssituation dementsprechend von geringer Bedeutung. Wer bedenkt, dass es gerade in Technik und Medizin kaum ein spezifisches Lehrangebot für Studierende aus diesen Ländern gegeben hat, kann sich vorstellen, dass für diese Studierenden auch als Person mit spezifischen Fragestellungen kein besonderer Platz vorgesehen war.

Gemäß der von Spirik zitierten Studien sahen 42 Prozent der befragten Studierenden „keine Beziehung zwischen dem Studium, das sie hier betrieben, und den Problemen ihres Herkunftslandes“ (Spirik 1973: 80). Das Lehrangebot an österreichischen Hochschulen über Entwicklungsländer schien für Spirik „Ausdruck eines spezifischen Desinteresses an und damit ein Spiegelbild der wenig intensiven Beziehungen unseres Landes zu den Entwicklungsländern“ zu sein (ebd.: 80f).

Die publizistische Vorgeschichte

Zeitschriften, die im Rahmen ihrer zentralen Fachausrichtung auch Entwicklungsfragen behandeln, wie etwa das vom Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung von 1971 bis 1984 herausgegebene *IBE-Bulletin*, sind hier vielleicht zu registrieren, können aber nicht als publizistische Vorläuferinnen des JEP betrachtet werden. Als solches kann eher die Quartalsschrift der Österreichischen Forschungstiftung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) gelten. Im Jahr 1967 erschien diese erstmals unter dem Titel *Entwicklungshilfe – Österreich und die Entwicklungsländer. Abhandlungen, Informationen, Literatur*. Doch bald kam es zu einer konzeptionellen Neuausrichtung, die auch in einem geänderten Titel ihren Niederschlag fand. Von 1971 bis 1981 erschien die Quartalsschrift nun unter dem Namen *Internationale Entwicklung. Berichte, Informationen, Dokumente*, redigiert von Brita Neuhold. Eine Scientific Community jedoch gab es damals nicht und deren Etablierung war auch nicht das von der ÖFSE in ihre Publikation gesetzte Ziel. Den nichtwissenschaftlichen Part haben 1979 die *Entwicklungspolitischen Nachrichten – EPN* (heute *Südwind. Magazin für Politik, Kultur und Entwicklung*) übernommen. Und den wissenschaftlichen Part?

Im Jahr 1978 fand das erste entwicklungspolitische Symposium Österreichs in Mattersburg statt, das primär von Hochschulangehörigen getragen wurde und an dem Studierende und WissenschaftlerInnen teilnahmen. Nach weiteren Veranstaltungen erfolgte 1981 schließlich die Gründung des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen – mit Unterstützung der Österreichischen HochschülerInnenenschaft. Damit war noch lange nicht die notwendige Scientific Community etabliert, aber es gelang, „ein interdisziplinäres Forum für jene zu schaffen, die sich mit Entwicklungsfragen beschäftigen“ (Kolland et al. 1984: 1), dem Anliegen eine Struktur zu geben, die sich bei allem Auf und Ab als tragfähig für zukünftige und zukunftsweisende Initiativen bewähren sollte. Das Mitteilungsblatt *Entwicklungspolitik und Universität* des Mattersburger Kreises, von 1982 bis 1984 mit Unterstützung des Arbeitsbereichs „Hochschule“ des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE) herausgegeben, war nur von kurzer Lebensdauer. Es wurde 1984 zugunsten einer neuen Publikation eingestellt, dem nun jubilierenden *Journal für Entwicklungspolitik*.

Literatur

- Haselbach, Arne (1971): Ein österreichisches Konzept für Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Wien: Enquete Entwicklungshilfe.
- Jäggle, Martin (1973): Hochschule und Dritte Welt. Angebote und Nachfrage, Konzepte, Projekte, Perspektiven. In: Internationale Entwicklung. Zeitschrift der Österreichischen Forschungstiftung für Entwicklungshilfe 3 (1), 21-26.
- Kolland, Franz/Höll, Otmar/Raffer, Kunibert/Holaday, William/Mauler, Kurt/Derkowitsch, Klaus/Dermutz, Susanne/Gstettner, Peter/Denk, Herbert/Rasuly, Saraj/Traore, Oumar (Hg., 1984): Dritte Welt in Forschung und Politik. Beiträge zum Entwicklungspolitischen Symposium des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik, 27.-29. Mai 1983, Wien.
- Kumpfmüller, Karl A. (1973): Austria's Development Policy in the 1970's. A Contribution towards closing the gap? An empirical approach. Diss. am Bologna Centre of the Johns Hopkins University.
- Schicho, Walter/Parnreiter, Christof (2005): Zerklüftetes Terrain. Die akademische Landschaft der Entwicklungsforschung in Österreich. In: Eins 23-24, 34-36.
- Spirik, Hermann (1972): Blockseminar Einführung in die Probleme der Entwicklungsländer, Bericht und Auswertung. Zentralkommission der ÖH, unveröff. Manuskript, Wien.
- Spirik, Hermann (1973): Entwicklungspolitische Ausbildungs- und Informationsmöglichkeiten für Studierende im Raum Wien. Angebot und Nachfrage. Unveröff. Manuskript, Wien.
- Statistik Österreich (1970): Österreichische Hochschulstatistik 1969/70. Wien: Verlag Österreich.

BIRGIT HABERMANN, MARGARITA LANGTHALER

Von der Fragmentierung zur Vielfalt? Entwicklungsforschung in Österreich

Entwicklungsforschung hat in den vergangenen Jahren einen bewegten Veränderungsprozess erfahren. Eine Konstante zieht sich jedoch durch die Geschichte zumindest der österreichischen Tradition und sie wird die zentrale Argumentationsachse des vorliegenden Artikels bilden: Entwicklungsforschung in Österreich ist ein stark fragmentiertes Forschungsfeld, mit unterschiedlichen AkteurInnen, Institutionen, Strukturen und GeldgeberInnen. Ebenso unterschiedlich sind Forschungsthemen, Methoden, Zielsetzungen, Herangehensweisen und theoretische Hintergründe. Die Fragmentierung beginnt darüber hinaus bereits bei den Begrifflichkeiten: Es gibt kein gemeinsames Verständnis davon, was Entwicklungsforschung ist und was der Begriff ein- bzw. ausschließt.

Der vorliegende Artikel gibt einen Überblick über die aktuelle Situation. Unterschiedliche Zugänge und Zielsetzungen sowie Spannungsfelder sollen sichtbar gemacht werden. Dafür wurde ein Drei-Säulen-Modell entwickelt, das erstmals im Oktober 2007 auf einer Konferenz zu Entwicklungsforschung in Wien vorgestellt und in der Folge bei verschiedenen Anlässen im In- und Ausland diskutiert wurde.¹

Internationale Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund der Globalisierung kommt es zu widersprüchlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen für Entwicklungsforschung, die sowohl Möglichkeiten eröffnen als auch Risiken beinhalten. Zu den wesentlichen Faktoren zählt die Kommodifizierung von Bildung und Forschung, die den Wettbewerbsdruck auf Universitäten und Forschungs-

einrichtungen erhöht hat. In einer disziplinenorientierten Ranking-Landschaft haben inter- oder transdisziplinär ausgerichtete Forschungsansätze in der Regel Schwierigkeiten sich zu vermarkten. Reformprozesse im Zeichen der Marktorientierung haben in einigen europäischen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, zur Streichung, Fusionierung oder Umorientierung von Lehrstühlen und Instituten geführt (vgl. Langthaler 2008; Stamm 2008). Auf der anderen Seite ergeben sich durch komplexe Problemstellungen mit globaler Relevanz wie Klimawandel oder Finanzkrise Chancen für Entwicklungsforschung, gerade aufgrund ihrer interdisziplinären Ausrichtung und ihres globalen Blickwinkels.

In vielen europäischen Ländern wurden im Zuge verstärkter Forschungsförderung die spezifischen Etats in Bezug auf Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) aufgestockt. Oft ist dies aber mit einer Einschränkung der Förderungswürdigkeit auf Forschung verbunden, die unmittelbar dem Bedarf der EZA-Agenturen entspricht. Der Raum für reflexive Forschung verengt sich, auch durch vereinheitlichte Strategien und Konzepte der internationalen EZA. Seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 ist zudem die Tendenz zur Erhöhung von Forschungsbudgets in diesem Bereich teilweise zum Erliegen gekommen.

Seitens der EU-Kommission wurde als europäische Antwort auf die jährlichen Entwicklungsberichte von Weltbank und des UN-Entwicklungsprogramms UNDP der *European Report on Development* ins Leben gerufen, dessen Hauptziel die Stärkung der EU in der internationalen EZA ist (vgl. European Commission 2007). Vor allem die Forschungseinrichtungen in den kleineren Mitgliedsländern begegnen der Direktive, die europäische Dimension von Entwicklungsforschung zu fördern, mit großer Skepsis, da sie eine institutionell abgesicherte Dominanz der großen Institutionen befürchten.

Trotz der Unterschiedlichkeit der nationalen Situationen lassen sich auf europäischer Ebene Trends einerseits zur Marginalisierung von Entwicklungsforschung in der Wissenschaftslandschaft, andererseits zum Utilitarismus in Hinblick auf die EZA feststellen, die auch für Österreich Gültigkeit haben.

Entwicklungsforschung in Österreich – ein Säulenmodell

Die Globalisierung und ihre Veränderungen gehen auch an der österreichischen Entwicklungsforschung nicht spurlos vorüber. Bevor davon die Rede sein wird, wollen wir versuchen, einen ordnenden Blick auf das breite Spektrum der hier vertretenen sehr unterschiedlicher Ansätze zu werfen. Wir unterscheiden drei Säulen der österreichischen Entwicklungsforschung, nämlich „Forschung über Entwicklung“, „Forschung für Entwicklung“ und „*Development Policy Research*“.

Forschung über Entwicklung begreift Entwicklung als soziales Phänomen, welches insgesamt Gegenstand der Forschung ist. Diesem Ansatz sind vor allem Arbeiten von Sozial-, Geistes-, und Wirtschaftswissenschaften zuzurechnen. Demgegenüber sind im Feld der Forschung für Entwicklung, das dem in der internationalen Diskussion üblichen „*Research for Development*“ oder kurz „R4D“ entspricht, in erster Linie technische und Naturwissenschaften mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung tätig. Forschung für Entwicklung ist anwendungsorientierte Wissenschaft, die Innovationsprozesse in „Entwicklungsländern“ unterstützt. Schließlich definiert sich das Feld *Development Policy Research* als Forschung über Politik, Strategie und Praxis der EZA sowie über Entwicklungspolitik. Dieses Forschungsfeld bearbeiten unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen.

Darüber hinaus können zwei weitere Forschungsfelder ausgemacht werden: einerseits Forschung im Kontext entwicklungsrelevanter Fragestellungen, beispielsweise Armuts- oder Migrationsforschung; andererseits Forschung, die „zufällig“ oder „unbeabsichtigt“ für Entwicklung relevant ist. Das ist beispielsweise medizinische oder technische Forschung, die weder an Entwicklungspolitik noch an EZA orientiert ist, jedoch in „Entwicklungsländern“ durchgeführt wird oder einen thematischen Bezug hat. Hinsichtlich der offenen Frage der Begriffsbestimmung plädieren wir, zumindest für den vorliegenden Artikel, diese in einem breiten und umfassenden Sinne zu lösen: Zu Entwicklungsforschung zählen alle oben genannten Ansätze.

Von Mythen und Fakten

Zwischen den unterschiedlichen Ansätzen österreichischer Entwicklungsforschung gab es bislang nur wenige Berührungspunkte. Die existierenden Gemeinsamkeiten finden sich vor allem im Bereich der Rahmenbedingungen. Zunächst gilt für alle Ansätze, dass sie vor dem Hintergrund einer an Entwicklung weitgehend desinteressierten öffentlichen Meinung arbeiten, zumindest im Vergleich mit manchen anderen europäischen Ländern. Das Fehlen einer Strategie oder formulierter Ziele von Seiten der öffentlichen Hand ist eine weitere gemeinsame Rahmenbedingung (vgl. Faschingeder/Zauner 2004). Als Konsequenz daraus war für alle drei Ansätze über Jahrzehnte individuelles Engagement der entscheidende Faktor für die Weiterentwicklung. Schließlich spüren alle drei Ansätze die eingangs beschriebenen internationalen Trends, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Deutlich zeigt sich etwa der steigende Verwertungsdruck auf Entwicklungsforschung, wissenschaftliche Begleitung für die EZA zur Verfügung zu stellen. Vor allem Forschung für Entwicklung und *Development Policy Research* sind angehalten, sich auf die Schlüsselthemen des internationalen EZA-Diskurses zu konzentrieren. Aufträge und Mittelvergabe orientieren sich an den Politikfeldern der *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen – etwa Gesundheit, Umwelt, ländliche Entwicklung – oder der internationalen EZA wie beispielsweise *aid effectiveness* oder *policy coherence* (vgl. Purkarthofer 2007; Journal für Entwicklungspolitik 2/2007, insbesondere die Beiträge von Bernstein und Schuurman).

Auffälliger als die Gemeinsamkeiten sind die Unterschiede der drei Ansätze, sichtbar bereits im starken Auseinanderdriften der jeweiligen theoretischen Grundlagen und des verwendeten Entwicklungsbegriffs. Forschung über Entwicklung stützt sich auf die internationale akademische Diskussion verschiedener Strömungen von Entwicklungstheorie, in der die Frage nach dem Entwicklungsbegriff eine eigene Debatte darstellt. Forschung für Entwicklung baut auf anderen theoretische Grundlagen auf, die stärker an partizipativen Grundsätzen orientiert sind und aus der Praxis der EZA in den Partnerländern entstehen. Forschung für Entwicklung wird weitgehend als Haltung angesehen, nicht als Disziplin, denn maßgebend sind die theoretischen Konzeptionen der jeweiligen Disziplin und weniger die Definition einer disziplinären oder begrifflichen Gemeinsamkeit.

Der Ansatz *Development Policy Research* hat zwar in den meisten Fällen seinen Ursprung in der Debatte um unterschiedliche Strömungen der Entwicklungstheorie. Die Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik und EZA hat jedoch dazu geführt, dass theoriebasierte Überlegungen zugunsten der Bearbeitung einzelner Policy-Themen im Rahmen des vorgegebenen Entwicklungsdiskurses in den Hintergrund rücken. Der Entwicklungsbegriff von *Development Policy Research* hält sich weitgehend an den Rahmen des UN-Konzeptes von menschlicher Entwicklung unter mehr oder weniger starker Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Konzepten.

Die Diversität der Ansätze, der theoretischen Hintergründe und Methoden hat in der Vergangenheit unterschiedliche Forschungskulturen geprägt, verstärkt durch unterschiedliche Zielsetzungen der jeweiligen GeberInnen, von denen die wichtigsten das Wissenschaftsministerium (BMWF) und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) sind. In diesen Parallelwelten spielten Misstrauen und Vorurteile eine nicht unwesentliche Rolle. Forschung über Entwicklung, so das gängige Bild, säße im Elfenbeinturm, betreibe Reflexion in aller Abgeschiedenheit von der Praxis und sei letztlich Selbstzweck. Forschung für Entwicklung folge unkritisch den jeweils dominanten Politikmoden und vernachlässige gesellschaftliche wie strukturelle Fragen. Sie betreibe Symptombekämpfung anstelle von Ursachenanalyse. Entgegengesetzte Sichtweisen prägten das Bild von *Development Policy Research*: Nach Meinung der GeldgeberInnen arbeite die Forschung an den Bedürfnissen der Praxis vorbei; aus der Sicht der AkteurInnen steige der Verwertungsdruck als Folge einer zunehmenden Instrumentalisierung der Forschung für die Praxis der EZA.

AkteurInnen in Bewegung

In den letzten Jahren ist Bewegung in die österreichische Entwicklungsforschung gekommen. Auf institutioneller Ebene sind Fortschritte zu verzeichnen, in manchen Bereichen herrscht jedoch auch Stagnation vor. Das größte Vorhaben im universitären Bereich, das seit den 1980er Jahren betriebene Projekt Internationale Entwicklung an der Universität Wien, konnte trotz stetig steigender Studierendenzahlen die zuständigen Stellen bislang nicht von einer notwendigen Institutionalisierung überzeugen. Hingegen

stellt das kürzlich entstandene Centre for Development Research an der Universität für Bodenkultur (BOKU) einen wichtigen Schritt in Richtung Verankerung der Entwicklungsthematik an einer Universität dar und spielt in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle in Österreich. An vielen österreichischen Universitäten haben sich mittlerweile mehr oder weniger institutionalisierte Programme zu Entwicklungsthemen herausgebildet. Dabei wird quer durch die unterschiedlichsten Disziplinen gearbeitet, was die disziplinären Grenzen in den Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits und die Dichotomie zwischen Sozial- und Naturwissenschaften andererseits zunehmend aufweicht.

Ein Dialogprozess hat in den vergangenen zwei Jahren AkteurInnen aller oben dargestellten Ansätze zusammengeführt. Ein erstes Ergebnis ist das Schwinden traditioneller Reserviertheit zugunsten eines gemeinsamen gesellschaftlichen Anliegens und kollektiver Bemühungen um mehr Sichtbarkeit. Die Anforderung, disziplinäre Verhärtungen in Frage zu stellen, weckt den Wunsch nach Zusammenarbeit über den eigenen Forschungsansatz hinaus. In ähnlichem Maße ist der Bedarf nach einem Dialog mit nicht-wissenschaftlichen AkteurInnen gewachsen. Zu hoffen bleibt schließlich, dass die Fragmentierung der österreichischen Entwicklungsforschung in Zukunft einer kooperativen Vielfalt Platz machen wird.

- 1 Entwicklungsforschung. Sichtweisen und Perspektiven. Vortagung zum Symposium Entwicklungsforschung des Mattersburger Kreises. Wien, 17.10.2007. http://entwicklungsforschung.files.wordpress.com/2008/05/dokumentation_vortagung1.pdf, 2.10.2009. Erscheint als: Habermann, Birgit/Langthaler, Margarita (forthcoming): Changing the world of development research? An insight into theory and practice. In: Development in Practice.

Literatur

European Commission (Hg., 2007): Explanatory Note: Mobilizing European Research for Development Policies. AR*(2007)D/3262. Brüssel: European Commission.

Faschingeder, Gerald/Zauner, Atiye (2004): Zu den Rahmenbedingungen entwicklungsbezogener Forschung. In: Journal für Entwicklungspolitik 20 (1), 4-21.

- Journal für Entwicklungspolitik (2007): Perspectives on Development Studies.
Schwerpunktredaktion Karin Fischer und Gerald Hödl. JEP 23 (2) 2007.
- Langthaler, Margarita (2008): Entwicklungsforschung in Europa. Trends und aktuelle Diskussionen. ÖFSE Working Paper 22. Wien: Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung.
- Purkarthofer, Petra (2007): Strategischer und anwendungsorientierter Beratungsbedarf in der Ost- und Entwicklungszusammenarbeit. In: Fröschl, Erich/Kramer, Helmut/Kreisky, Eva (Hg): Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik. Wien: Braumüller, 209-225.
- Stamm, Andreas (2008): Development Studies – Development Research: Germany's Position in International Perspective. DIE Discussion Paper 17. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

Forschungsexposés

HENRY BERNSTEIN

**Class dynamics of agrarian change:
writing a 'little book on a big idea'**

Firstly, I want to record my appreciation of the Mattersburg Circle and offer congratulations on the 25th anniversary of publication of the *Journal für Entwicklungspolitik*. As a modest contribution to this special event, I provide a brief reflection on writing the first draft for a new series of 'little books on big ideas' concerning agrarian change. The series is a typically creative invention of Saturnino M. Borrás Jr., who is Canada Research Chair in the International Development Studies Programme at Saint Mary's University, Halifax, Nova Scotia, where he has established a Centre for Alternative Studies in Agrarian Change. The rationale of the series is to provide ideas and debates in a form that is accessible to activists in social movements and NGOs that deal with land and agrarian issues, as well as to university students.

The first two titles of the series are Ben Cousins' *Property, Power and Poverty: Land Questions in Africa* and mine, provisionally titled *Class Dynamics of Agrarian Change*. The prospect of writing the book was both exciting and daunting, maybe two sides of the same coin. It was exciting because it gave the opportunity, and challenge, of writing for a far wider audience than I usually reach. The series will appear in Chinese, Portuguese and Spanish translations with promising possibilities of editions in additional languages. It was daunting for several reasons, concerning both the subject matter and the intended audience.

On the question of the subject matter: how to select from and distill more than three decades of working in this area? The question forced me to recognize how much my work was shaped by a series of specific debates within materialist political economy (Marxism), not least at my own institution, the School of Oriental and African Studies (SOAS), University of

London, and in the pages of the *Journal of Peasant Studies* from 1973–2000 and the *Journal of Agrarian Change* since 2001, both based at SOAS. Agrarian change – from debates of the ‘classic’ transition from feudalism in Europe, to the impact of colonialism on Latin America, Asia and Africa, to the formation and mutations of a global food economy in the period of industrial capitalism and then globalization – is not only contested within Marxism, of course, but also between Marxism and various currents of populism.

Moreover, investigation and public debate of pressing issues of farming and food, agriculture and environment in today’s neoliberal globalization, are driven ideologically and politically much more by populism than Marxism, as a current wave of academic, quasi-academic and popular publications on such themes shows. And many of the prospective audience for the book are likely to be attracted by the undoubted oppositional vitality of current populist positions on agribusiness, ecology, and the like.

On audience: how to write for activists unfamiliar with modes of discourse common in academic exchange, and who have to be *persuaded* of the relevance to their analyses, struggles and practices of the ideas I want to present? At least I had the benefit of an ‘apprenticeship’ in writing for a wider readership at Britain’s excellent Open University, in a course team that produced several widely used textbooks. I was also able to adapt some of this previously written material for the current book.

In the end, I decided to write a primarily *theoretical* text, because of my belief that its audience is unlikely to know much, or any, materialist political economy and is capable of benefitting from an accessible introduction to it. Readers would then be able to test it for themselves, and to study it further if convinced of its utility. I tried to achieve this in several ways, explained after listing the chapters of the first draft (following many preliminary drafts):

- 1 Introduction: the political economy of agrarian change
- 2 Production and reproduction: key concepts
- 3 Capitalism: origins and spread
- 4 Colonialism and primitive accumulation
- 5 From farming to agriculture
- 6 Neoliberal globalization and world agriculture
- 7 Does capitalist agriculture need capitalist farmers?
- 8 Who are the farmers?
- 9 Complexities of class.

Firstly, it was necessary to introduce some key theoretical concepts (chapter 2 and a glossary of terms). Secondly, I illustrate the applications of these concepts in a historical framework, starting with chapter 3 on the ‘original’ and subsequent transitions to capitalism, and chapter 4 on colonialism. Chapter 5 partly deviates from the chronological approach, to emphasize how ‘agriculture’ in modern capitalism becomes distinct from, and subsumes, farming in both economic terms and as an object of politics and policy. This chapter covers the period from the 1870s to the 1970s, encompassing the formation of international divisions of labour, the rise and fall of international food regimes, and the period of ‘developmentalism’ in the South. Chapter 6 resumes the chronological narrative by outlining the period since the 1970s, including revisiting the question of the (final?) demise of the ‘peasantry’.

The last three chapters present and explain further theoretical issues, chapter 7 concerns the dynamics of capitalist agriculture and notions of ‘non-capitalist’ farming it is said to subsume, including ‘resistance’ to commodification by ‘small-scale’ farmers. Chapter 8 suggests why ‘small-scale’ or ‘peasant’ farming within capitalism should be seen as petty commodity production, and hence subject to pervasive, if uneven, patterns of class differentiation that caution against current populist notions of a unitary ‘people of the land’. A particular emphasis here is on labour and what I term ‘classes of labour’. The final chapter, chapter 9, presents complexities of class, in both its economic sociology and political sociology, by exploring the idea (following Balibar) that class relations are universal but not exclusive determinants of social practices in capitalism.

In effect, I cast the net very wide in order to show the logic of materialist political economy across the times and places of capitalism, with all their variations, in order to enable readers to recognize and ‘locate’ a materialist approach, the questions it asks, and the kinds of answers it provides. I had to find a method of exposition to do this, including warning about the highly schematic historical observations it entails, while also enlivening the text with apt examples as much as possible. At several points where it is useful, I explain briefly some of the disagreements within and between Marxism and populism, without attempting to explore them in depth, which would use too much of my ration of 40,000 words.

Now the manuscript is with a range of readers. I await their comments and suggestions with both interest and anxiety, as I will the responses of its audience(s) after the book is published in 2010.

GERALD FASCHINGEDER

Ein Kulturfestival und die Frage nach Bewusstseinsbildung

„Es gibt kein Lehren ohne Forschung und keine Forschung ohne Lehren. [...] Ich forsche, um Feststellungen zu treffen, und indem ich feststelle, greife ich ein, und indem ich eingreife, lehre ich und lehre mich gleichzeitig selbst“ (Freire 2008: 29f).

Paulo Freires letztes Werk, das zwei Jahre vor seinem Tod erschien, *Pädagogik der Autonomie*, ist eine Pädagogik der Neugier. Neugier ist es, die zum Forschen und zum Experimentieren motiviert. Zunächst zweckfrei und ohne bestimmtes Ziel, ist sie ein wirkungsvolles Instrument, um Innovationen anzuregen, zum Eingreifen zu ermächtigen und zur Selbstveränderung zu ermutigen. Diese Ansprüche versuche ich seit Sommer 2004 gemeinsam mit Andreas Novy und einem engagierten Team im spannenden Experiment des „Paulo Freire Zentrums für transdisziplinäre Entwicklungsforschung und dialogische Bildung“ zu verwirklichen. Der Name dieser Einrichtung verweist nicht nur auf den brasilianischen Theoretiker der Pädagogik der Unterdrückung, sondern wirft auch einige forschende Fragen auf: Was ist eigentlich Bildung? Was ist Dialog? Was ist Entwicklungsforschung? Wieso transdisziplinäre Forschung?

Ich möchte eine konkrete Untersuchung vorstellen, die ich im Rahmen des „Paulo Freire Zentrums“ 2006 geleitet habe. In diesem Jahr wurde in Wien der EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel (EU-LAK) abgehalten, begleitet von einem inoffiziellen Gegengipfel und einem öffentlich geförderten Kulturprogramm. Unter dem Namen Onda Latina fanden etwa 230 Lesungen, Konzerte, Theateraufführungen und Ausstellungen statt, die sich mit Lateinamerika in seiner ganzen Vielfalt befassten. Das „Paulo Freire Zentrum“ wurde von den VeranstalterInnen – der Kunst- und Kultureninitiative „kulturen in bewegung“, dem Lateinamerika-Institut und der Südwind Agentur – eingeladen, eine kritisch-reflektierende Begleitung des

Festivals zu unternehmen. Da ich im betreffenden Semester am Projekt Internationale Entwicklung eine Lehrveranstaltung zur transdisziplinären Entwicklungsforschung leitete, ergab sich daraus die Möglichkeit, die etwa fünfzig Studierenden sowie die TutorInnen Sarah Funk und Raphael Daum in das Forschungsvorhaben einzubinden.

Unsere Kernfrage lautete: Wie stellt sich das Kulturfestival Onda Latina im Hinblick auf die Forderung nach emanzipatorischer Bildung im Sinne Paulo Freires dar? Die Frage mag eigenartig erscheinen, war doch das Festival nicht als emanzipatorisches Projekt konzipiert. Dennoch ist eine solche Zugangsweise berechtigt, denn jede Reflexion über das Verhältnis von Kunst und Politik führt zur Frage, ob Kunst imstande ist, politische Verhältnisse kritisch zu reflektieren und vielleicht auch zu verändern. Nutzt sie ihre utopische Energie für die Generierung gesellschaftspolitischer Gegenentwürfe? Oder hat sie eine stabilisierende Funktion für die herrschenden Verhältnisse, etwa indem sie Ungleichheit legitimiert oder mit ästhetischen Inszenierungen von den Fragen nach Macht und Herrschaft ablenkt.

Wir haben dieses Projekt als transdisziplinäres Forschungsvorhaben definiert, da dabei AkteurInnen der Entwicklungspolitik und der Entwicklungsforschung zusammenarbeiteten und an der Genese der Fragestellung beteiligt waren. Das Forschen stand in Bezug zu einem gesellschaftlichen Praxisfeld; organisiert wurde ein Dialog über die Universität hinaus.

Ungewöhnlich mag erscheinen, das Festival Onda Latina mit dem Theoriegebäude Paulo Freires zu untersuchen, der ja kein Kunsttheoretiker war und sich mehr mit Alphabetisierung und Bewusstseinsbildung als mit Theater und Ausstellungen beschäftigt hat. Fruchtbar war an der Entscheidung für diese theoretische Grundlage aber nicht nur, Reflexionen eines lateinamerikanischen Intellektuellen zur Analyse von Aktivitäten zu nutzen, die sich auf Lateinamerika beziehen. Darüber hinaus stellt Bewusstseinsbildung ein Kernelement jeder entwicklungspolitischen Bildungstätigkeit dar. Gerade wenn NGOs Mittel aus den öffentlichen Fördertöpfen erhalten, ist eine Legitimierung nur mit Verweis auf die bewusstseinsbildende Wirkung möglich. Formalästhetische, mithin künstlerische Kriterien genügen nicht.

Um den Gegenstand Onda Latina zu erforschen, wurde ein Set an Methoden der qualitativen Sozialforschung eingesetzt. Der Besuch von Veranstaltungen und Ausstellungen war der erste Schritt, um in systematischer Art und Weise Intentionen und Wirkungen, künstlerische Verfahren

und kommunikative Strategien der einzelnen Beiträge zum Festival zu untersuchen. Ergänzt wurden die Beobachtungen vor Ort mit Literaturrecherchen und Interviews mit Programmverantwortlichen.

Die Ergebnisse fielen erwartungsgemäß ambivalent aus. Onda Latina, konzipiert als dezentrales Festival, erwies sich als dünnes, zum Zweck der gemeinsamen Veranstaltungsbewerbung geschaffenes Dach, unter dem sich viele, ja zu viele verschiedene Ansprüche verbargen. Hier trafen seitens der sehr unterschiedlichen KooperationspartnerInnen – KulturveranstalterInnen, entwicklungspolitische Bildungs- und Kultureinrichtungen – ebenso unterschiedliche Erwartungshaltungen und Systemzwänge aufeinander. Während die KulturveranstalterInnen gerne ihre Säle gefüllt sahen und sich nicht der Marktlogik entziehen konnten, wollten die NGOs, zumindest in ihren Grundabsichten, ein kritisches Bewusstsein befördern. Darüber hinaus beabsichtigten sie eine Ermächtigung der beteiligten KünstlerInnen: „Onda Latina ermöglicht KünstlerInnen aus Lateinamerika und der Karibik ihre eigene Stimme – im wahrsten Sinne des Wortes – einzusetzen und ihre Blickwinkel darzustellen“ (Onda Latina 2006). Dazu kam der innerkünstlerische Diskurs darüber, was gute Kunst ausmache. Innovative Formensprache geht nicht immer mit hoher Verständlichkeit einher. Aber auch bei scheinbar leicht verständlichen Kunstformen wie etwa Konzerten stellte sich die Frage, ob die teilweise durchaus politischen Texte vom Publikum als solche erfasst werden.

Der Endbericht wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert und – nicht nur von den VeranstalterInnen – aufmerksam verfolgt. Einige der interessantesten Proseminar-Arbeiten wurden in einem Sonderband des *Journals für Entwicklungspolitik* publiziert und konnten so der weiteren Rezeption zugänglich gemacht werden.

Weitergehende konkrete Auswirkungen von einem solchen Forschungsprojekt zu erwarten, würde dessen Charakter und Auftrag nicht gerecht werden. Wir wurden von den VeranstalterInnen gebeten, ihr Produkt Onda Latina zu untersuchen, damit sie selbst dessen Ergebnisse besser einschätzen können. Ob die Rückmeldungen, die seitens der Studierenden teils sehr kritisch ausfielen, den OrganisatorInnen ermöglichten, ihr eigenes Bewusstsein zu verändern, mehr Bewusstsein für Bewusstseinsbildung zu erlangen, wäre die Frage für ein eigenes Forschungsvorhaben. Ich hatte den Eindruck, die kritische Selbstsicht einiger MitarbeiterInnen der veranstal-

tenden NGOs auf strukturierte Art und Weise unterstützt zu haben. Das mag wenig erscheinen, kann aber viel bewirken, wenn diese Personen in der Situation sind, ihre Erfahrungen in eine neue kritische Praxis zu transformieren.

Eines der Ziele des Projektes war es, an alte Konzepte der Bewusstseinsbildung zu erinnern und diese neu zu diskutieren. Es wurde einem der Anliegen transdisziplinären Forschens gerecht, indem es universitäres Wissen öffentlich zur Verfügung stellte. Ein solches Forschen ist keine Einbahnstraße, sondern ist ein gemeinsamer Lernprozess.

Literatur

Faschingeder, Gerald/Funk, Sarah (Hg., 2007): Kunst Reflexion. Journal für Entwicklungspolitik 22 (Sonderband 1b).

Freire, Paulo (2008): Pädagogik der Autonomie. Notwendiges Wissen für die Bildungspraxis. Münster: Waxmann.

Onda Latina (2006): Presstext. <http://doku.cac.at/presstextfestival.pdf>, 25.1.2007.

KARIN FISCHER

**Globalisierung und transnationale Akteursnetzwerke:
Big Business, neoliberale Intellektuelle und Zentralbanker**

Im Jahr 2002 habe ich ein Schwerpunktheft des *Journals für Entwicklungspolitik* editiert, das sich unter dem Titel *Neoliberalism at work* den intellektuellen, organisatorischen und politischen Mobilisierungsstrategien neoliberal orientierter Kräfte widmete. Die Protagonisten meines Beitrags waren die Großunternehmer, Militärs und die neoliberalen Intellektuellen, vornehmlich Ökonomen und Juristen, die sich in Chile zur Putschkoalition gegen Allende formiert hatten.

Die Frage, auf welche Weise mächtige AkteurInnen Entwicklungsprozesse gestalten, wurde in der Folge zu meinem zentralen Erkenntnisziel. Es entstand aus meiner bis dahin tendenziell strukturlastigen Beschäftigung mit ungleich verbundener Entwicklung und dem Wunsch, klassen- oder handlungstheoretische Elemente in die Interpretation von Globalisierungsprozessen stärker einzubeziehen. Denn selbst wenn die Profiteure der Transformation benannt werden – etwa *global cities*, das Finanzkapital oder transnationale Unternehmen – scheint mir ein Befund, den Rainer Rilling der kritischen Gesellschaftsanalyse seit den 1960er Jahren ausgestellt hat, zutreffend: Jene, die sich mit dem Kapital befassen, vergessen gerne *Monsieur Le Capital*.

Meine Untersuchungsobjekte fand ich in Chile, das sich in mehrfacher Hinsicht für mein Forschungsvorhaben anbot. Erstens gibt es dort eine selbstbewusste Unternehmerklasse, die in der Geschichte mehrmals ihre Stärke als kollektiv handelnde soziale Akteurin unter Beweis gestellt hat. Sie verfügt über einflussreiche Verbände, eigene Think Tanks und Konzepte in Bezug auf die wichtigsten gesellschaftlichen Fragen. Zweitens fand in Chile frühzeitig im Zuge des Militärputsches 1973 eine neoliberale Transformation des Entwicklungsmodells und seiner gesellschaftlichen Grundlagen statt.

Seit dem Übergang zur Demokratie im Jahr 1990 hat sich die chilenische Ökonomie noch stärker in weltwirtschaftliche Zusammenhänge integriert. Die Leitfrage lautete also, ob wir es mit einer transnationalen Unternehmer- und Managerklasse zu tun haben, deren ökonomische Interessen und soziokulturelle Reproduktionsmuster vom Nationalstaat weitgehend entkoppelt sind.

Die Untersuchung war geleitet von der These einer transnationalen Klassenbildung, zu der mittlerweile eine Reihe spannender theoretischer Arbeiten vorliegen. Empirisch ist die Annahme eines neuartigen transnationalen Raums für Klassenhandeln allerdings nur schwach fundiert. Darüber hinaus beschränken sich die bislang vorliegenden Studien über globale Eliten oder eine transnationale Kapitalistenklasse in erster Linie auf die kapitalistischen Zentren. Die Fallanalyse sollte einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücken leisten.

Herzstück meiner Dissertation, und darum handelt es sich, ist eine qualitative empirische Studie. Mit einem Mix von Quellen und Methoden der Machtstruktur- und Biographieforschung sowie Interviews mit den leitenden ManagerInnen der führenden fünfzig Unternehmen in Chile zeige ich, dass eine Wirtschaftselite entstanden ist, die in ihren Ausbildungskarrieren und Wissensformen sowie in ihren unternehmerischen Einstellungen und Strategien als „transnationalisiert“ gelten kann. Um der Vorstellung einer einheitlichen Klassenbildung – wie sie im Begriff der „transnationalen“ oder gar „global herrschenden Klasse“ meines Erachtens vereinfachend, wenn nicht gar irreleitend anklingt – entgegenzuwirken, habe ich meine InterviewpartnerInnen (nur zwei der befragten Top-ManagerInnen waren Frauen) nach den bevorzugten wirtschaftspolitischen Integrationsszenarien befragt. Unterschiedliche makroregionale Orientierungen der interviewten Personen – etwa Sympathien für eine gesamtamerikanische Freihandelszone unter der Führung der USA, für eine auf die Europäische Union, den pazifisch-asiatischen Raum oder auf die Nachbarländer bezogene Integration – können als Hinweise auf unterschiedliche, möglicherweise konkurrierende transnationale Klassenprojekte gedeutet werden.

Mein Forschungsprogramm ging weit über eine Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen einer gegenwärtigen Wirtschaftselite hinaus. Vielmehr sind es Klassenbildungsprozesse, die mich interessieren, und wie sich diese politisch in unterschiedlichen Entwicklungsmodellen

ausdrücken. Um den Zusammenhang von Klassenhandeln und ökonomischen Prozessen zu erschließen, bedarf es erstens einer historischen Herangehensweise und zweitens einer Ausdehnung des Untersuchungsfokus auf den gesellschaftlichen Kontext, in dem die Unternehmer agieren. Denn nur in Zusammenhang mit komplexeren gesellschaftlichen Machtbeziehungen und politischen Auseinandersetzungen lässt sich ihre Kapazität, als soziale Klasse zu handeln, nachweisen.

Beginnend im liberalen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart habe ich für die verschiedenen historischen Hegemoniekonstellationen die Fraktionen der chilenischen Bourgeoisie, ihre jeweilige Beziehung zum und ihre Kämpfe um den Staat sowie ihre Herrschaftsformen in der Zivilgesellschaft analysiert. Auf diese Weise wird deutlich, wie sie sich über die Zeit organisieren, ihre Widersprüche bearbeiten und um die politische Führung im Block an der Macht – nach Gramsci jene Gesamtheit von Akteuren in Positionen, die ihnen Herrschaft und Ausbeutung ermöglichen – und um Hegemonie in der Gesellschaft kämpfen. Die Strategien, wie die Großunternehmer die Politik beeinflussen, variieren. Es wird aber deutlich, dass sie zwischen dem Dasein als Unternehmer-Manager, Verbandsfunktionär, Parteipolitiker und „organisierter Intellektueller“ (Gramsci) vielfach nur einen temporären Rollentausch vollziehen. Bei der Rekonstruktion der produktiven Basis des Entwicklungsmodells und der Geschäftstätigkeiten der Unternehmensektoren galt mein besonderes Augenmerk den transnationalen Verflechtungen. Auskunft darüber geben Daten über die EigentümerInnenbasis der Unternehmen, Kapitalverflechtungen sowie *inward* und *outward foreign investments*. Die Frage in diesem Zusammenhang lautet, inwieweit sich bei Kapitalfraktionen bzw. den alt eingesessenen Familientrusts und Unternehmenskonglomeraten („*grupos económicos*“) historische Muster transnationaler Verflechtung fortschreiben oder verändern.

Meine Arbeit versteht sich mithin als Beitrag zu einer transnationalen Geschichte, deren Anliegen es ist, eine (national-)staatsfixierte Kapitalismusforschung zu vermeiden, ohne die lokale, nationale, regionale Verankerung der AkteurInnen zu negieren. National und transnational oder lokal und global als Gegensatzpaare anzusehen, erweist sich als irreführend: Die Art der Verbindung und Beeinflussung verschiedener sozialer Räume ist von Interesse und bedarf der möglichst genauen Erfassung. Die Untersuchung der Art und Weise, wie transnational orientierte Bourgeoisiekräfte

im Inneren Chiles agieren und ihren Handlungsraum – in manchen Perioden stärker, in anderen schwächer – über nationalstaatliche Grenzen hinaus erweitern, wird dabei ergänzt durch die Analyse externer Kräfte und Prozesse, die im nationalen Raum „ankommen“ und wirksam werden. Beide, externe und interne Kräfte, konstituieren sich durch ökonomische Verflechtungen, Wissenstransfers und Netzwerke als transnationale AkteurInnen, die jeweils in verschiedene Räume hineinwirken, um ihre Entwicklungsstrategien durch- und umzusetzen. Auch wenn der nationale Raum als Abfahrts- und Ankunftsort der Analyse von Entwicklungsprozessen dient – die Perspektive ist dennoch eine transnationale.

Ein Forschungsprogramm wie das hier vorgestellte findet in vielerlei Hinsicht anschlussfähige Arbeitsfelder: von der Analyse der AkteurInnen und Institutionen, die *global commodity chains* steuern, bis zur systematischen Erforschung neoliberaler Denkkollektive oder transnationaler *networks of elite rule*. In jüngster Zeit haben die Zentralbanker mein Interesse geweckt. Ihre transnationalen Netzwerke und Wissensformen, ihre theoretischen Annahmen und praktischen Interventionen scheinen mir eine größer angelegte Untersuchung wert. Ihr organisiertes Zusammenwirken harrt seit den *money doctors*, die vom Princeton-Ökonomen Edwin W. Kemmerer in den 1920er und 1930er Jahren angeführten Beratermissionen in Osteuropa und Lateinamerika, einer zusammenhängenden Untersuchung.

Zum Weiterlesen

Fischer, Karin (2009): The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet. In: Mirowski, Philip/Plehwe, Dieter (eds.): The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge/London: Harvard University Press, 305-346.

HELMUTH HARTMEYER

**Globales Lernen in Theorie und Praxis: ein Forschungs-
experiment im Studium Internationale Entwicklung**

Im Wintersemester 2008/09 sowie im Sommersemester 2009 habe ich im Rahmen des Projektstudiums Internationale Entwicklung jeweils ein Seminar Globales Lernen angeboten und zwischen 35 und 40 Studierende in dieser Lehrveranstaltung betreut. Nach einer theoretischen Einführung in das Konzept des Globalen Lernens und der Auseinandersetzung mit den konzeptionellen Spannungsfeldern, die es in der Theorie wie in der Praxis gibt, standen empirische Forschungsvorhaben im Mittelpunkt des Seminars. Im Wintersemester recherchierten die Studierenden in Kleingruppen, inwieweit Globales Lernen Eingang in die Lehrangebote an österreichischen Universitäten gefunden hat. Im Sommersemester war die Aufgabe, Globales Lernen in der formalen Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugend- und Kinderarbeit aufzuspüren. Einleitend beschäftigten sich die Studierenden, unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Literatur und deren kritische Reflexion, mit der Frage „Was ist Globales Lernen für uns als Kleingruppe?“. Den Abschluss jeder Lehrveranstaltung bildeten Empfehlungen und Forderungen, die die Studierenden aus ihrer Theoriearbeit und aus den umfangreichen Recherchen ableiteten.

Die Lehrveranstaltung und damit auch das Forschungsprojekt sind nicht disziplinär verortet. Globales Lernen erhebt per se einen interdisziplinären Anspruch. Mit der Frage „Was ist Globales Lernen?“ rückt zwar eine vorrangig erziehungswissenschaftliche Zugangsweise in den Mittelpunkt, die sich jedoch im entwicklungspolitischen Kontext bewegt. Mit den Recherchen zur universitären Lehre, zur Erwachsenenbildung und zur außerschulischen Jugend- und Kinderarbeit wurden neben pädagogischen Feldern politische, soziale, kulturelle und religiöse Bereiche angesprochen.

Eine Besonderheit liegt im politischen Wert der Recherchen. Sie bilden nämlich einen wichtigen praxisrelevanten Beitrag zur Arbeit der Strategiegruppe Globales Lernen, die seit 2007 an der österreichischen Umsetzung von Initiativen im Feld Globalen Lernens arbeitet. Sie folgt damit einer der Kernempfehlungen eines Peer-Review-Verfahrens des Europarates zu „*Global Education in Austria*“. Die Strategiegruppe ist ein Zusammenschluss von RepräsentantInnen staatlicher sowie zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Organisationen. Vertreten sind das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, die *Austrian Development Agency* (ADA), das Institut für Bildungswissenschaft an der Universität Wien und das Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung der Universität Klagenfurt, die Pädagogische Hochschule Salzburg, die Gesellschaft für Politische Bildung sowie die NGOs KommEnt, Baobab und Südwind Agentur. Die Gruppe wurde 2003 im Anschluss an einen internationalen Kongress zu Perspektiven des Globalen Lernens in Europa gegründet. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, das Globale Lernen in Österreich inhaltlich und strukturell zu stärken. Dazu zählt insbesondere der erwähnte Strategieprozess. Er ist partizipativ angelegt. Unter anderem fanden bislang fünf Workshops mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Bildungsverantwortlichen und VertreterInnen von NGOs statt. Ein erster Teil der Strategie zum formalen Bildungswesen wurde zwischenzeitlich abgeschlossen und im Unterrichtsministerium präsentiert.

Als Ergebnis der studentischen Forschung liegen zwei umfangreiche Recherchen vor, die für die Weiterarbeit in den Bereichen Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugend- und Kinderarbeit einen wertvollen Beitrag darstellen. Es kommt hinzu, dass die Studierenden auch nach Abschluss ihrer Seminararbeit auf der Website www.globaleducation.at verfolgen können, was aus ihren Arbeiten und Empfehlungen geworden ist. Die Seminararbeiten können auch als Referenzprodukte für Lehrveranstaltungen zum Globalen Lernen dienen, die seit einigen Jahren an Anzahl und Stellenwert zugenommen haben.

Die Erfahrungen und Lernprozesse im Rahmen der beschriebenen Lehrveranstaltungen sind vielfältig. Das Interesse von Studierenden der Internationalen Entwicklung an pädagogischen Fragestellungen ist für mich als Lehrveranstaltungsleiter ermutigend. Die Einbettung des Globalen Lernens in Begriffe wie Weltgesellschaft, Globalität, Kontingenz oder Normativität und damit verbundene Spannungsfelder stoßen auf großes Interesse. Es war auch

erfreulich, wie unkompliziert sich die Studierenden auf die Arbeit in Kleingruppen und eine kollektive Seminararbeit einließen. Sie organisierten nach Abklärung des inhaltlichen Rahmens in der Lehrveranstaltung vor allem die recht aufwändigen Recherchen sehr selbständig und stellten sie dann im Unterricht zur Diskussion.

Ich konnte die zu erwartende Datenmenge in den einzelnen Recherchen vorab nicht genau abschätzen. Insbesondere im Bereich der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit war sie wesentlich größer, als angenommen. Die Studierenden machten die Erfahrung, dass etwa die Angaben im Internet nicht immer die Beurteilung ermöglichten, inwieweit ein Programm oder eine Veranstaltung dem Globalen Lernen zuzuordnen war. Das Globale Lernen wird zumeist als Begriff noch nicht explizit verwendet. Sie mussten deshalb eine beträchtliche Abstraktionsleistung erbringen. Bei den schriftlichen und telefonischen Anfragen bei Anbietern von Initiativen zum Globalen Lernen mussten die SeminarteilnehmerInnen feststellen, dass bei den jeweils Befragten wenig Wille zur Information bestand. Diese empfanden die Anfragen als Unterbrechung ihrer Tagesaufgaben. Bei den Studierenden blieb der Eindruck zurück, dass dem Globalen Lernen keine Priorität zukommt. Dies war eine Erfahrung, die wir eingehend im Seminar besprechen mussten. Wichtig war mir begleitend sicherzustellen, dass die Rechercheergebnisse relevant für die Weiterarbeit an der Strategie zum Globalen Lernen waren und nichts Wichtiges übersehen wurde.

Das Modell wird in zwei weiteren Semestern wiederholt. Zum einen sollen internationale Beispiele von Strategien zum Globalen Lernen (Irland, Finnland, Deutschland, Spanien, Portugal) recherchiert und kritisch analysiert werden, zum anderen aktuelle Bildungsangebote zum Globalen Lernen im formalen und non-formalen Bildungsbereich aufgearbeitet werden. Das Zusammenführen der Forschungsergebnisse in einer gemeinsamen Arbeit war für die Studierenden ein befriedigender Abschluss ihrer Semestertätigkeit; für die Praxis des Globalen Lernens bedeutet diese eine wertvolle Unterlage zur Weiterarbeit.

Zum Weiterlesen

- Asbrand, Barbara (2002): Globales Lernen und das Scheitern der großen Theorie. Warum wir heute neue Konzepte brauchen. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 3, 13-19.
- Hartmeyer, Helmuth (2007): Die Welt in Erfahrung bringen. Globales Lernen in Österreich. Frankfurt a. M./London: Iko-Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Strategiegruppe Globales Lernen (Hg., 2008): Strategie zur Verankerung Globalen Lernens im österreichischen Bildungssystem. Entwurf Erster Teil (unveröffentlicht).

KAREN IMHOF, JOHANNES JÄGER

**Transformation der *Global Financial Governance*: eine polit-
ökonomische Perspektive in der Entwicklungsforschung**

Mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Finanzsektor eine breite Aufmerksamkeit erfahren. Im Rahmen eines vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderten Forschungsprojektes¹ haben wir von 2006 bis 2009 untersucht, inwieweit und warum sich globale Governance-Prozesse im Finanzbereich verändern und welche Auswirkungen damit verbunden sind. Die konkrete Ausgestaltung der Regulation und die vorherrschenden Strukturen im globalen Finanzsystem sind für die Möglichkeit und Richtung von Entwicklungsprozessen von erheblicher Bedeutung. Insbesondere untersuchten wir, welche AkteurInnen und welche Prozesse globale Regeln im Finanzsektor bestimmen, inwieweit diese auf nationaler Ebene gültig sind bzw. welche nationalen und regionalen Spielräume trotz globaler Regelungen vorhanden sind und wovon diese abhängen.

Unsere theoriegeleitete, dialektisch-hermeneutisch inspirierte Forschungsmethode basierte auf dem *Critical Realism* (Sayer 2000). Dabei haben wir die theoretischen Konzepte im Zuge der Auseinandersetzung mit empirischen Phänomenen modifiziert und adaptiert, um die Forschungsfragen besser bearbeitbar zu machen. Der empirische Analysehorizont war sowohl räumlich als auch zeitlich breit angelegt. Eine komparative Fallanalyse vornehmend, haben wir einerseits die Europäische Union und andererseits Lateinamerika – mit einem Fokus auf zwei Länder mit konträren Erfahrungen, nämlich Chile und Mexiko – herausgegriffen. Wir untersuchten das Zusammenspiel zwischen globalen und nationalen AkteurInnen bei der Beeinflussung der globalen sowie nationalen bzw. regionalen Regulation des Finanzsektors. Konkret wurden die aktuellen Machtverhältnisse im globalen Finanzsystem ausgeleuchtet und auf dieser Grundlage danach

gefragt, welche Spielräume die AkteurInnen auf nationaler Ebene zur eigenständigen Ausgestaltung nationaler und regionaler Finanzsysteme besitzen. Schließlich fragten wir uns, inwiefern diese Spielräume auch tatsächlich genutzt wurden und werden und was dies für die Herausbildung nationaler bzw. regionaler Entwicklungsprozesse bedeutet hat und nach wie vor bedeutet. Die Herangehensweise war, der politökonomischen Tradition folgend, eine historische, das heißt, sie basierte auf einer Rekonstruktion der Gegenwart aus der Vergangenheit. Wir betrachteten die Transformation der gegenwärtigen globalen Finanzordnung vor dem Hintergrund der historischen Abfolge unterschiedlicher globaler Finanzsysteme, vom Goldstandard über Bretton Woods bis zu der gegenwärtigen globalen Finanzordnung des Dollar-Wall-Street-Regimes.

Auch wenn dieses Forschungsprojekt formal im Bereich der Wirtschaftswissenschaften angesiedelt ist, geht es deutlich darüber hinaus. Die Grenzen von Disziplinen überschreitende – mithin transdisziplinäre – Herangehensweise ist dabei keine originäre, sondern baut auf die lange Tradition der Politischen Ökonomie. Ein solcher Zugang stellt keine einheitliche Theorie dar. Vielmehr gibt es innerhalb der Politischen Ökonomie zahlreiche Forschungslinien, die sich jeweils für unterschiedliche Fragestellungen eignen. Gemeinsam ist den politökonomischen Betrachtungsweisen, dass sie einen gesamtgesellschaftlichen Blickwinkel einnehmen. Damit rücken gesellschaftliche Produktionsprozesse ins Zentrum der Analyse, (Klassen-) Interessen und Herrschaftsstrukturen können systematisch bearbeitet werden. Der Bezug zur Materialität und die historisch-gesellschaftliche Perspektive machen die Politische Ökonomie für die integrative Analyse von Entwicklungsprozessen besonders geeignet. Überdies weist diese Forschungsperspektive – aufgrund der expliziten Konzeption unterschiedlicher Abstraktionsebenen – systematisch Schnittstellen zu anderen Disziplinen und theoretischen Positionen auf, die theoretisch kohärent in die Analyse einbezogen werden können. Es können Teilaspekte der Realität, wie sie auf einem höheren Konkretisierungsgrad in anderen Disziplinen, zum Beispiel der Politikwissenschaft, der Ökonomie oder der Soziologie, gefasst, in eine Gesamtsicht integriert werden. Über die Politische Ökonomie im engeren Sinn hinausgehende Ansätze können mithin wertvolle zusätzliche Perspektiven liefern (Browning/Kilmister 2006). Dazu zählen auch diskurstheoretische Zugänge, die die Bedeutung von Strukturen herausar-

beiten, die nicht unmittelbar auf materielle Grundstrukturen rückführbar bzw. direkt aus ihnen ableitbar sind. Browning und Kilmister warnen jedoch davor, auf die politökonomische materielle Basis in der Analyse zu verzichten, da dabei die kritisch-perspektivische Haltung von Seiten der Subalternen verloren gehen kann. Denn materielle Strukturen und Interessen spielen für die Produktion von Diskursen, die häufig eine Verschleierung von materieller Ungleichheit und damit verbundenen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen implizieren, eine wichtige Rolle. Genau in der Offenlegung und damit verbundenen Kritik dieser asymmetrischen materiellen Strukturen aus Sicht „von unten“ liegt jedoch die Stärke einer politökonomischen Forschungsperspektive, die damit Ansatzpunkte für emanzipatorische Veränderungen aufzeigen können. Konkret wurde im Rahmen dieses Forschungsprojektes eine Integration von politökonomischen Theorien – primär der Regulationstheorie und neo-gramscianischer Positionen – vorgenommen, wobei diese zum Teil mit Ansätzen aus der Governance-Forschung und post-keynesianischen Perspektiven ergänzt wurden. Damit gelang es, sowohl strukturelle als auch handlungsorientierte Erklärungsmuster zu verknüpfen und diese mit konkreten ökonomischen Erklärungsmodellen zu verbinden.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass die in den USA verorteten Kräfte zwar eine dominante Stellung einnehmen und die globale Finanzordnung weitgehend unilateral bestimmen, dennoch erodiert seit den 1990er Jahren deren materielle Basis. Die „Morgendämmerung“ einer multipolaren Weltordnung zeichnet sich damit auch im Finanzbereich ab. Inwieweit die aktuelle Krise diesen Prozess beschleunigt, mittelfristig stoppt oder gar umkehrt, ist noch offen (Bieling et al. 2009). Im Bereich der Bankenregulierung zeigt sich überdies sehr klar, dass bereits vor der aktuellen Krise der Einfluss seitens des Finanzsektors dazu führte, dass die Europäische Kommission wesentliche Schritte setzte, die eine liberale Regulierung auf der globalen Ebene beförderten. Damit sollten nicht zuletzt auch innerhalb der EU Deregulierungsprozesse vorangetrieben werden (Bieling/Jäger 2008). Doch trotz dieser globalen Konstellation gibt es bereits zum Teil nennenswerte Spielräume im Süden, die von einzelnen Ländern jedoch in unterschiedlichem Ausmaß genützt werden. Warum dies so ist, hängt wesentlich von nationalen ökonomischen und politischen Prozessen, AkteurInnen und der spezi-

fischen Form der internationalen Einbindung ab und wurde im Rahmen des Projektes herausgearbeitet (vgl. Imhof/Jäger 2008).

Zugänge, wie im vorliegenden Projekt angewandt, können dazu beitragen, sowohl den Blick für Strukturen als auch für Handlungsmöglichkeiten zu schärfen und entsprechend die Bedeutung von politischen Prozessen im weiteren Sinn und ihrer Bezugspunkte für Entwicklungsperspektiven zu beleuchten. In politökonomischer Tradition soll damit nicht nur eine Interpretation der Welt vorgenommen werden, sondern diese Interpretation auch Handlungsmöglichkeiten für subalterne AkteurInnen in Süd und Nord eröffnen. Denn kritische Entwicklungsforschung in dieser Traditionslinie positioniert sich auf der Seite der Schwächeren und beschränkt sich dabei nicht ausschließlich auf Teilaspekte oder nur auf den Süden. Vielmehr versucht dieser Zugang einen gesamtgesellschaftlichen Fokus einzunehmen, wobei insbesondere die asymmetrischen Strukturen auf globaler Ebene einen wichtigen Bezugspunkt darstellen.

1 Projektnummer 11800, weitere Infos unter: www.fh-vie.ac.at.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen/Jäger, Johannes (2008): Global Finance and the European Economy. In: Apeldoorn, Bastiaan van/Drahokoupil, Jan/Horn, Laura (eds.): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon. London: Palgrave, 87-105.
- Bieling, Hans-Jürgen/Imhof, Karen/Jäger, Johannes (2009): Assessing the Transformation of Global Finance. In: Journal für Entwicklungspolitik 25 (1), 4-17.
- Browning, Gary/Kilmister, Andrew (2006): Critical and Post-Critical Political Economy. London: Palgrave.
- Imhof, Karin/Jäger, Johannes (2008): Finanzialisierungsprozesse in Lateinamerika: Mexiko und Chile im Vergleich. In: Küblböck, Karin/Staritz, Cornelia (Hg.): Asienkrise: Lektionen gelernt? Hamburg: VSA, 175-189.
- Sayer, Andrew (2000): Method in Social Science. London: Routledge.

FRANZ KOLLAND

**Reisen und lokale Lebenswelt: Forschung zwischen
Sozialstrukturanalyse und beobachtender Teilnahme**

Der Tourismus gilt als einer der weltweit größten Industriezweige. Die Soziologie des Tourismus begreift Reisen als einen sozialen Prozess, der sich nicht auf die ökonomische Bedeutung freiwilliger Ortsveränderung beschränkt. Auf makrosoziologischer Ebene ist der (internationale) Tourismus bestimmt durch die stärkere Integration der beteiligten AkteurInnen in die Weltwirtschaft. Dies betrifft auch die Länder des globalen Südens, was zu einer heftigen Kontroverse über die ökonomischen, politischen und soziokulturellen Effekte des Tourismus geführt hat. Aus modernisierungstheoretischer Sicht bedeutet er eine stärkere Einbindung in den Weltmarkt, ermöglicht er Menschen den Wechsel aus der traditionellen Subsistenzwirtschaft in den modernen Sektor. Aus kritisch-soziologischer Sicht wird der Tourismus weniger als eine Möglichkeit zur Entwicklung als ein „Instrument“ der Unterentwicklung gesehen. Demnach ist die Fremdenverkehrsindustrie im globalen Süden durch die reichen Länder dominiert, die den Großteil der Einkünfte aus dem Tourismusgeschäft lukrieren. Außerdem dominieren die überlegenen unternehmerischen Fähigkeiten, Ressourcen und die kommerzielle Macht der Unternehmen aus den globalen Zentren die touristischen Destinationen in der Dritten Welt.

Doch nicht nur die makrosoziologischen Bedingungen des Tourismus sind von Interesse, sondern auch die mikrosoziologischen Impacts. Wie wird gesellschaftliche Wirklichkeit praktisch erzeugt? Welche soziologischen Erkenntnisse können gewonnen werden, wenn in der Forschung die Auswirkungen des Tourismus auf der Ebene der Subjekte rekonstruiert wird? Wie wird der Reisende aus der Fremde von Einheimischen erlebt? Diese Frage der lebensweltlichen (Re-)Produktion von Wirklichkeit im figurativen Feld des Tourismus ist immer wieder zentral gewesen in meinen gemeinsam mit

Studierenden durchgeführten Forschungsprojekten in Ländern des globalen Südens. Ob es sich dabei um eine Untersuchung des Strandtourismus in Kuba (1998) gehandelt hat oder um Ökotourismus in Ekuador (2000) bzw. in Nepal (2004) oder um Kulturtourismus in Peru (2009), immer stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich das Reisen auf die lokale Lebenswelt auswirkt und welche Handlungskompetenz bzw. welches Handlungsbewusstsein wir in den je gegebenen gesellschaftlichen Wirklichkeiten finden. Untersucht wurde, mit welchen Strategien die lokale Bevölkerung auf den Zustrom von Reisenden reagiert.

Diese Studienprojekte waren immer auf rund ein Jahr angesetzt und umfassten drei Phasen, nämlich eine längere Vorbereitungszeit, die Feldforschung, die etwa drei Wochen dauerte, und eine längere Nachbereitungsphase. Die jeweils rund 15 TeilnehmerInnen kamen aus verschiedenen Studienrichtungen mit Schwerpunkt Soziologie. Als Praxisfeld für die empirische Forschung wurde der Tourismus deshalb gewählt, weil sich dieser forschungsökonomisch als leicht zugänglich erwies. So hatten die meisten TeilnehmerInnen entsprechende persönliche Vorerfahrungen, und es konnten auch einfacher SponsorInnen für die Forschungstätigkeit gefunden werden.

Um nun diese Praxis gesellschaftlicher Wirklichkeit im Tourismus erfahrbar und erfassbar zu machen, war es erstens notwendig, entsprechende theoretische Konzepte aufzuarbeiten und sozialstrukturelle Kenntnisse zu erwerben. Zweitens galt es, je adäquates Methodenwissen zu generieren. Und drittens ging es um kommunikativ-kulturelle Kompetenz im realen Forschungsalltag. Im Prozess der Feldforschung stellte sich nämlich immer wieder heraus, dass es nicht nur um die Praxis der fremden gesellschaftlichen Wirklichkeit geht, sondern gleichzeitig um eine Auseinandersetzung mit der eigenen Kultur, mit dem eigenen Habitus.

Von welchen Fragestellungen wurde in diesen Feldstudien ausgegangen? Gefragt wurde: Welche gesellschaftlichen Bedingungen schaffen einen nachhaltigen Tourismus? Welche Auswirkungen hat der Tourismus auf die lokale Bevölkerung? Welche (touristische) Infrastruktur wird der jeweiligen Region zur Verfügung gestellt und wie wird diese angenommen? Kann durch Tourismus dauerhaft Einkommen zusätzlich zur Subsistenzwirtschaft erzielt werden? Wie funktioniert der in der entwicklungspoli-

tischen Arbeit weit verbreitete Ansatz des *community building* und dessen Umsetzung im Rahmen des Fremdenverkehrs?

Was wollten wir also wissen? Wir wollten die Bedeutung des Tourismus in einer anderen Kultur untersuchen. Wir interessierten uns für die Interaktionen zwischen Reisenden und *Locals*. Und es sollte zu einer Einschätzung der Auswirkungen des nachhaltigen Tourismus kommen.

Wie ist eine solche Untersuchung methodisch anzusetzen? Eingesetzt wurde in den Projekten eine Vielzahl von Methoden. Das primäre Instrument der Datenerhebung war zwar in allen Projekten die Befragung, jedoch wurde diese stets durch andere Instrumente ergänzt. So haben wir etwa in Ecuador die Auswirkungen des Tourismus auf die familiäre Haushaltsführung der lokalen Bevölkerung über Beobachtungen bzw. Haushaltsinventare untersucht. Dazu wurden Familien besucht und das Kücheninventar beobachtet und aufgezeichnet. Die Methode der Erfassung des Haushaltsinventars wurde dazu verwendet, um zu sehen, inwieweit Personen, die im Tourismus beschäftigt sind, ihre Haushaltsgeräte verändern bzw. erweitern. In Nepal wurde die Zeichnung verwendet, das heißt, Kinder wurden gebeten, Zeichnungen von TouristInnen anzufertigen. Und in Peru wurde das User-Trekking eingesetzt, wobei Reisende auf ihrem Weg durch einen lokalen Markt beobachtet und ihr Verhalten in Form eines analogen Footprint festgehalten wurde. Mit dieser Methode können Reisende auf ihrem Weg durch einen Kunsthandwerksmarkt beobachtet werden. Aufgezeichnet wird dabei, wie oft sie wo und wie lang stehen bleiben. Anhand dieser Information können dann Karten erstellt werden, die die Bewegungsabläufe von Reisenden zeigen.

Neben der theoretischen und methodischen Sorgfalt, eine Selbstverständlichkeit sozialwissenschaftlicher Forschung, war in diesen Projekten der direkte Kontakt mit den Forschungssubjekten eine wesentliche Herausforderung. Dazu gehörte die Suche nach KooperationspartnerInnen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (zum Beispiel lokale EntscheidungsträgerInnen, Pfarreien, Gesundheitszentren, Gemeinden, EZA-Organisationen), um einen guten Zugang zu den lokalen Milieus zu bekommen. Dazu gehörte weiters die Suche nach adäquaten Datenerhebungssettings. So wurden in Peru Interviews mit DorfbewohnerInnen vor deren Haustüre auf dem Boden sitzend durchgeführt oder in Nepal Gespräche im gemeinsamen Gehen mit BergbauerInnen geführt.

Alle TeilnehmerInnen hatten die Gelegenheit, die Schwierigkeiten des Rollenwechsels, wie er in Grundlagenbüchern der empirischen Sozialforschung dargestellt ist, in situ zu erfahren. In vielen Stunden Interviews, langen Diskussionen, unmittelbarer Erfahrung der Lebensbedingungen wurde eine Annäherung an die fremde (und eigene) Kultur gesucht. So manche Forschungsfrage wurde dabei vor Ort wieder verworfen, dafür wurden ganz neue und spannende Zugänge gefunden.

Welche zentralen Ergebnisse dieser Studienprojekte in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten können herausgehoben werden? Drei Aspekte wurden immer wieder sichtbar, nämlich Macht/Ausbeutung, Handlungskompetenz und Differenzierung/Diversität. In allen Projekten finden sich in den Erzählungen der Befragten Elemente struktureller Aussichtslosigkeit. Einmal sind es die Besitzverhältnisse in Form von Großgrund- oder Kapitalbesitz, die dazu führen, dass der Tourismus in den Erzählungen als ein Gewinn „der anderen wenigen“ beschrieben wird, dann ist es die lokale Staatsgewalt in Form des Bürgermeisters, dem eine ungleiche Verteilung touristischer Einkünfte zugeschrieben wird. Ein zweiter Aspekt ist die Handlungskompetenz. In den Erzählungen finden sich auch Stolz, Risikobereitschaft und zielgerichtetes Handeln. Diese entfalten sich insbesondere dann sehr gut, wenn entsprechende Möglichkeitsräume vorhanden waren. Dazu gehört die Entwicklung lokaler kunsthandwerklicher Tätigkeit unter Anleitung verschiedener Organisationen. Und schließlich beeindruckt hat immer wieder die Vielfalt gesellschaftlichen Lebens, die wir in den untersuchten Gemeinden gefunden haben. Diese Diversität entspricht so gar nicht dem Bild einer statischen und starren Vergesellschaftung, wie es oft außereuropäischen Gesellschaften zugeschrieben wird, sondern einer ständig im sozialen Wandel befindlichen Sozietät.

HELMUT KONRAD

Von „außereuropäischer Geschichte“ zur „Globalgeschichte“

Mit 1. März 1984, vor mehr als 25 Jahren, trat ich meinen Dienst an der Universität Graz an. Mein Lehrstuhl trug damals die Bezeichnung „Allgemeine Zeitgeschichte mit Berücksichtigung außereuropäischer Länder und Kulturen“, und so heißt er auch noch heute. Das bedeutet zumindest zweierlei: Einerseits ist damit deutlich gemacht, dass die ganze Welt ins Blickfeld zu nehmen ist, alle Kontinente und deren ökonomische, politische und kulturelle Beziehungen. Die Bezeichnung steht aber auch für eine traditionalistisch eurozentrierte Sichtweise: Da gibt es auf der einen Seite Europa, auf der anderen „Außereuropa“ – wir und die anderen, die anderen gespiegelt in unserer Wirtschaft, Politik und Kultur.

Dennoch war es ein Signal. Es ging darum, die Welt außerhalb Europas mit zu berücksichtigen. Und das war, zumindest an der Universität Graz, neu. Die Orientalistik, die einst als Institut von Hammer-Purgstall hohes internationales Ansehen besaß, war dort zugunsten einer Lehramtsausbildung Anglistik aufgelöst worden. Eine Sinologie, eine Japanologie, eine Afrikanistik gab es ohnehin nicht. Geschichte konzentrierte sich auf Österreich, vielleicht noch auf Europa. So war es ein Schritt vorwärts, dass für die Studierenden nun auch andere Kontinente in ihrer historischen Entwicklung nicht mehr blinde Flecken blieben. Allerdings war der Anspruch, die „Welt“ abzudecken, eher ein theoretischer. Ein Schwerpunkt Ostasien bildete sich heraus, Peter Feldbauer brachte vor allem Lateinamerika ein, Andreas Obrecht richtete den Blick auch auf kleinere Staaten, Margit Franz entwickelte sich zur Spezialistin für Indien.

Aber das alles blieb Stückwerk, geleitet von persönlichen Interessen und wenig systematisch. Die politischen Ereignisse von 1989 und den Folgejahren zwangen die Zeitgeschichte zudem dazu, den Fokus sehr viel stärker (wieder) auf Europa zu richten und die neuen Prozesse in Zentraleuropa

zu kontextualisieren. Es ist kein Zufall, dass daher das Projekt „Moderne. Wien und Zentraleuropa um 1900“ die folgenden anderthalb Jahrzehnte beherrschte.

Mit den politischen Umwälzungen, die die Implosion der einen Weltmacht begleiteten, vollzog sich etwa zeitgleich (und die politische Geschichte wohl entscheidend beeinflussend) ein großer kultureller Wandel. Neue Kommunikationsformen, vorrangig das Internet, führten zu einer bisher ungekannten, ja unvorstellbaren Globalisierung von Information. Dies griff über die kulturellen Bereiche auf Ökonomie und Politik aus.

Dennoch wäre es falsch, mit dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme, also mit der nunmehrigen Dominanz der Marktwirtschaft, dem „american way of life“ und dem ungehinderten Zugang zu jeder Art von Informationen ein „Ende der Geschichte“ zu konstatieren. Geschichte läuft widerborstiger, kantiger. Das versuchen wir etwa in den acht Bänden der „Globalgeschichte“ zu thematisieren, für die ich Band 8 herausgebe und in den Bänden 7 und 8 Zentraleuropa aus einem globalhistorischen Zugang erläutern darf. Hier fällt für mich das alte Bemühen um Themen des „außer-europäischen Bereichs“ unter globalhistorischem Anspruch mit meinem zeithistorischen Interesse für die ostmitteleuropäische Region zusammen. Darum sei hier meine Annäherung an „Zentraleuropa“ kurz exemplarisch dargestellt.

Wenn Globalgeschichte sich als Antwort auf eine eurozentrische Geschichtsbetrachtung versteht und wenn sie weiters einen gesellschaftsgeschichtlichen Ansatz pflegt, also Wirtschaftsgeschichte, Politikgeschichte und Kulturgeschichte nicht (oder zumindest nicht zwingend) hierarchisiert, sondern gleichberechtigt behandelt, dann liegt die Latte sehr hoch. Dies gilt auch und insbesondere für Zentraleuropa im 20. Jahrhundert. Und die Schwierigkeiten beginnen bereits mit der Verortung.

„Mitteleuropa“ war zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein politischer Kampfbegriff. Er bezeichnet die ökonomische und kulturelle Überlegenheit und den daraus abgeleiteten politischen Herrschaftsanspruch Deutschlands bzw. des „Deutschtums“ über die politisch-kulturell-religiös-ethnisch etc. ausdifferenzierte Welt östlich und vor allem südöstlich von Berlin und Wien. Aus österreichischer Sicht meint er das Herrschaftsgebiet der Habsburger und nach 1918 in nostalgischer Rückschau die Doppelmonarchie in der „guten alten Zeit“.

Realpolitisch entstand ein Zentraleuropa durch den politischen Willen der Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Grenzten vorher Deutschland an Russland und Österreich-Ungarn an die gerade aus dem osmanischen Herrschaftsverband ausgeschiedenen Balkanstaaten, so lief nun eine Reihe von Kleinstaaten vom Baltikum bis zur Adria. Dieser Staatsgürtel, politisch als „*cordon sanitaire*“ errichtet, um Deutschland einerseits aus französischer Sicht in die Zange nehmen und gleichzeitig deutlich vom revolutionären Russland zu trennen, war von geringer politischer Stabilität, ausgenommen die Tschechoslowakische Republik. Die baltischen Staaten, Polen, Ungarn und der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat), dessen Name die Probleme, die ihn durch das 20. Jahrhundert begleiteten, schon signalisiert, hatten nur kurze demokratische Zwischenspiele aufzuweisen. Ökonomisch hatte man, da Donauföderationspläne politisch unrealistisch waren, wenig Spielraum. Man hing am Tropf Frankreichs, dessen Ökonomie aber selbst nicht wirklich stabil war.

Nur kulturell schien sich tatsächlich ein „Zentraleuropa“ zu bilden. Ein wenig geprägt vom habsburgischen Erbe in der Architektur der Bahnhöfe, Schulen und Kasernen, von der Gegenreformation und von einem Selbstbild der augenzwinkernden Widerborstigkeit gegen allzu glattes, allzu modernes Funktionieren. Da war Wien immer näher an Cernowitz als an Berlin. Ein leicht kosmopolitischer Anspruch, entscheidend vom zentraleuropäischen Judentum geprägt, lief quer zu dem doch immer stärker werdenden Nationalismus.

In der Zwischenkriegszeit war Zentraleuropa auf der Landkarte zu finden. Es ist messbar an bilateralen Beziehungen, an Grenzkonflikten, an nationalen Sonderwegen und dennoch augenfälligen Gemeinsamkeiten.

Spätestens 1938 mit dem so genannten „Anschluss“ Österreichs an Deutschland, schließlich mit dem Abkommen von München, dann der Zerschlagung der Resttschechoslowakei und schließlich mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen änderte sich die Situation wieder. Machtpolitisch grenzte im Zweiten Weltkrieg Deutschland wieder an Russland, also Hitlerdeutschland an die Sowjetunion. Zwischen diesen beiden Kontrahenten wurde Mitteleuropa zerrieben. Es verschwand nicht nur von der Landkarte, sondern im großen Ringen der Systeme auch aus den meisten Köpfen.

Der „Eiserne Vorhang“ schrieb die bipolare Welt nach Ende des Zweiten Weltkriegs weiter. An die Stelle von Deutschland waren die USA getreten, aber in Europa gab es keinen „Zwischenraum“.

Wohl könnte man entlang der skandinavischen Wohlfahrtspolitik, der sozialen Marktwirtschaft in der BRD, der Sozialpartnerschaft in Österreich (und wohl schon fragwürdig einiger jugoslawischer Vorstellungen) ein leicht nach dem Westen verschobenes Zentraleuropa konstruieren, das seine Positionierung zwischen dem staatlich-zentralistischen Wirtschaftslenken auf der einen und dem freien Spiel der Marktmechanismen auf der anderen Seite suchte. Im Blickwinkel kultureller und politischer Selbstverständnisse lief aber die Trennlinie exakt entlang des Stacheldrahtes.

Wenn Zentraleuropa von einer historischen Reminiszenz zu einer aktuellen politischen Konzeption wurde, bildeten die Grundlagen dafür Krisen des Ostens. Der Ungarnaufstand von 1956 oder der Prager Frühling von 1968 ließen ein Gefühl dafür entstehen, dass „Ostblock“ doch kein festgefügtter Block war und dass Literatur, Musik und andere kulturelle Verbindungen langlebig auch die politische Trennung überdauerten. Von Schlüsselorten wie etwa von Triest aus war dies am leichtesten lesbar.

1989, mit dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion des Sowjetimperiums, erschien Zentraleuropa erneut auf der politischen Landkarte der Welt. Der Staatengürtel ist aber noch ausdifferenzierter als in der Zwischenkriegszeit. Tschechien und die Slowakei sind getrennte politische Entitäten, und Jugoslawien, das noch in den 1980er Jahren symbolträchtige Orte der nationalen Verständigung und der selbstbewussteren Vielfalt stolz der Welt präsentierte (Olympische Winterspiele Sarajewo), zerfiel im blutigen Bürgerkrieg in Kleinteile, deren Selbstdefinition bis heute unsicher und instabil ist, wie der Kosovo oder aber Bosnien-Herzegowina zeigen.

Aber alle Staaten Zentraleuropas sind auf dem Weg zu einem europäischen Selbstverständnis. Meist schon Mitglieder der EU, manchmal noch im Wartesaal, orientiert man sich nach dem Westen. Noch sieht man, vor allem dort, wo die Trennungen blutig verliefen, sehr stark die Unterschiede. Aber langsam wachsen auch die Gemeinsamkeiten. Man sieht sich vergleichbaren Vorurteilen aus dem reichen Westen ausgesetzt, hatte oder hat vergleichbare Probleme auf dem Weg zu Rechtsstaatlichkeit, sozialer Sicherheit und tragfähiger Ökonomie. Und man hat ähnliche gesellschaftliche Muster, Codes mit langer historischer Tradition, die ein „Zentraleuropa“ begründen.

Wenn man diese Sichtweise auf „Zentraleuropa“ globalgeschichtlich umlegt, so werden erstaunliche Parallelen, etwa zum kaukasischen Raum, oder, größer, zum Mittleren Osten, deutlich. Hier wie dort verschwanden Staatengebilde mit nicht immer widerspruchsfreien Binnenbeziehungen für Jahrzehnte unter der Wolldecke einer hegemonialen Macht, um nach deren Zerfall in der alten Komplexität wieder als Akteure im Weltgeschehen aufzutauchen.

Zum Weiterlesen

Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (Hg., 2010): Die Welt im 20. Jahrhundert, Teil I. Reihe Globalgeschichte – Die Welt 1000–2000, Band 7. Wien: Mandelbaum (im Erscheinen).

Konrad, Helmut (Hg., 2010): Die Welt im 20. Jahrhundert, Teil II. Reihe Globalgeschichte – Die Welt 1000–2000, Band 8. Wien: Mandelbaum (im Erscheinen).

UMA KOTHARI

The forced movement of colonised peoples and its impact on development

This paper provides an overview of an ongoing research project, together with Rorden Wilkinson, on the lasting impact of the forced movement of people during the British colonial period on post-independence development in the Indian Ocean region. It builds upon my work on the colonial legacies of development (Kothari 2006) and brings together previous research on transnational migration and the history and development of small island states.

British colonial expansion and rule required movements of populations of slaves, indentured labourers, colonial administrators, skilled workers, planters and traders, amongst others. The form of, and extent to which, these historical movements have had enduring effects beyond the demise of colonial rule, on the societies from and to which people migrated, is now increasingly acknowledged and documented (Cohen 2008). While some of these movements were voluntary, many were the result of the forced movements of people within and between British colonies. In terms of forcible relocations, most research has focused on slavery and indentured labour as examples of large-scale colonial movements, exploring, among other issues, the creation of diasporic cultures and identities and the impact on economic, social and political processes. However, other forms of forced migrations carried out under British colonial rule remain largely under-acknowledged and less well understood. Our current study analyses two under-researched instances of compulsory relocation during the colonial period and examines how they have had an impact upon, and continue to shape, post-independence development in former colonies. These are: the exiling of anti-colonial nationalists and political leaders banished from one part of the empire to another, and the compulsory relocation of colonised populations within and between colonies to make way for the establishment of military bases.

Specifically, we examine the British colonial policy of exiling anti-colonial nationalists and political ‘undesirables’ from other parts of the empire to the Seychelles. Seychelles was the recipient of large numbers of political exiles during the colonial period. From 1814, British rule brought to the islands many prominent anti-colonial leaders from Egypt, Somaliland, Ethiopia, Gold Coast, Palestine and other colonies. The last political exile was Greek Cypriot leader Archbishop Makarios, who arrived in the Seychelles in 1956. In total, over 400 exiles and their followers were sent to the Seychelles during the colonial period, as the country was considered a good ‘dumping ground’ to ‘resettle’ people who challenged the authority of the British Colonial Government. We also explore the use of islands in the region as strategic military bases, focusing on the forcible movement of populations that took place to enable their creation. We examine the lasting consequences of the forcible movement of the 2000 strong population of Diego Garcia to Mauritius and Seychelles, the movement of people from the Farquar, Desroches and Aldabra islands to the Seychelles during the creation of British Indian Ocean Territory (BIOT), and those compelled to move from Gan in Addu Atoll in the Maldives to the neighbouring islands of Feydhoo and Maradhoo to make way for a military facility.

With some exceptions (Sznajder/Roniger 2009), little work has been done on these forms of movement; research that does so explores issues of exile, and tends to focus on the contemporary period rather than on the transfer of people during the time of empire. Moreover, little is known about, and few attempts have been made to understand, the historical and present day impact of these movements. These gaps in the literature are all the more pronounced in the context of colonial policy in the Indian Ocean region generally, and the small island states of Seychelles, Mauritius and Maldives in particular. The significance of these islands to the imperial project has not been well documented; and although people were exiled to other parts of the empire, the dense concentration, type and effect of forced movements of people in the region, though not unique, is exceptional and has yet to be fully explained.

Existing work on the compulsory movement of people in this region has focused on slavery and indentured labour (see Campbell 2004). There has been almost no scholarship that discusses the forced movements of political exiles and those displaced to make way for military facilities. However, during our previous research on the impact of increased global competi-

tion on the development of these post-colonial islands, it became apparent that their development trajectories had largely been shaped by external influences. Significant amongst these was the profound and long-term impact of substantial, compulsory movements of exiles and displaced people that had occurred in the region. This is evident in the participation of the forcibly moved in political debates and action leading up to and after independence, the social make-up and identity of the islands through inter-marriage and the exchange of cultural values and ideas that they brought with them about social welfare and education and the economy, both through their participation in the work force and the resources they brought with them.

The research process utilises a combination of methods and activities in the UK and case study countries, including archival work on colonial policies and correspondence, and interviews with those displaced, their families and compatriots as well as with former colonial and government officials and military personnel with knowledge and experience of policies of forced movement. An important part of the research involves gathering more in-depth narratives through the collection of individual life histories and focus group discussions in Mauritius, Maldives and Seychelles.

Initial findings of this ongoing research project have brought to the fore three key areas which reflect the continuing impact and consequences of colonial policies of forced movement. Firstly, while experiences of political exile do reinforce national identities, they also have the potential to produce new structures of loyalty and solidarity, with some individuals participating in, and informing struggles for, independence and self-determination in the colonies to which they were sent. Similarly, the forcible relocation of populations within and between states to make way for the establishment of military bases has had an impact on local, national and inter-state politics and on state development. The political influences and resources the displaced brought with them into exile, and how, and with whom these were shared and communicated, contributed to a transnational circulation of ideas and influenced the islands' struggles for independence and post-colonial nation-building as well as their relations with other states.

Secondly, colonial policies of forced movement brought large numbers of colonised people together from across the empire, establishing and maintaining transnational networks (Vertovec 1999) that impacted upon, and continue to influence the development of, former colonies. These networks

of ideas, cultures, resources and politics were significant in connecting these 'remote' islands to other places and cultural and intellectual traditions. Indeed, these networks have in some instances enabled ordinary people to mediate and challenge their marginality and exclusion. As transnational migrants, exiles and displaced people constituted spatially and temporally extended networks and solidarities and altered development trajectories in enduring ways. Thirdly, the relationships between host societies and in-migrants and encounters between people of different intellectual and cultural traditions have had an effect on the social and economic texture of the islands, and have shaped cultural identities, mobilised and supported the establishment of education and welfare systems and made important and lasting contributions to the economy.

The aim of this research is to contribute to historically-informed understandings of contemporary development processes. By systematically analysing the long-term effects of these instances of forced movements of colonised people we explore, simultaneously, political processes, personal and collective identities, transnationalism, and networks and allegiances during the colonial period and thus provide a basis for understanding continuities over time. Adopting a postcolonial approach, we show how representations and articulations of colonial power did not come to an end at the time of decolonisation but continued to be mobilised, reworked and mediated through transnational flows in the post-independence period. Importantly, our research provides understandings of agency from the perspective of the colonised to complement official and dominant versions and uncover personal and collective practices, networks, ideas, and solidarities.

Further Reading

- Campbell, Gwyn (2004): *The structure of slavery in Indian Ocean Africa and Asia*. London: Frank Cass.
- Cohen, Robin (2008): *Global Diasporas: An Introduction*. London: Routledge.
- Kothari, Uma (2006): From colonialism to development: continuities and divergences. In: *Journal of Commonwealth and Comparative Politics* 44 (1), 118-136.
- Sznajder, Mario/Roniger, Luis (2009): *The Politics of Exile in Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vertovec, Steven (1999): Conceiving and Researching Transnationalism. In: *Ethnic and Racial Studies* 22 (2), 47-62.

RENÉ KUPPE

Indianerlanddemarkation in Venezuela

In den letzten Jahren hat mich die Koordination des von der Europäischen Kommission (unterstützt von der *Austrian Development Agency/ADA*) finanzierten Projektes „Förderung der Partizipation der indigenen Völker bei der Demarkation ihrer Ländereien“ in Venezuela besonders herausgefordert. In vielerlei Hinsicht stellt dieses Projekt den bisherigen Höhepunkt meiner langjährigen Beschäftigung mit den Rechten indigener Völker dar.

Unter Demarkation von Ländereien indigener Völker wird die physische Festlegung der Außengrenzen von traditionellen indigenen Siedlungsgebieten zum Zwecke rechtlicher Sicherung gemeint. Ähnlich wie in anderen lateinamerikanischen Ländern finden in Venezuela erst aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten Reformen traditionelle Gebiete indigener Völker rechtliche Anerkennung. Durch diese neue Politik soll die Identität dieser Gruppen als *Völker* besonders unterstützt und der Rahmen für deren autonome Entwicklung sichergestellt sein.

Das von mir geleitete Projekt stellte in erster Linie ein praktisch orientiertes Vorhaben zum Zwecke des *capacity building* der marginalisierten indigenen Bevölkerung dar. Es lieferte jedoch zentrale Einblicke in interkulturelle Beziehungen und verdeutlichte Möglichkeiten und Grenzen kultursensiblen Rechts: Die Festlegung einer linearen Grenze ist beispielsweise angesichts der flexiblen Beziehungsmuster traditioneller indigener Gesellschaften zum geografischen Raum besonders problematisch. Das Thema der Indianerlanddemarkation berührt außerdem vielfach die Interessen so genannter Dritter, wie beispielsweise KleinbäuerInnen, Großgrundbesitzer oder Bergbaukonzessionäre.

Im Diskurs des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez spielten von Anfang an Bezugnahmen auf eine neue „pluriethnische“ Politik und die Einlösung einer historischen Schuld gegenüber den indigenen Völkern eine

wichtige Rolle. Doch wie und warum wurde gerade in Venezuela trotz dieser so günstig scheinenden Rahmenbedingungen das Projekt zur Unterstützung der Rechte der indigenen Bevölkerung eingeleitet?

Bereits auf die Zeit meiner rechtsethnologischen Feldforschungen während der 1970er und 1980er Jahren gehen viele Kontakte zu Persönlichkeiten zurück, die heute eine wichtige Rolle in der indigenistischen Politik und darüber hinausreichend sogar in der Allgemeinpolitik dieses Landes spielen. Damals hatte man in Venezuela vordergründig den Eindruck eines unpolitischen öffentlichen Klimas und es war (mit Ausnahme der Guyana-Staaten) auch das letzte Land Südamerikas, in welchem sich um 1989 eine indigene Bewegung bildete. Wichtige Persönlichkeiten, wie etwa die heutige indianische Parlamentarierin Noelí Pocaterra, waren jedoch mit dem *Movimiento por la Identidad Nacional* verbunden, einem Netzwerk linker Intellektueller, das eine der heterogenen ideologischen Wurzeln des späteren chavistischen Bolivarianismus bildete.

Als ich Anfang 2005 eine Untersuchung über die Umsetzung der 1999 verfassungsmäßig verankerten Rechte der indigenen Völker durchführte, wurde ich von mehreren dieser indigenen Organisationen und Persönlichkeiten angeregt, ein Programm zur Stärkung der indigenen Landrechte einzuleiten. Ich konnte kaum glauben, dass in den fünf Jahren seit Inkrafttreten der neuen Verfassung lediglich 794.000 Hektar als indigene Ländereien demarkiert worden waren, NutznießerInnen davon waren zirka 7.000 Personen und damit nur 1,3 Prozent der in Frage kommenden indigenen Bevölkerung.

Mit Hilfe der damaligen österreichischen Botschafterin in Caracas konnte ich in Erfahrung bringen, dass die Europäische Kommission über ihre Außenstelle in Venezuela Projekte zur Stärkung von NGOs förderte. Das in der Folge von mir dort eingereichte Projekt wurde schließlich noch 2005 bewilligt. Das von der Universität getragene Projekt bot die Möglichkeit, einige MitarbeiterInnen für die Arbeit vor Ort zeitweise anzustellen.

Unter Bedachtnahme auf die offenkundigen Schwierigkeiten der indigenen Bevölkerung bestand das Projekt aus zwei Hauptkomponenten: Unter Beteiligung möglichst vieler indigener Gemeinschaften oder lokaler Organisationen sollte erstens diagnostiziert werden, welche Faktoren bislang das Voranschreiten des Demarkationsprozesses erschwert hatten. Zweitens sollte konkrete Beratungstätigkeit interessierter Gruppen zur Ausschöpfung des

geltenden rechtlichen Rahmens zur Sicherung der Ländereien angeboten werden. Da ich einige Jahre zuvor im Rahmen eines Projekts der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) als Rechtskonsultent an der parlamentarischen Redaktion des zentralen Indianergesetzes in Venezuela mitgearbeitet hatte, war ich mit dem geltenden neuen Rechtsrahmen inhaltlich vertraut, besaß jedoch wenig Erfahrung hinsichtlich seiner seitherigen Deutung und Umsetzung durch die zuständigen staatlichen Behörden und Institutionen. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass auf Grund des gesetzlichen Rahmens die indigenen Völker in viele staatliche Institutionen Venezuelas VertreterInnen entsenden. So liegen zum Beispiel die technischen Erhebungen der für die Demarkation relevanten juristischen, anthropologischen und geografischen Daten in der Hand von eigens dafür eingerichteten „Demarkationskommissionen“, die zur Hälfte durch indigene VertreterInnen besetzt sind.

Das von mir geleitete EU-Projekt war an der komplizierten Schnittstelle von wenig organisierten lokalen Gemeinschaften, von teilweise militant operierenden Organisationen und von staatlichen Stellen angesiedelt, die jedoch teilweise, so wie die bereits genannten Demarkationskommissionen, eine „paritätisch“-partizipative Struktur aufwiesen. In methodischer Hinsicht wurden von uns in verschiedenen Teilen des Landes lokale Workshops durchgeführt, um einerseits konkrete Schwierigkeiten betroffener Gruppen erheben zu können und andererseits bei der Konzipierung einer Beratungsstruktur auf die Bedürfnisse einzelner Gruppen eingehen zu können. Daneben bestand die Projektstätigkeit in einer technisch-dogmatischen Analyse des rechtlichen Rahmens, um Widersprüche und begriffliche Unklarheiten feststellen zu können, die möglicherweise Ursachen für das langsame Voranschreiten der Landdemarkierung in Venezuela waren.

Zusätzlich wurde 2006 ein internationales Seminar in Caracas durchgeführt, bei dem ExpertInnen aus anderen lateinamerikanischen Ländern Erfahrungen aus der Indianerlanddemarkation darstellten, um Besonderheiten und mögliche Probleme in Venezuela durch einen kritischen Vergleich beleuchten zu können.

Während anfangs im Projekt von der Vermutung ausgegangen wurde, bürokratische und rechtstechnische Umstände würden den schleppenden Fortgang der Legalisierung des Indianerlandes in Venezuela behindern, wurde allmählich die Einsicht gewonnen, dass es am mangelnden poli-

tischen Willen lag, den für die Interessen der indigenen Gruppen sehr positiven Rechtsrahmen umzusetzen: In einigen Fällen, in denen indigene Gruppen zusammenhängende Hábitat (im Sinne der venezolanischen Verfassung) mit Anwendung von GPS-Geräten selbst demarkiert und kartografisch erfasst hatten, widersetzten sich staatliche Funktionären der Anerkennung von ausgedehnten zusammenhängenden ethnischen Territorien, auch wenn das in Widerspruch zum Gesetz stand. Stattdessen versuchten die Demarkationskommissionen, auf lokaler Ebene der indigenen Bevölkerung die Umgrenzung kleiner Ländereien einzelner Dorfgemeinschaften schmackhaft zu machen.

Ein besonderes Problem ergibt sich in Venezuela aus der mangelnden Publizität des Demarkationsverfahrens. Im Gegensatz etwa zu Brasilien, wo an drei Verfahrensstufen die öffentliche Kundmachung der vorgesehenen exakten Grenzen eines zu demarkierenden Landes rechtlich vorgesehen ist, fehlt in Venezuela eine derartige Sicherung des öffentlichen Zugangs zu Information. Besonders auffällig für die ProjektmitarbeiterInnen war der Umstand, dass Behörden und Demarkationskommissionen in vielen Fällen das Verfahren zu einer amtsinternen, vertraulichen Angelegenheit machten, obwohl in der Verfassung die Mitwirkung der jeweils betroffenen Gemeinschaften vorgesehen ist. Weiters entdeckte das Projektteam in der nordwestlichen Region Zulia-Perijá, dass die Demarkationskommissionen ihre Vorgangsweise mit Interessenverbänden der weißen Großfarmer abstimmten, die seit Jahrzehnten Teile des traditionellen (aber rechtlich nicht gesicherten) Indianerlandes als Viehweiden beanspruchten und vor diesem Hintergrund „Rechte Dritter“ geltend machen. Paradoxiertweise kann der neue rechtliche Rahmen, der an sich auf Sicherung der angestammten indigenen Landrechte hinauslaufen soll, so zu einer Legalisierung der durch gewaltsame Vertreibung entstandenen De-facto-Besitzverhältnisse der GroßgrundbesitzerInnen führen. Von staatlichen Funktionären wurde in Interviews der zurückhaltende Umgang mit den Farmern mit der gebotenen Bedachtnahme auf die Ernährungssouveränität des Landes in Zusammenhang gebracht. Die indigenen Angehörigen der Kommissionen, die nicht notwendigerweise aus den direkt betroffenen Dorfgemeinschaften stammen, beugten sich dieser Argumentationslogik.

Im Zuge der Durchführung des Projektes trat die strukturelle Problematik deutlich zutage, die durch Integration indigener VertreterInnen in

Institutionen der staatlichen „Indigenenpolitik“ entsteht. Die Wahrnehmung wichtiger Funktionen durch diese Gremien bewirkt eine scheinbare Einbeziehung indigener Interessen in die sie betreffenden Angelegenheiten. In der Praxis zeigt sich aber bei derartigen Mitwirkungsmodellen ein Phänomen, das Subcomandante Marcos als die „(unmögliche) Geometrie der Macht“ bezeichnet hat. Nach wie vor sind die Beziehungen zwischen indigenen Völkern und staatlicher Bürokratie von Ungleichgewicht und Asymmetrie geprägt. In der konkreten Situation hat die politische Annäherung der involvierten indigenen Bevölkerung an den Staat und die vielfache Repräsentation durch Vertreter in staatlichen Organen zu einer Übernahme der staatlichen Logiken geführt und die ursprünglichen strategischen Ziele der indigenen Bewegung in den Hintergrund treten lassen.

Eine Herausforderung im Rahmen dieses Projektes, das ursprünglich eher als technisches Rechtsberatungsprojekt angelegt war, war die Arbeit mit indigenen Organisationen, die paradoxerweise durch die Integration und letztlich Absorption ihrer intellektuellen und politischen Führung in den revolutionären bolivarianischen Staat geschwächt wurden.

Zum Weiterlesen

Kuppe, René/Gutiérrez Vega, Pablo (eds., forthcoming): *Experiencias comparativas de demarcación de tierras y territorios indígenas en América Latina*. Viena/Caracas: IWGIA-Publikation.

Außerdem gibt es eine DVD, die einerseits die Arbeit im Projekt dokumentiert, andererseits als Beratungsfilm für indigene Organisationen gedacht ist: *Documental – Promoción de la participación indígena en la demarcación de sus hábitat y tierras (Venezuela)*. Director René Kuppe, producido por Sandra Camps, Barcelona/Viena 2009. Besonders Interessierte können die DVD beim Autor bestellen.

BERNHARD LEUBOLT

**Sozialreformistische Politik in der Semi-Peripherie:
Brasilien und Südafrika im Vergleich**

Mein aktuell größtes Forschungsprojekt ist meine Dissertation am Promotionskolleg „*Global Social Policies and Governance*“ an der Universität Kassel in Deutschland (www.social-globalization.uni-kassel.de). Hier bietet sich die Möglichkeit, entwicklungspolitische Themen mit den leitenden ProfessorInnen Christoph Scherrer, Andreas Hähnlein, Birgit Mahnkopf und Hans-Jürgen Burchardt sowie mit fünfzehn weiteren DoktorandInnen zu diskutieren. Die gemeinsame Orientierung an sozialen Alternativen für Länder der (Semi-)Peripherie bei gleichzeitig unterschiedlichen disziplinären und landeskundlichen Schwerpunkten garantiert interessante und aufschlussreiche Debatten. Die finanzielle Förderung mittels eines Vollzeit-Promotionsstipendiums der Heinrich-Böll-Stiftung ermöglicht eine intensive Beschäftigung mit der Dissertation.

Wie wirkt sich staatliches Handeln auf soziale Ungleichheit in Brasilien und Südafrika aus? Die zentrale Fragestellung der Arbeit kristallisierte sich bereits 2002 bei einem fast einjährigen Aufenthalt in Brasilien und im Kontakt mit FreundInnen, die in Armenvierteln leben, heraus. Die Konfrontation mit deren Situation, die ich alleine nicht grundlegend verbessern konnte, führte mich zur Beschäftigung mit politischen Alternativen. Die Erfahrungen in Porto Alegre bzw. Rio Grande do Sul, die ich – wissenschaftlich begleitet von Andreas Novy und Joachim Becker – in meiner Diplomarbeit aufarbeitete, nährten die Hoffnung, dass eine bessere Welt möglich sei.

Die aktuelle wissenschaftliche Fragestellung bezieht sich auf die gesellschaftliche Problematik der Zunahme sozialer Ungleichheit im globalen Kontext. Für eine vergleichende Studie wählte ich jene beiden Staaten der G20, die das höchste Maß an Ungleichheit aufweisen: Brasilien und

Südafrika. Ihre Sozialstrukturen zeigen in Bezug auf die Analysekategorien *class*, *race* und *gender* große Ähnlichkeiten; die historischen Entstehungsbedingungen der Ungleichheit sind jedoch höchst unterschiedlich. Während Brasilien als weltweit letztes Land erst 1888 die Sklaverei abschaffte, deren Erbe bis heute die sozialen Beziehungen prägt, herrschte in Südafrika bis 1994 das offen rassistische Apartheid-Regime.

Beide Länder entwickelten sich zu ähnlichen Zeitpunkten – Ende der 1980er (Brasilien) bzw. Anfang der 1990er Jahre – zu liberalen Demokratien. Sie werden gegenwärtig von sozialreformistisch bzw. sozialdemokratisch orientierten Parteien regiert, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten gleichheitsorientierte Politik betreiben. Die jeweiligen Parteien an der Macht sind aus radikalen Basisbewegungen mit starker Bindung an Gewerkschaften hervorgegangen. Im Anschluss an internationale Debatten um einen „Post-Neoliberalismus“ oder „Post-Washington-Konsens“ stellt sich nun die Frage, inwiefern reformorientierte Bekenntnisse der Regierungen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit in die Tat umgesetzt werden. Außerdem gehe ich der Frage nach, inwiefern sich die unterschiedlichen historischen Ausgangsbedingungen auf die aktuell verfolgte Gleichstellungs- und Sozialpolitik auswirken.

In ontologischer und epistemologischer Hinsicht dient der kritische Realismus (Bhaskar, Sayer) als Grundlage, während als Ansatz mittlerer Reichweite der von Moulaert und Jessop entwickelte *ASID-approach* zur Anwendung kommt. Das Wechselverhältnis von Handlung (*agency*) und Struktur wird bei diesem Ansatz in erster Linie durch das Zusammenspiel von Institutionen und Diskursen erklärt: Die historisch gewachsenen Institutionen strukturieren und prägen die Handlungsoptionen von gesellschaftlichen AkteurInnen, die daher pfadabhängig handeln. Über Diskurse und deren materielle Auswirkungen verändert sich in der Folge gesellschaftliche Realität.

Die theoretischen Grundlagen für meine Untersuchung kommen einerseits aus der Ungleichheitstheorie und andererseits aus der materialistischen Staatstheorie, bei der der Staat als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas) betrachtet wird. Ich analysiere, wie die jeweiligen Sozialstrukturen in Bezug zur politischen Artikulation der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte stehen. In der Tradition der lateinamerikanischen Konjunkturanalyse wird mit Blick auf die historische Entwicklung ermit-

telt, wie sich der Block an der Macht (Poulantzas) organisiert und wie Herrschaft auch bei eklatanter Ungleichheit teilweise hegemonial abgesichert werden kann.

Die Ungleichheitstheorie von Nancy Fraser, die betont, dass zum Abbau von Ungleichheit die Prozesse von Anerkennung und Umverteilung zusammenspielen müssen, dient als Auswahlkriterium für drei konkrete Politikfelder gleichheitsorientierter Politik. Im Hinblick auf Anerkennung habe ich das Feld der *Affirmative Action Policies* (insbesondere Quotenregelungen) und im Hinblick auf Umverteilung das Pensionssystem als klassische Form der Sozialpolitik sowie die in den letzten Jahren aufgekommenen staatlichen Einkommenstransfers ausgewählt. Dabei handelt es sich um Politikfelder, die sich in beiden Ländern – in unterschiedlicher Ausprägung – im Vergleich zu anderen Bereichen am dynamischsten entwickelt haben. Reformistische Politik zielt in Südafrika nämlich in erster Linie auf *Affirmative Action* ab. Mittels „*Black Economic Empowerment*“ wird von staatlicher Seite die Entstehung einer „schwarzen“ Mittelklasse bzw. Bourgeoisie forciert, während die gesamtgesellschaftliche Einkommensungleichheit – gemessen am Gini-Koeffizienten – zunimmt. Armut korreliert stark mit Arbeitslosigkeit und wird vor allem mit Mindestpensionen, die innerfamiliär verteilt werden, und ansatzweise mit *Workfare*-Programmen bekämpft. In Brasilien hingegen wurde Armutsbekämpfung zum Leitmotiv, was sich im Einkommenstransfer-Programm *Bolsa Família* manifestiert. Im Gegensatz zu Südafrika, wo antirassistische Politik zum Leitmotiv wurde, wird der (stärker latente denn offene) Rassismus nur mittels Quotenregelungen an den Universitäten bekämpft.

Diese unterschiedlichen Ausformungen von Sozial- und Gleichstellungspolitik bilden die Basis für meine These, die ich mit meiner empirischen Studie untermauere: Die unterschiedlichen Herrschaftsformen, die historisch für Entstehung und Ausprägung sozialer Ungleichheit verantwortlich waren, beeinflussten maßgeblich die Ausrichtungen der emanzipatorischen Bewegungen. In Brasilien organisieren sich Bewegungen überwiegend entlang von Klassenlinien, ihr Aktivismus richtet sich auf Armutsbekämpfung. In Südafrika war die soziale Kategorie „Rasse“ im antirassistischen Kampf der Befreiungsbewegung African National Congress (ANC) zentral. Daher kann hegemoniale Absicherung in Südafrika stärker auf die Entstehung einer „schwarzen“ Bourgeoisie und die Hoffnung auf

sozialen Aufstieg bei den Subalternen setzen, während in Brasilien Armutsbekämpfung dann vom Block an der Macht akzeptiert werden kann, wenn die gesellschaftlichen Strukturen sozialer Ungleichheit nicht grundlegend verändert werden. Der stärkere diskursive Bezug auf soziale Ungleichheit in Südafrika scheint hingegen die Reduzierung ungleichheitsbezogener Politik auf Maßnahmen der Anerkennung zu begünstigen.

Der interkontinentale Vergleich der beiden Länder soll dazu beitragen, gramscianische und poulantzianische Theorien um „Kräfteverhältnisse“ mit empirischen Studien zu bereichern. Südafrika und Brasilien sind diesbezüglich sehr gut geeignete Fälle, da einerseits gutes Datenmaterial und ausreichend empirische Analysen der sozio-ökonomischen Hintergründe sozialer Ungleichheit existieren. Andererseits wurden die ursprünglich aus Europa stammenden Theorien in beiden Ländern bereits adaptiert und weiter entwickelt. Das Aufarbeiten und „Übersetzen“ dieser Zugänge aus der Semi-Peripherie schafft die Möglichkeit, die stark auf die OECD-Länder bezogene Literatur zu Staat und Staatlichkeit zu bereichern. In Zusammenarbeit mit AkteurInnen vor Ort versuche ich auch, einen kleinen Beitrag dafür zu leisten, neuen Ideen in Bezug auf sozialreformistische Realpolitik Gehör zu verschaffen. Denn in meinem Zugang zu Entwicklungsforschung gehe ich davon aus, dass wissenschaftliches Arbeiten im entwicklungspolitischen Kontext dialogisch erfolgen soll. Es setzt eigene Offenheit und die Bereitschaft von WissenschaftlerInnen und ForscherInnen im Zentrum voraus, von Ansätzen in der Peripherie zu lernen.

Zum Weiterlesen

Leubolt, Bernhard (2006): Staat als Gemeinwesen. Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre. Wien: LIT.

Leubolt, Bernhard/Tittor, Anne (2008): Semi-periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika: Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich. In: Journal für Entwicklungspolitik 24 (2), 116-141.

IRMI MARAL-HANAK

**Sprache, Diskurs und Partizipation: Studien zu
Geberdominanz und Entwicklung in Tanzania**

Partizipation war und ist ein Schlüsselkonzept der Entwicklungszusammenarbeit. Die Verhandelbarkeit und Flexibilität des Begriffs erweist sich einerseits als wichtig, um Konsens herzustellen und Kooperation zu ermöglichen; andererseits ergibt sich gerade unter ungleichen PartnerInnen die Gefahr, dass die Praxis partizipativer Entwicklungsarbeit von dominanten GeberInnen einseitig bestimmt wird. Ein wichtiger Begriff für die Definition von Partizipation ist die Mitsprache, und es ist genau die Verbindung von Sprache, Diskurs und Partizipation, die das Thema der Untersuchung ausmacht, die ich hier vorstellen will.

Ausgangspunkt meiner Untersuchung war eine Feldforschung, die ich in zwei landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten in Tanzania Mitte der 1990er Jahre durchgeführt habe, und zwar in einem Programm zu nachhaltiger Dorfentwicklung in der Region Mara sowie in einem Programm zur Mechanisierung des Reisanbaus in Zanzibar. Die Datenaufnahme (gemeinsam mit Barbara Nöst) bestand zunächst in einer diskursanalytische Untersuchung und teilnehmenden Beobachtung von Planungssitzungen in Dörfern und Teamsitzungen der Entwicklungsorganisationen. Die Studie konzentrierte sich auf die alltägliche Projektpraxis, mit der Absicht, asymmetrische Kommunikation und Beziehungen zu untersuchen. Interviews zu Kommunikation und Sprachverwendung lieferten ergänzende Daten.

Ausgehend von der provokanten Behauptung, dass Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit als Tyrannei wirkt (Cooke/Kothari 2001), habe ich 2005/2006, gefördert durch ein Charlotte-Bühler-Habilitationsstipendium des Österreichischen Forschungsfonds FWF, das vorhandene Datenmaterial neu aufgearbeitet und interpretiert. Im Mittelpunkt dieser neuerlichen Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial stand kurz

gefasst die Frage, ob partizipatorische Ansätze im Rahmen der untersuchten Entwicklungsprojekte Mitsprache förderten oder ob sie von dominanten Partnern als Unterdrückungsmechanismus missbraucht werden. Dies erforderte zunächst eine Dokumentation und Bewertung von partizipatorischen Ansätzen im Rahmen der beiden Fallstudien in Mara und Zanzibar. Weiters versuchte ich zu klären, welche Auswirkungen partizipatorische Programme auf soziale Ungleichheit und Geschlechterdifferenz haben. Schließlich sollte Partizipation auch als eine Möglichkeit zur Mitsprache untersucht werden, insbesondere wie sich Sprachwahl und entwicklungsrelevante diskursive Muster aller beteiligten Akteure auswirkten.

Es gibt unterschiedliche Definitionen von Partizipation; viele von ihnen verweisen auf andere Schlüsselkonzepte wie etwa Ownership, Nachhaltigkeit, Empowerment oder Gender. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, dass die in den 1990er Jahren durch die Weltbank eingeführte Definition mit Bezug auf Stakeholder implizit eine Ungleichbehandlung der Beteiligten vorwegnimmt, da sie Akteuren in wichtigen Positionen einseitig Privilegien einräumt. Von Seiten der an den Projekten beteiligten Bäuerinnen und Bauern wurde hingegen häufig an die soziale Gerechtigkeit sowie Gleichbehandlung appelliert.

In der Untersuchung habe ich mich bemüht, mit theoretischen und methodischen Zugängen der linguistischen Afrikawissenschaften eine Fragestellung der internationalen Entwicklung zu bearbeiten. In der theoretischen Ausrichtung orientiert sich die Studie an soziolinguistischen Ansätzen und der kritischen linguistischen Diskursanalyse (Wodak 2001), welche die Analyse von Sprache und Diskurs in den sozialwissenschaftlichen und historischen Kontext einbindet. Nicht zuletzt weil es wenige Arbeiten mit einer vergleichbaren Aufgabenstellung gibt, war es mir wichtig, die Fragestellung aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, die einander ergänzen sollten. In drei Einzelkapiteln wurden daher erstens das soziolinguistische Umfeld, zweitens Muster individuellen Code-Switchings und drittens diskursive Strategien untersucht.

Die Untersuchung ergab, dass Projektleitung und MitarbeiterInnen beider Projekte nur eine eingeschränkte Bereitschaft zeigten, soziale Ungleichheit als Problem wahrzunehmen. Die übergeordnete Projektkonzeption und -planung, die zu einem guten Teil durch internationale Geber vorgegeben war, stufte die ländliche Zielgruppe der Kleinbäue-

rinnen und Kleinbauern generell als arm und daher unterstützungswürdig ein. Soziale Differenzen innerhalb der Zielgruppe wurden jedoch kaum beachtet. Die Teilnahme an den Programmen erforderte jedoch Zeit und in bestimmten Umfang auch finanzielle Ressourcen für Gebühren. Sozioökonomisch schwächere Mitglieder der Gemeinschaft sowie Frauen waren in beiden Programmen weitaus weniger vertreten als Männer, die über ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln verfügten. Sozioökonomische Marginalisierung, asymmetrische Beziehungen innerhalb des Haushalts, diskriminierende Muster in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, Landbesitz und Kontrolle über die Erträge wurden nicht thematisiert. In einigen Fällen bemühten sich die (mehrheitlich tanzanischen) EntwicklungsarbeiterInnen, auf die Kritik marginalisierter Bäuerinnen und Bauern einzugehen; meist blieb es bei einzelnen Maßnahmen, die schon innerhalb der eigenen Organisation nicht durchzusetzen waren.

Dabei wurde das partizipative Potenzial beider Programme von den Bäuerinnen und Bauern durchaus geschätzt und wahrgenommen, es gab eine rege Teilnahme an kommunikativen Ereignissen, meist Planungssitzungen, welche EntwicklungsarbeiterInnen und Bäuerinnen und Bauern zusammenbrachte. Die Schaffung dieser kommunikativen Räume, in denen gegenseitiges Verständnis und demokratische Aushandlungsprozesse vertieft werden konnten, stellte eine Errungenschaft für sich dar. Der Partizipation an kommunikativen Ereignissen stand allerdings fehlende Mitsprache an Entscheidungsprozessen gegenüber. NutznießerInnen der Programme hatten eine andere Auffassung von Partizipation als die Projektleitung. Sie konnten auf wesentliche Fragen der Projektplanung allerdings kaum Einfluss nehmen. Dieser Ausschluss spiegelte sich nicht zuletzt auch in sprachlichen Mustern: Wesentliche Entscheidungen wurden zwischen GeberInnen und Durchführungsorganisation auf Englisch ausgehandelt, während die Bäuerinnen und Bauern über Projektangelegenheiten auf Swahili, Jita und Kwaya kommunizierten.

Abschließend bleibt die Frage, ob die durchgeführte Untersuchung Relevanz über die Projektebene hinaus hat. Drei Aspekte sind hier von Bedeutung: Erstens macht Projekthilfe weiterhin einen wesentlichen Anteil der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit aus, auch wenn Tanzania so wie viele andere Länder Afrikas südlich der Sahara einen wachsenden Anteil von Programmhilfe (Budgethilfe, SWAPs etc.) verzeichnen. Zweitens

kommen auch in staatlich initiierten Dezentralisierungsprozessen partizipatorische Ansätze zur Anwendung, die häufig mit den gleichen Problemen kämpfen wie Projektarbeit: Planungsmethoden und Zeiteinteilung werden von außen vorgegeben, NutznießerInnen können kaum an Entscheidungen teilhaben (Mongula 2006). Drittens kamen in den letzten Jahren partizipatorische Ansätze zunehmend auch im Rahmen der Programmhilfe zum Tragen. Dabei zeigt sich, dass das Problem sprachlicher Exklusion beispielsweise auch bei landesweiten PRSP-Prozessen eine Rolle spielt, wenn *Poverty Reduction Strategy Papers* beispielsweise auf Englisch verhandelt werden und erst das Ergebnis durch eine Übersetzung ins Swahili einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

In Hinblick auf die eingangs gestellte Frage nach der Tyrannei partizipativer Ansätze ergibt sich zusammenfassend ein vielschichtiger Befund. Grundsätzlich bestätigt sich Uma Kotharis Kritik, da Partizipation im Rahmen der beiden Projekte primär zur Legitimation der von Gebern und Projektleitung vorgefassten Pläne diente. Es zeigte sich aber auch, dass Bäuerinnen und Bauern die Dynamik kommunikativer Prozesse bei aller vorhandenen Asymmetrie mitgestalten und nutzen; sie hatten allerdings wenig Erfolg im Sinne der Durchsetzung konkreter, eigener Interessen.

Literatur

- Cooke, Bill/Kothari, Uma (eds., 2001): *Participation – the new tyranny*. London: Zed Books.
- Maral-Hanak, Irmi (2009): *Language, discourse and participation: studies in donor-driven development in Tanzania*. Münster: LIT.
- Mongula, Benedict (2006): *The Dependent Character of Development Planning in Tanzania*. In: *Eastern Africa Social Science Research Review* 22 (2), 65-83.
- Wodak, Ruth (2001): *What CDA is about – a summary of its history, important concepts and its developments*. In: Wodak, Ruth/Meyer, Michael (eds., 2001): *Methods of Critical Discourse Analysis*. London: Sage, 1-13.

ULRICH MENZEL

Das Ende der „Dritten Welt“ und die Rückkehr der großen Theorie. Eine autobiographische Retrospektive

Auch der autobiographische Blick wird geschärft durch den zeitlichen Abstand. Die Jubiläumsausgabe des *Journals für Entwicklungspolitik* des Jahres 2009 ist ein schöner Anlass, sich der eigenen Beiträge zum Fortgang der Disziplin zu erinnern. Darunter war sicherlich meine These vom „Ende der Dritten Welt und dem Scheitern der großen Theorie“, 1990 aufgestellt, aber auf einer Vorgeschichte basierend, die bis 1981 zurückreicht, der einflussreichste. Erst Jahre später ist mir klar geworden, dass ich damit einen Beitrag zur Endism-Debatte geliefert habe, die Anfang der 1990er Jahre in Reaktion auf das Ende des Ost-West-Konflikts das Ende von allem und jedem prognostizierte.

Ausgangspunkt war die rein akademische Frage, in den Jahren 1981–1984 Gegenstand eines empirisch angelegten Forschungsprojekts, ob die Schwellenländer der ersten Generation in Asien im Lichte der europäischen Erfahrungen Fälle einer erfolgreichen nachholenden Entwicklung sind. Die damalige Antwort lautete „ja“, was für das linke Spektrum der entwicklungspolitischen Diskussion anstößig wirkte, zumal sie weitreichende theoretische Folgen hatte, wurde so doch das dependenztheoretische Dogma „Einmal Dritte Welt, immer Dritte Welt“ in Frage gestellt.

Der empirische Befund und die theoretischen Konsequenzen wurden 1983 in einem Aufsatz in der Politischen Vierteljahresschrift (PVS) unter dem Titel *Der Differenzierungsprozess in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie* zusammengefasst. 1984 folgte das *Indikatorenmodell zur Bestimmung von Schwellenländern* als theoretisch anspruchsvoller Versuch, die Erkenntnisse aus Fallstudien zu Südkorea und Taiwan zu verallgemeinern. Beide Texte fanden auch internationale Verbreitung durch die Übersetzung in verschiedene Sprachen.

Einflussreicher war allerdings der zweite Aufschlag im Jahr 1991, wieder in der PVS, über *Das Ende der „Dritte Welt“ und das Scheitern der großen Theorie*. Heute würde man so etwas konstruktivistisch nennen. Hierbei ging es im Kern um die Dekonstruktion entwicklungspolitischer Mythen, die damals ein zähes Dasein führten, wie die Infragestellung der *Grand Theories*, die dank des zugrunde liegenden Strukturalismus globale Erklärungen für Entwicklung und Unterentwicklung anboten und ebenso globale entwicklungspolitische Rezepte propagierten. Damals war wohlgemerkt nur das Ende des Konstrukts „Dritte Welt“ gemeint, die Existenz von Entwicklungsproblemen leugnete ich keineswegs.

Als sich herausstellte, dass das Ende des Ost-West-Konflikts nicht nur Konsequenzen für die „Erste“ und „Zweite Welt“, sondern gerade auch für den definitiven Rest hatte, offenbarte sich, dass der Ost-West-Konflikt auch sein Gutes, nämlich die Stabilisierung der vielen postkolonialen Konstrukte bewirkt hatte. Die auf den Staatszerfall reagierende Katastrophenhilfe, später zur humanitären Intervention erhöht, bildete den Hintergrund des in einer Nacht geschriebenen und als Weckruf gedachten Beitrags für die Frankfurter Rundschau vom 3.6.1991 unter dem Titel *Die Hilfe hilft nicht. Treuhandschaft wäre ein Weg*. Wenige Tage zuvor lieferte die Wirkung eines einschlägigen Fernsehberichts den aktuellen Anlass, als die Säcke mit den Hilfsgütern mangels Alternative vom Flugzeug aus abgeworfen wurden, noch dazu zerberstend ins Wasser fielen und die herbeieilende Bevölkerung die Verteilung per Faustrecht regelte. Der Hintersinn des Artikels war die Botschaft: Die Idee, der Westen könne alle Probleme dieser Welt lösen, es ist nur eine Frage von immer neuem Geld, immer neuen Ideen und immer neuen Projekten, stimmt nicht. Entwickeln kann sich jede Gesellschaft letztlich nur selber. Sehr viel bescheideneres Ziel sollte deshalb sein, dort, wo die Not am größten ist, globale Sozialhilfe zu leisten, und dieses Vorhaben, wo nötig, in geordnete Bahnen zu lenken, wenn die lokalen Behörden dazu nicht in der Lage sind oder in den später so genannten fragilen Staaten gar nicht mehr existieren.

Die Wut der Reaktionen zeigte, dass ein Nerv getroffen war, ging es doch am Ende ganz fundamentalistisch um den Vorwurf des Neokolonialismus, die Neuauflage der Ideologie der „*white man's burden*“. Inzwischen haben sich die Wogen geglättet und die „*Responsibility to Protect*“ der UNO hat den Widerspruch zwischen Souveränitätsprinzip und der Wahrung der

Menschenrechte aufgelöst. Wenn ein Staat nicht mehr in der Lage ist, seine Bevölkerung zu schützen, hat er auch seine Souveränität verloren, so dass nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Weltgemeinschaft für humanitäre Intervention besteht. Doch so weit war die Welt 1991 noch lange nicht.

Der Zeitungsartikel löste eine Anfragemenge nach Vorträgen und Podiumsdiskussionen aus. Ein Vortrag in Berlin vom 8.10.1991, über den der Berliner Tagesspiegel berichtete, fand die Aufmerksamkeit meines Lektors im Suhrkamp Verlag. Er gab mir eine Woche Zeit, meine zum Thema vorliegenden Texte zu einem Buch zusammenzustellen, das wenige Monate später außerhalb des angekündigten Verlagsprogramms unter dem Slogan *Das Ende der Dritten Welt* erschien und bis 1997 vier Auflagen erzielte. Mein erster Bestseller.

Danach ging es, angefeuert durch die bis 1992 in der Frankfurter Rundschau sich hinziehende Debatte, erst richtig los. Alles in allem dürften bis 1994 etwa dreißig bis vierzig Auftritte gefolgt sein. Auch diverse Termine in Österreich und der Schweiz gehörten dazu. Hervorheben möchte ich, noch ganz im Vorfeld, einen Vortrag vor dem Mattersburger Kreis am 28.5.1987 in Graz. Es ging ganz harmlos um die Frage, ob die ostasiatischen Schwellenländer als Modelle dienen könnten. Selbst darauf, so meine Erinnerung, lautete die empörte Reaktion: Das sei jetzt auch in Österreich die Wende in der entwicklungspolitischen Diskussion. Doch war dies offenbar damals bereits Minderheitenmeinung. Jedenfalls wurde ich eingeladen, Mitglied des *Board of Editors* des JEP zu werden.

Ging es ursprünglich nur um die Dekonstruktion des Begriffs „Dritte Welt“ und der vielen entwicklungspolitischen Mythen, stellte sich Ende der 1990er Jahre vor dem Hintergrund des fortschreitenden global zu beobachtenden Staatszerfalls das Problem radikaler. Nicht nur der Begriff, sondern die Sache selbst, eben viele Teile der ehemals „Dritten Welt“, lösten sich auf. Damit offenbarte sich, dass die Entwicklungsprobleme in manchen Teilen der Welt, gerade in Afrika südlich der Sahara oder in Zentralasien, viel fundamentaler sind, es um Staatlichkeit schlechthin und nicht bloß um wirtschaftliche oder soziale Problem geht. Exemplarisch für die Radikalisierung der Position war das Symposium für Franz Nuscheler am 23.4.1998 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) des Jahres 2003 in Mainz, wo die Sektion

Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik ein Streitgespräch zwischen Nuscheler und mir organisierte. Demnach verwischten sich die Grenzen der Disziplin zur Friedens- und Konfliktforschung.

Die neue Sichtweise schärfte sich in dem Maße, wie sich das Schwellenländerphänomen in Asien ausweitete. Japan war nicht der Sonderfall, die erste Generation waren keine weiteren Sonderfälle. Seit die zweite und dritte Generation hinzugetreten sind, handelt es sich offenbar um die Regel. Das lang anhaltende Wachstum von China und jetzt auch Indiens hat den Kontrast zu Afrika dramatisiert und deutlich gemacht, dass Asien einen Verdrängungswettbewerb auf den Westen ausübt. Damit verkehrt sich die Entwicklungsproblematik, verstärkt durch das Argument der großen Zahl. Was auch immer China und Indien machen, es hat immer gravierende Konsequenzen für andere.

Diese Erkenntnis hat nicht nur Andre Gunder Franks *ReOrient* und die Rückkehr des Nullsummendenkens produziert, sie hat mich zu der These gebracht, dass die große Theorie zurückkehrt – allerdings mit noch größerer Reichweite als die alten Großtheorien von Entwicklung und Unterentwicklung reklamierten. Meine neue These lautet: Es kann gar keine besondere Entwicklungstheorie im Sinne des antiquierten Bezugs geben, sondern Entwicklungstheorien sind immer nur Teil der großen Theorie über Globalisierung und Fragmentierung im Weltmaßstab, über den Aufstieg und Niedergang der großen Mächte und Zivilisationen, über imperiale und hegemonale Weltordnungen und deren Verfall. Nur so wird deutlich, warum Asien auf dem Vormarsch, der Westen auf dem Rückzug und warum Afrika zum Spielball Chinas statt zum Spielball Europas geworden ist.

Was ist die Erfahrung, wenn ich auf die Stationen der Beschäftigung mit dem Thema zurückblicke? Es hat fast alles gestimmt, auch wenn ich der Zeit bisweilen etwas voraus war. Den vielen heftigen Reaktionen, nach dem Motto, dass immer der Bote für die schlechte Botschaft verantwortlich gemacht wird, folgten später die zustimmenden Zitate und Fußnotenverweise.

In der Sache selbst hat sich vermutlich viel weniger geändert, als in der Art und Weise, wie diese betrachtet wird. Das gilt für die Erfolge in Asien, die eine sehr lange Vorgeschichte haben und in den 1970er Jahren mit Misstrauen beäugt wurden, während umgekehrt jeder noch so kleine Erfolg in einem tansanischen Uyamaa-Dorf bejubelt wurde. Der kritische Blick ist

sehr viel nüchterner geworden. Das ist gut so. Schade ist nur, dass das Interesse, die entwicklungspolitische Aufmerksamkeit so gering geworden ist – es sei denn, die Entwicklungspolitik lässt sich sicherheitspolitisch instrumentalisieren im Kampf gegen die neuen Herausforderungen, wie sie zum Beispiel in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA formuliert werden. Damit wäre die Entwicklungspolitik wie die ihr zugrunde liegende Theorie wieder Opfer. Nicht mehr des Ost-West-Konflikts, wie zu Zeiten der Entwicklungsdekaden der 1960er bis 1970er Jahre, sondern des neuen Nord-Süd-Konflikts, der als sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Herausforderung begriffen wird. Der Westen ist nicht mehr Gewinner, sondern auch Verlierer der Globalisierung. Diese manifestiert sich auch in der strukturellen Heterogenität des Westens, dem Anfang der „Dritten Welt“ im Norden.

Zum Weiterlesen

Alle genannten Titel und Angaben sind dokumentiert unter www-public.tu-bs.de:8080/~umenzel/

ANDREAS NOVY

Hauptschule trifft Hochschule

Das Forschungsprojekt „Hauptschule trifft Hochschule“ verkörpert für mich das Potenzial von Entwicklungsforschung über das enge Feld von Entwicklungsländerforschung einerseits und wissenschaftlicher Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit, verstanden als Weltsozialhilfe, andererseits hinaus. Die Zukunft der Entwicklungsforschung liegt für mich darin aufzuzeigen, dass für alle Themenfelder soziokultureller und politökonomischer Entwicklung ein weltumspannender Horizont notwendig ist. Auf diese Weise rückt Entwicklungsforschung aus dem Randdasein einer engagierten Minderheit ins Zentrum der Überlegungen, wie die zentralen Herausforderungen von Armut, Migration und Klimawandel bei uns und weltweit gelöst werden können.

Das Projekt, eine Zusammenarbeit des Paulo-Freire-Zentrums, der Wirtschaftsuniversität Wien und der Kooperativen Mittelschule – früher Hauptschule genannt – im 18. Wiener Gemeindebezirk (KMS 18), begann 2006 und basiert auf einem persönlichen Kontakt zwischen Erika Tiefenbacher, der Direktorin der KMS 18 und früher im Bereich Globales Lernen tätig, und mir, der ich in einer Lehrveranstaltung zusammen mit Lukas Lengauer versuchte, einen Ort zu finden, an dem empirische Forschung über Internationale Entwicklung durchgeführt werden kann. Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass Entwicklung nicht nur an der Peripherie der Weltwirtschaft, sondern auch im reichen Wien stattfindet. Ich war überzeugt, dass die kulturellen Unterschiede zwischen Austauschstudierenden verschiedener Nationalitäten geringer sind als zwischen der Welt der Wiener Studierenden, ehemals HochschulInnen, und derjenigen der SchülerInnen der KMS 18, die zum Großteil migrantischen Hintergrund haben. Es bot sich also eine einmalige Chance, sich vor Ort mit Entwicklungsproblemen zu beschäftigen.

„Hauptschule trifft Hochschule“ versteht Entwicklungsforschung als ein breites, auch Europa integrierendes Forschungsfeld, dem ein Konzept von Entwicklung als die Gesamtheit widersprüchlicher Dynamiken zugrunde liegt. Das zentrale Forschungsinteresse ist, statische und dualistische Konzepte – wie Zentrum und Peripherie, Heimat und Fremde, wir und die Anderen – zu überwinden und zu verstehen, dass Raum und Kultur konstruiert werden und auf welche Weise dies geschieht. Entwicklung soll als widersprüchlich und ständig im Werden begriffen erkannt werden, weshalb das aus der Vergangenheit kommende akkumulierte Wissen der Wissenschaft zum Verständnis nicht ausreicht.

Jeweils im Sommersemester bieten Lukas Lengauer und ich an der Wirtschaftsuniversität Wien ein Seminar zu „Internationale Entwicklungsforschung – Methoden und Theorien“ an, bei dem in vier Monaten ein kompletter Forschungszyklus durchlaufen wird – ein ambitioniertes Unterfangen, das viel Engagement der Studierenden und gute Projektorganisation voraussetzt. Über die Jahre gelang es, einen Modus Operandi zu finden, bei dem die didaktischen Ziele der Schule und der Universität ebenso wie die Qualitätsanforderungen an wissenschaftliche Forschung erfüllt werden. Die Vorbereitung der Seminare unter Einbindung engagierter LehrerInnen und TutorInnen führt zur bestmöglichen Betreuung der Studierenden. Die SchülerInnen haben über die Jahre Selbstbewusstsein und Freude am gemeinsamen Arbeiten gefunden und erleichtern so den in jedem Zyklus neuen Studierenden den Einstieg ins gemeinsame Arbeiten. Das Projekt ermächtigt sie ein Stückweit dazu, ihre interkulturellen Kompetenzen schätzen zu lernen und sich – ganz im Sinne des Globalen Lernens – als WeltbürgerInnen zu verstehen, ein Privileg, das ja normalerweise der kosmopolitisch orientierten Mittelschicht vorbehalten ist.

Der Projektablauf ist klar vorstrukturiert und in einem Skriptum zur „Methodologie transdisziplinärer Entwicklungsforschung“ zusammengefasst. Die Studierenden bilden mit SchülerInnen der KMS 18 ein Forschungsteam und bearbeiten gemeinsam ein selbst gewähltes Thema, wie Mehrsprachigkeit, Rassismus in Zeitungen oder geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung öffentlicher Räume. Der gewählte Forschungszugang verbindet auf Grundlage der Methoden interpretativer Sozialforschung – vor allem Beobachtung und Gespräche – Erfahrungswissen und wissenschaftliches Wissen. Die Studierenden versuchen beim gemeinsamen Arbeiten respekt-

voll – „auf gleicher Augenhöhe“ – zu agieren und den Interessen der SchülerInnen Raum zu geben, denn beide Seiten verstehen sich als Lernende über die Alltagswirklichkeit der jeweils anderen.

Im Rahmen der wechselnden Themen, die von „fremder Heimat“ bis zu Konflikt und Dialog der Kulturen reichen, werden Aspekte der Lebensrealität der SchülerInnen, untersucht. Sind Konflikte zwischen einem türkischen Buben und einer Wiener Pensionistin Konflikte zwischen Kulturen, Geschlechtern oder Generationen? Je nachdem, ob die Brille von Kultur, Geschlecht oder Generation aufgesetzt wird, werden andere Probleme identifiziert und sich in der Folge andere Problemlösungen anbieten. So fällt auf, dass die Zweisprachigkeit in öffentlichen Pflichtschulen als Problem und in Eliteschulen und Universitäten als Chance und Vorteil angesehen wird. Das regt zum Nachdenken und Weiterforschen an.

Durch das Projekt sind über die Jahre eine Vielzahl an über die Lehrveranstaltung hinausgehende Beziehungen zwischen SchülerInnen, Studierenden, LehrerInnen und Lehrveranstaltungsleitern entstanden. Weil auch die Studierenden Wissen teilen und sich als Lernende verstehen, können innovative Methoden der Wissensgenerierung eingesetzt werden, bei denen SchülerInnen tiefer gehende Einblicke in ihr Leben und Denken gewähren. So besteht unter den Jugendlichen Klarheit darüber, dass verallgemeinernde Aussagen über gewaltbereite „ausländische Jugendliche“ falsche Pauschalierungen sind, die ihr Leben erschweren.

Forschen heißt neugierig sein, denn ohne Neugier und Interesse am Tun und Denken anderer ist kein gutes Forschen möglich. Da es um die Erweiterung der Wissensgrenzen über den wissenschaftlichen Bereich hinaus geht, wird das Erfahrungswissen der AlltagsexpertInnen aktiviert und in einem Hypothesen-modifizierenden Verfahren genutzt, um neues Wissen zu generieren. Der zyklisch aufgebaute Forschungsprozesses umfasst die Beobachtungen im Feld, deren abstrahierende Reflexion unter Zuhilfenahme von Theorien und die Interpretation der sich hieraus ergebenden Fragen. Auf diese Weise sollen die Widersprüche, mit denen junge Menschen mit Migrationserfahrung konfrontiert sind, erkannt und gemeinsam mit den SchülerInnen verstanden werden. Es ist herausfordernd, den Spagat zwischen den unterschiedlichen Herangehensweisen von Wissenschaft und Schule zu schaffen. Doch darüber hinaus gibt es auch ein inneruniversitäres Problem, denn neben dem Theorie-Praxis-Dialog mit den SchülerInnen erfordert

transdisziplinäres Arbeiten auch profunde Fachkenntnisse, in unserem Fall umfasst dies die Kultur- und Stadtforschung. Damit die in kurzer Zeit verfassten Forschungsarbeiten, die für viele Studierende die erste Erfahrung mit Feldforschung sind, wissenschaftliche Qualitätsstandards erfüllen, werden in Zukunft zwei Ausweitungen des Projekts notwendig sein: Zum einen die Fortführung der Seminararbeiten im Rahmen von Diplom- bzw. Masterarbeiten und zum anderen die Einbindung der Seminarleiter bzw. von ForschungsassistentInnen zur Unterstützung der Studierenden bei der Schärfung ihrer Interpretationen und dem Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten.

Die zentralen Forschungsziele sind gleichzeitig die didaktischen Oberziele: So werden sowohl die Hierarchien zwischen Forschenden und Beforschten als auch jene zwischen LehrerInnen und SchülerInnen aufgeweicht, indem das Erfahrungswissen der SchülerInnen als ein wichtiger Input für Forschung und Unterricht verstanden wird, ganz im Sinne der freireianischen Überzeugung, dass niemand alles und niemand nichts weiß. Studierende bekommen darüber hinaus die Möglichkeit, über den engen Horizont der Selbstverständlichkeiten eines Mittelschichtlebens in einer reichen Stadt hinauszublicken und Phänomene kennen zu lernen, die die eigene Weltsicht und Gewohnheiten bereichern oder auch in Frage stellen, indem gemeinsam die soziale Konstruiertheit von Kategorien wie „fremde Heimat“ herausgearbeitet wird. Für die SchülerInnen eröffnet das Projekt die Chance, in die Welt der Studierenden hineinzuschnuppern und an Orte zu kommen, die ihnen sonst verschlossen bleiben würden: Sei dies eine Projektpräsentation bei einer/einem BundesministerIn oder beim Bundespräsidenten oder eine interkulturelle Theateraufführung im Rahmen einer internationalen Stadtforschungskonferenz. Für beide Gruppen eröffnet sich die Chance zu sehen, dass das eigene Umfeld nicht die ganze Welt ist. Indem zwei zumeist separierte Milieus zusammenarbeiten, lernen beide Seiten etwas über die Stadt, die sie – auf unterschiedliche Weise – bewohnen.

„Hauptschule trifft Hochschule“ ist aus mehreren Gründen mein Lieblingsprojekt. Wissenschaftlich, weil es die Produktion des Raumes im Feld der Kultur- und Stadtforschung konkretisiert und weil es erlaubt, das Konzept des Kosmopolitismus von seinen elitären und kulturalistischen Bedeutungen zu befreien, indem es mit den Kategorien von Klasse und damit von sozialer Ungleichheit verbunden wird. Politisch-didaktisch, weil

Brücken zwischen Mittel- und Unterschicht gebaut werden, die immer Voraussetzung nachhaltiger Veränderung gewesen sind – sei es in der Volksbildungsbewegung Brasiliens oder der ArbeiterInnenbewegung Wiens.

Zum Weiterlesen

www.pfz.at/index.php?art_id=712

CHRISTOF PARNREITER

**Geographien der Organisationslogiken ungleicher
Entwicklung**

Ich beginne meine Verortung in der „Entwicklungsforschung“ mit einer Abgrenzung, und zwar gegenüber dem normativen Anspruch, Wege zu einer definierten und definierbaren „Entwicklung“ zu finden. Eine solche Ambition, die sich natürlich nicht nur in der herkömmlichen, modernisierungstheoretisch inspirierten „Entwicklungsforschung“ findet, sondern beispielsweise auch in einem Gutteil jener Arbeiten zu *Global Commodity Chains*, die sich mit dem so genannten *upgrading* beschäftigen, beinhaltet die Prämisse, im Kapitalismus sei eine dauerhafte Steigerung materiellen und gefühlsmäßigen Wohlergehens für alle möglich – und diese Prämisse halte ich für spekulativ.

Mich interessiert stattdessen die Erforschung der gegenwärtigen Organisationslogiken von Armut, Ausbeutung und Polarisierung. Konkret geht es mir dabei vor allem um eine Verräumlichung dieser Organisationslogiken, also um die Frage, von wem und von wo aus globale Prozesse ungleicher Entwicklung gesteuert und gemanagt werden.

Natürlich ist das ein zentrales Thema der „*Global City*“-Forschung, allerdings bleibt dort, trotz der mittlerweile kaum mehr zu überblickenden Publikationen zum Thema, offen, inwieweit die gut dokumentierte Konzentration von Produktionsdienstleistungen in *Global Cities* sich in die Fähigkeit, die Weltwirtschaft zu befehligen, übersetzt. Genau diesen Link zwischen dem Management ökonomischer Prozesse und ihrer Kontrolle muss es aber geben, wenn die Annahme von Saskia Sassen zutrifft, dass *Global Cities* Kommandozentralen der Weltwirtschaft darstellen.

Auch in zwei weiteren wichtigen Literaturen zur Organisation und Struktur der Weltwirtschaft wird die Frage, wie und wo die Steuerung dieser Ungleichheit schaffenden Prozesse weltwirtschaftlicher Integration erfolgt,

kaum thematisiert. In der „*Global Commodity Chains*“-Literatur erfreuen sich Arbeiten zu Governance zwar großer Beliebtheit, nach den Orten der Ausübung von Steuerungsfunktionen wird aber ebenso wenig gefragt wie nach einer detaillierten Akteurskonstellation (zum Beispiel Zusammenhang zwischen so genannten *lead firms* und den Anbietern von Produktionsdienstleistungen). Dieser Aspekt bleibt auch in Studien zu transnationalen Konzernen unbelichtet, obwohl heute vielfach davon ausgegangen wird, dass sich die Organisationsstrukturen transnationaler Unternehmen in den letzten Jahren dezentralisiert haben.

Wie bin ich zum Thema der Geographien der Organisationslogiken ungleicher Entwicklung gelangt? Die Problemstellung geht aus meiner langjährigen Forschung zu *Global Cities* in Lateinamerika hervor. Im Bestreben, die Rolle von Orten wie Mexico City in der Weltwirtschaft zu untersuchen, stellte ich fest, dass es nicht ausreicht, den Wandel der ökonomischen Funktionen *in* der Stadt zu analysieren. Es bedurfte, um die These der *Global City Formation* (in Mexico City) zu untermauern, eines Belegs, dass es Verbindungen zwischen den globalen Produktionsdienstleistern und Unternehmen im „produktiven“ Bereich der Ökonomie gibt. Was ich zunächst als empirische Herausforderung sah, stellte sich bald schon als ein komplexes konzeptionelles Feld heraus: Ich erkannte, dass sowohl die „*Global City*“- als auch die „*Global Commodity Chain*“-Forschung wichtige Bausteine lieferten, um die Geographien der Organisationslogiken ungleicher Entwicklung verstehen zu können, dass beide Ansätze aber wesentliche Blindstellen aufweisen. Erst die Integration beider Ansätze, mit der ich mich seit einiger Zeit theoretisch wie empirisch beschäftige, erlaubt es, die Schwächen der jeweiligen Ansätze zu überwinden und zu einem angemessenerem Bild von Governance in der Weltwirtschaft zu gelangen.

Diese zu erforschen ist nicht nur ein spannendes intellektuelles Projekt, das etwa der trivialen und skandalisierenden Megastadt-Literatur (für die *Planet of Slums* von Mike Davis ein – auch unter kritischen LeserInnen sehr beliebtes – Beispiel darstellt) gegenübergestellt werden kann. Die Erforschung der Geographien von Organisationslogiken ungleicher Entwicklung ist auch von erheblicher gesellschaftspolitischer Relevanz. Die dunklen Mächte, schreibt Bertolt Brecht in der *Kriegsfibel*, haben „Name, Anschrift und Gesicht“, was sich gut mit einer sehr frühen Textpassage von Andre Gunder Frank verbinden lässt, der die lateinamerikanischen Städte als

„Brückenköpfe“ der Ausbeutung Lateinamerikas durch die Zentren fasst (wenn auch nicht untersucht). Für mich bedeutet das: Die Anschriften zu kennen, von denen aus ungleiche Entwicklung organisiert wird, ist für jene, die Einfluss auf die Organisationslogiken der Weltwirtschaft nehmen möchten, unerlässlich.

Konzeptionell liegt eine Integration von „*Global City*“- und „*Global Commodity Chain*“-Forschung auf der Hand: Beide Ansätze haben ihre Wurzeln in der Weltsystemanalyse, beide Theorien beschäftigen sich mit der Organisation ungleicher weltwirtschaftlicher Entwicklung. Empirisch stellt es sich aber als ein schwieriges Unterfangen dar, da einerseits kaum auf bestehende Datensätze, wie sie zum Beispiel von Statistikinstituten veröffentlicht werden, zurückgegriffen werden kann und da andererseits viele Unternehmen eine, sagen wir mal, nur zurückhaltende Bereitschaft haben, Informationen über Steuerungsmechanismen im Interview zu offenbaren. Dies ist aber auch forschungspolitisch ein zentraler Punkt: Hartnäckigkeit ist wichtig, will man sich nicht, wie in einem Gutteil der stadtgeographischen Arbeiten der Fall, Forschungsthema und -fragen von den verfügbaren Daten diktieren lassen.

Die Frage nach der disziplinären Verortung ist für mich relativ belanglos – auch wenn das „Fach Geographie“ natürlich ersten Anspruch auf eine Untersuchung der Geographien von Organisationslogiken ungleicher Entwicklung haben könnte. Mir geht es, angesichts meiner wissenschaftlichen Biographie (Promotion in Geschichte, Habilitation in Geographie) und mit Bedacht auf den *spatial turn*, der in den Sozialwissenschaften in den letzten Jahren viele AutorInnen beschäftigt hat, um eine Verbindung von historischer und geographischer Gesellschaftsanalyse, also um einen, wie David Harvey oder Edward Soja es formulieren, historisch-geographischen Materialismus.

Zum Weiterlesen

- Brown, Ed/Derudder, Ben/Parnreiter, Christof/Pelupessy, Wim/Taylor, Peter J./Witlox, Frank (2010): World city networks and global commodity chains: towards a world-systems' integration. In: Global Networks, special issue (im Erscheinen).
- Parnreiter, Christof (2010): Global cities in global commodity chains. Exploring the role of Mexico City in the geography of governance of the world economy. In: Global Networks, special issue (im Erscheinen).

STEFAN PIMMER

Internationalisierung und Abhängigkeit: zur Transformation des Staates in Lateinamerika

Das Ende des Fordismus zu Beginn der 1980er Jahre und die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus stellen die materialistische Staatstheorie vor neue Herausforderungen. Vielerorts finden Transformationsprozesse statt, die das Verständnis des Staates als Nationalstaat in Frage stellen und die Grenzen eines methodologischen Nationalismus aufzeigen. Begreift man Staat grundsätzlich „im Sinne einer von der Gesellschaft gesonderten Instanz, welche kollektiv verbindliche Entscheidungen trifft und durchsetzt“ (Brand 2007: 263), wird klar, dass sich dieser nicht nur auf der Ebene der Nation konstituiert. Vielmehr handelt es sich im Anschluss an Nicos Poulantzas (2002) um gesellschaftliche Machtverhältnisse, die sich auf verschiedenen räumlichen Ebenen materiell verdichten.

Aufbauend auf diesen Überlegungen wurde in letzter Zeit versucht, mit dem Konzept der Internationalisierung des Staates den aktuellen Transformationsprozessen von Staaten des kapitalistischen Zentrums theoretisch gerecht zu werden. Das Konzept verweist dabei auf drei räumlich-soziale Dimensionen: 1) die Internationalisierung der Zivilgesellschaft, die in Anlehnung an Antonio Gramsci als Bestandteil des integralen Staates verstanden wird; 2) eine Transformation der politischen Gesellschaft oder des Staates im engeren Sinne in Richtung nationaler Wettbewerbsstaat (Hirsch 1995) oder schumpeterianisches *Workfare Regime* (Jessop 2005) und 3) die Etablierung internationaler politischer Institutionen, die im Anschluss an Poulantzas als Verdichtung zweiter Ordnung begriffen werden (Brand et al. 2007). Damit wird hervorgehoben, dass internationale Institutionen selbst Teil des Staates sind und sich in ihnen unterschiedliche gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verdichten.

Transformations- und Internationalisierungsprozesse entlang dieser drei Dimensionen finden nicht nur im Zentrum des kapitalistischen Welt-systems statt, sondern auch an dessen Peripherie. Das ist der Ausgangspunkt meines Forschungsprojektes, das im Rahmen des Postgraduate-Programms *Estudios Latinoamericanos* an der *Universidad Nacional Autónoma de México* (UNAM) als Masterarbeit entsteht: das Konzept der Internationalisierung des Staates soll für die Analyse peripherer Staatlichkeit nutzbar gemacht werden.

In einem ersten Schritt werden zu diesem Zweck die angesprochenen theoretischen Konzepte, die vor dem Hintergrund europäischer Gesellschaften entwickelt wurden, auf mögliche Grenzen oder Schwachstellen in Bezug auf die Analyse peripherer, im Besonderen lateinamerikanischer Staaten hin überprüft. Dies soll in Anlehnung an Gramsci, der auf den historischen Kern wissenschaftlicher und philosophischer Denkweisen aufmerksam machte, als „Übersetzungsarbeit“ geschehen. Die Frage der Gültigkeit und Anwendbarkeit von Theorien liegt demnach in der Möglichkeit, sie in die jeweils aktuellen Verhältnisse zu übersetzen (Haug 1988). In Hinblick auf das Konzept der Internationalisierung von Staatlichkeit und seiner Anwendung auf die Gesellschaften Lateinamerikas weist diese Übersetzung notwendigerweise eine zweifache Dimension auf. Zum einen besitzt der historische Kern der Theorien eine zeitliche Dimension. In diesem Sinn bewegen sich sowohl Gramsci als auch Poulantzas und die Regulationstheorie im Bezugsrahmen des Fordismus. Seit Beginn der 1980er Jahre haben sich jedoch die Paradigmen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion grundlegend verändert. Im Rahmen einer zeitlichen Übersetzung soll daher untersucht werden, inwiefern deren theoretische Grundannahmen auch hinsichtlich der Analyse postfordistischer Gesellschaften noch tragfähig sind. Diese Übersetzung basiert auf Arbeiten von AutorInnen, die die genannten Theorien weiter entwickelt haben. Zum anderen weist der historische Kern der theoretischen Grundlagen eine räumliche Dimension auf. Eine Analyse der Theorien und ihrer Rezeption in Lateinamerika soll aufzeigen, ob und inwieweit diese in ihren Überlegungen auf die Problematik von Zentrum und Peripherie eingehen.

Ergänzend dazu untersuche ich in einem Exkurs ausgewählte Arbeiten lateinamerikanischer AutorInnen, die sich mit dem Thema Staat und dessen Internationalisierung beschäftigt haben. Die Lektüre von Ruy Mauro

Marini, René Zavaleta oder Norbert Lechner beispielsweise soll den Blick schärfen für die Probleme und Besonderheiten staatstheoretischer Überlegungen im lateinamerikanischen Raum.

Anhand dieser Arbeiten sowie der räumlichen und zeitlichen Übersetzung kehre ich abschließend zum ursprünglichen Konzept der Internationalisierung des Staates zurück. Die vorhergehenden Untersuchungen sollen nun ermöglichen, die zugrundeliegenden Annahmen hinsichtlich ihrer Anwendung auf Lateinamerika zu sensibilisieren: Welche Besonderheiten etwa weisen die Zivilgesellschaften Lateinamerikas auf? Ist das Hegemonie-Konzept anwendbar auf stark gespaltene und heterogene Gesellschaften? Und kann man tatsächlich von Verdichtung unterschiedlicher Kräfteverhältnisse in den Staatsapparaten sprechen, wenn der demokratische Zugang zu staatlichen Entscheidungsfindungsprozessen stark eingeschränkt oder sogar blockiert ist?

Wie aus den vorherigen Überlegungen hervorgeht, ist das Forschungsprojekt als theoretische Arbeit angelegt. Es werden demnach keine neuen empirischen Daten hinsichtlich der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Transformationsprozesse und der Rolle des Staates erhoben. Ziel ist es vielmehr, einen theoretischen Rahmen für empirische Untersuchungen zur Verfügung zu stellen, der es ermöglicht, die Besonderheiten lateinamerikanischer Staaten entsprechend zu berücksichtigen. Das theoretische Verständnis dieser komplexen Transformationsprozesse, so die Hoffnung, ermöglicht es in der Folge, Spielräume und Grenzen emanzipatorischer und gegenhegemonialer Projekte auszuloten. Für solche Bestrebungen ist der Staat, verstanden als gesellschaftliches Verhältnis, nach wie vor wichtiger Bezugsrahmen. Daraus erwächst gleichzeitig die Notwendigkeit, traditionelle politikwissenschaftliche Ansätze weiter zu fassen. Da der Staat, als soziales Verhältnis begriffen, in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche hineinwirkt, kommen staatstheoretische Untersuchungen somit nicht umhin, neben dem im engeren Sinne politischen Analyseinstrumentarium auch auf andere Disziplinen zurückzugreifen, um die gegenwärtigen Transformationsprozessen erfassen zu können.

Die Betonung interdisziplinärer Forschung ist auch Schwerpunkt des Postgraduate-Programms, bei dem das Forschungsprojekt als Masterarbeit entsteht. Wurde vorhin betont, dass sich Gesellschaft und Staat in peripheren Ländern anders gestalten als in den Zentren, so gilt dies ebenfalls

für die Theoriebildung und die Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens im Allgemeinen. In diesem Sinn ist es ein wichtiges, den Rahmen des Projekts überschreitendes Anliegen, den Dialog zwischen den europäischen und lateinamerikanischen Diskussionen zu fördern. Dies gilt nicht nur in Bezug auf staatsrechtliche Debatten, sondern für die kritischen Gesellschaftswissenschaften insgesamt. Gerade für Entwicklungsforschung ist es unumgänglich, die Welt gleichzeitig von den Rändern und vom Zentrum her zu denken. Mit meinem Projekt möchte ich einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Literatur

- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates. In: Becker, Joachim et al. (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Wien: Mandelbaum Verlag, 260-279.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtung zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: Prokla 147, 217-234.
- Haug, Wolfgang Fritz (1988): Gramsci und die Politik des Kulturellen. <http://www.wolfgangfritzhaug.inkrit.de/documents/GR-PolKult-X.pdf>, 6.8.2009.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin: ID-Archiv.
- Jessop, Bob (2005): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity Press.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.

PETRA PURKARTHOFER

Rassismus und Maskulinismus in postkolonialen Verhältnissen

Die Empörung über rassistische Unterdrückung und Armut sowie die Suche nach deren Ursachen stehen sehr häufig am Beginn der Entscheidung für ein sozialwissenschaftliches Studium. So war es auch in meinem Fall. Wiederholt habe ich mich seitdem mit Rassismus, Kolonialismus und hegemonialen Herrschaftsverhältnissen beschäftigt. Mein Interesse für feministische Theorie wurde erst später durch die Arbeit meiner KollegInnen am Institut für Politikwissenschaft geweckt. Der Verdacht und später das Wissen, dass Rassismus und Maskulinismus miteinander zu tun haben, sowie die Unzufriedenheit mit bestehenden Theorien, die das Zusammenspiel verschiedener Unterdrückungsmechanismen nicht ausreichend klären, sind die Motivation für mein derzeitiges Forschungsprojekt. Liberale feministische Theorien machen unausgesprochen die Weiße, bürgerliche Frau zur Norm. Wenn Frauen aus dem „Süden“ thematisiert werden, dann meist als Residualkategorie und monolithischer Block. Differenzen und soziale Unterschiede zwischen Frauen werden häufig ausgeblendet. Diese Umstände ließen mich nach Theorien Ausschau halten, die auch Ethnie und Klasse als Unterdrückungsmechanismen ansprechen. Ich fand, wonach ich suchte, in den Publikationen der *Black Feminists* und postkolonialen TheoretikerInnen. Die konkreten materiellen Grundlagen sozialer Ungerechtigkeit wie Produktionsweise, geschlechtsspezifische und internationale Arbeitsteilung und Ähnliches kommen in diesen Theorien jedoch vielfach zu kurz. Hierfür bietet sich die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) an, die sich jedoch wiederum zu wenig mit Prozessen der Vergeschlechtlichung und Ethnisierung und deren Relevanz für die Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen beschäftigt.

Die Frage, wie hegemoniale Klassifizierungen mit der Aufrechterhaltung postkolonialer Herrschaftsverhältnisse zusammenspielen, wird von keiner

der genannten Theorien befriedigend beantwortet. Daher erscheint es mir sinnvoll, postkoloniale Theorien und Internationale Politische Ökonomie aus feministischer Perspektive miteinander zu verbinden. Neben Konvergenzen und Unterschieden möchte ich in einem Forschungsprojekt auch die blinden Flecken dieser beiden theoretischen Zugänge identifizieren. Wissenschaftliches Ergebnis des Forschungsprojektes wird die Zusammenführung kompatibler Teile beider Theorien und die Erarbeitung eines neuen Forschungszugangs sein.

Postkoloniale Theorien legen mit ihren epistemologischen Grundsatzen Wissensproduktion als Herrschaftsform frei und untersuchen die Auswirkungen des Kolonialismus bis heute. Wissenschaft ist immer in Machtverhältnisse eingebettet. Teile der IPÖ sind sich dessen wohl bewusst. So hält beispielsweise Robert Cox (1981: 128) fest: „Theory is always for someone and for some purpose.“ Dennoch hinterfragt die IPÖ zu selten den ihren Begrifflichkeiten und Theorien immanenten Eurozentrismus. Postkoloniale Theorien können hier mit ihrer Kritik an den Strukturen und Formen der Wissensproduktion eine Lücke füllen. Sie hinterfragen vorherrschende Identitätskonstruktionen im Hinblick auf ihren essentialistischen Gehalt und beschäftigen sich mit Fragen der Repräsentation. Diese Perspektive lenkt den Blick zurück auf den Prozess und die Bedeutung von Wissensproduktion. Hegemoniale Narrative über „die Anderen“ erzählen häufig mehr über deren ProduzentInnen als über die vermeintlich „Anderen“. Die Infragestellung vorherrschender Begrifflichkeiten und Dichotomien enthält nach Meinung postkolonialer TheorikerInnen ein destabilisierendes Moment. Sich Zuschreibungen und Eindeutigkeiten zu entziehen, könne als widerständige Praxis imperiale Hegemonie untergraben (Bhabha 2000). Postkoloniale Theorien lenken auch verstärkt die Aufmerksamkeit auf Differenzen und Hierarchien zwischen Frauen sowie die Erfahrungen subalternen Frauen, die nicht nur durch ihr Geschlecht, sondern maßgeblich durch ihre ethnische und klassenspezifische Position geprägt sind (Lewis/Mills 2003). Den Zugangsweisen der IPÖ kann vorgeworfen werden, die Relevanz essentialistischer Identitätskonstruktionen im Hinblick auf die Untersuchung struktureller Ungleichheitslagen zu wenig zu beachten. Postkoloniale Theorien bauen auf theoretischen Annahmen des Marxismus, Poststrukturalismus und häufig auch Feminismus auf. Ein häufig geäußerter Kritikpunkt an den postkolonialen Theorien ist ihr starker Fokus auf Wissensproduk-

tion, wobei die materiellen Bedingungen von Unterdrückung und aktuelle Formationen postkolonialer Hegemonie zu wenig berücksichtigt würden. Eine stärkere politisch-ökonomische Einbettung kann helfen, einem verallgemeinerten Postkolonialismusbegriff entgegenzuwirken, indem materielle Rahmenbedingungen post-/kolonialer Verhältnisse konkretisiert werden. Eine Verbindung heterodoxer Ansätze der IPÖ (Bieling 2007) und postkolonialer Theorien kann über eine Klärung des Verhältnisses von Praxen hierarchischer Differenzsetzung und politisch-ökonomischen Verhältnissen Unterdrückungsmechanismen besser verstehen helfen.

Es ist Anliegen des Forschungsprojektes, in einem zweiten Schritt ein Forschungsprogramm zu skizzieren, das sich an der konkreten Verbindung grundlegender Annahmen von Gayatri Chakravorty Spivak und Spike Peterson versucht. Mit Hilfe der beiden Autorinnen kann gezeigt werden, dass Rassismus und Maskulinismus als materielle und institutionalisierte Praxen der Differenzsetzung („*othering*“) zu sehen sind, die sozio-ökonomische Re-/Produktionsverhältnisse strukturieren. Die aktuelle Kommodifizierung von Differenz bringt eine Rhetorik vermeintlicher Diversität mit sich, die jedoch die vergeschlechtlichte und internationale Arbeitsteilung unangetastet lässt. Auch aktuelle Regierungstechniken basieren nach wie vor auf einer vergeschlechtlichten, rassistischen und klassenspezifischen Selektivität des Staates, die das Funktionieren des Kapitalismus garantiert und sich nur den jeweils aktuellen (Finanz-)Krisen anpasst.

Die gesellschaftliche Relevanz liegt in der Fusion zweier feministisch herrschaftskritischer Ansätze, deren Verbindung es ermöglichen soll, den analytischen Blick zu schärfen und somit sozialwissenschaftliche Studien zu verbessern. Durch den zentralen Stellenwert, den Kolonialismus, Eurozentrismus, Maskulinismus und Rassismus in diesem neuen feministisch strukturalistischen Zugang einnehmen werden, ist er sowohl für die Entwicklungsforschung als auch für aktuelle gesellschaftspolitische Themen der Entwicklungspolitik relevant.

Literatur

- Bhabha, Homi (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden: VS.
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders. In: Millennium – Journal of International Studies 10 (2), 126-155.
- Lewis, Reina/Mills, Sara (eds., 2003): Feminist Postcolonial Theory. A Reader. London/New York: Routledge.
- Peterson, V. Spike (2003): A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies. London/New York: Routledge.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): In Other Worlds. London/New York: Routledge.

KUNIBERT RAFFER

**Der Süden in der Schuldenfalle: ein Vorschlag zur
Lösung der Überschuldung**

Als einen jener, die im ersten *Journal für Entwicklungspolitik* 1985 gemeinsam mit Gunnar Myrdal publizieren durften, freut es mich besonders, mit dem JEP feiern zu dürfen, indem ich meinen wissenschaftlichen Schwerpunkt vorstelle. Beiträge zu meinem Arbeitsschwerpunkt – Verschuldung des Südens und die Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen (IFI) – wurden des Öfteren im JEP veröffentlicht, darunter in zwei von mir herausgegebenen Schwerpunktheften.

Seit etwa 1979 beschäftige ich mich mit der souveränen Verschuldung des Südens. Ich unterstützte die bald nach dem offiziellen Ausbruch der internationalen Schuldenkrise 1982 propagierte Idee, den Ausgleich von Kapitalgesellschaften („Chapter 11“ in den USA) als Lösung für überschuldete Entwicklungsländer international anzuwenden. Dagegen wurde von den offiziellen Gläubigern, vor allem den Bretton-Woods-Institutionen, eingewandt, dass die Unterschiede zwischen Staaten und Kapitalgesellschaften deren Anwendung auf Souveräne unmöglich machten. Da Ausgleichsverfahren für Firmen das Problem der Hoheitssphäre naturgemäß nicht behandeln können, stimmt dies juristisch, obwohl ein Ausgleich für Staaten ebenso notwendig ist. 1987 schlug ich daher als Gegenargument vor, nicht Chapter 11, sondern die grundlegenden Ideen des speziellen Insolvenzrechts für „*municipalities*“ (öffentlich-rechtliche US-Schuldner, ein Spezifikum der USA) auf Staaten anzuwenden. Ein unabhängiges und unparteiisches Schiedsgericht, nicht die Gläubiger, muss letztendlich über Zahlungsfähigkeit und Ausgleichsquote entscheiden, sofern die Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldern, bei denen die betroffene Bevölkerung ein Anhörungsrecht hat, keine akzeptable Lösung bringen.

Das Prinzip des Schuldnerschutzes ist zu beachten. In den USA besteht ein öffentliches Interesse am Weiterfunktionieren einer Gebietskörperschaft.

Erfreulicherweise wurde mein Vorschlag – von J. K. Galbraith „Raffer-Vorschlag“ genannt – aufgegriffen. In der Literatur thematisierten ihn unter anderen Barry Eichengreen und Kenneth Rogoff; die britische „Jubilee 2000“-Kampagne nahm ihn 1995 als zentralen Punkt in ihre Plattform auf. Das Wort Insolvenz war noch tabu, daher wurde es als „Faires, transparentes Schiedsverfahren“ (englisch FTAP) umschrieben.

Als FTAP wurde mein Modell weltweit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) aufgegriffen und wird – da noch immer nicht umgesetzt – heute noch als Lösung der Überschuldung des Südens gefordert. „Erlaßjahr 2000“, die 1996 gegründete deutsche Entschuldungskampagne, war die erste, die meine Formulierungen (Chapter 9, Insolvenz) übernahm, die Tegucigalpa-Deklaration lateinamerikanischer Jubilee-Bewegungen tat dies später. Im Jahr 2000 verlangte die kurz an der Regierung beteiligte Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (CONAIE) in einem Schreiben an den Pariser Club Maßnahmen gegen Ekuadors Schuldenprobleme, darunter eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit nach Chapter 9. Mein Modell wurde von Parlamenten und Abgeordneten, aber auch von Regierungen sowie von Kofi Annan aufgegriffen, es findet sich sogar in einer Resolution des US-Repräsentantenhauses. Der Deutsche Bundestag nahm sich des Themas unterstützend an, zuletzt in einer Resolution im Juni 2009, zehn Jahre nach dem Kölner Gipfel. Die Expertenkommission der Vereinten Nationen unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz griff meine Idee schließlich im Jahr 2009 auf.

Ein faires und rechtsstaatliches Verfahren für die Länder des Südens existiert nach wie vor nicht, doch wurden wichtige Punkte meines Modells, die gerade öffentlich-rechtliche Gläubiger lange als utopisch und als nicht machbar bezeichnet hatten, mittlerweile eingeführt. Das Prinzip des Schuldnerschutzes wurde 1999 auf dem Kölner G8-Gipfel bzw. durch HIPC II anerkannt. Armutsbekämpfungsprogramme (PRSPs) wurden ein wichtiger Teil des Schuldenmanagements der Bretton-Woods-Institutionen. In Gleneagles begründeten die G8 die weitere Entschuldung ausdrücklich damit, so das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele ermöglichen zu wollen, die letztlich nichts anderes als angewandter Schuldnerschutz sind.

Ein Anhörungsrecht der betroffenen Bevölkerung (im Falle insolventer US-Gebietskörperschaften Routine) und eine sehr hohe Transparenz – beides lange ebenfalls als unmöglich bezeichnet – gibt es mittlerweile. Die Mitwirkung der Öffentlichkeit mag sogar das übersteigen, was ich 1987 für denkbar hielt. NRO arbeiten in einem Maße an Programmen für überschuldete Länder mit, dass die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sie als einflussreicher denn die Schuldnerländer selbst bezeichnet.

Die Reduktion multilateraler Schulden ist ebenfalls schon über zehn Jahre Realität, wenngleich noch immer eine ungerechtfertigte und statutenwidrige *De-facto*-Bevorzugung der IFI bestehen blieb. Mein Vorschlag einer Gleichbehandlung aller Gläubiger ist somit noch nicht umgesetzt. Dies bewog mich, die Frage der multilateralen Schulden näher zu untersuchen. Es kann nicht nur gezeigt werden, dass die IFI juristisch keinerlei Bevorzugung genießen, sondern auch, dass sie ihre eigenen Statuten zu Lasten des Südens offen und gröblichst brechen. Außerdem enthalten ihre Statuten die Möglichkeit, Schadenersatz für (grob) fahrlässig oder absichtlich zugefügte Schäden zu erlangen. Dem Süden wird dies nur rechts- und sittenwidrig verwehrt. Die IFI unterdrücken diese rechtsstaatlich korrekten und ökonomisch notwendigen Bestimmungen einfach. Mit dem Vorschlag eines *Sovereign Debt Restructuring Mechanism* (SDRM) versuchte der IWF den rechtswidrig beanspruchten Status eines bevorrangten Gläubigers zu erlangen. Mein im Auftrag der G24 geschriebenes Positionspapier zum SDRM, das allen IWF-Exekutivdirektoren aus dem Süden übermittelt wurde, zeigte dies. Erfreulicherweise konnte sich der IWF-Vorschlag nicht durchsetzen. Mittlerweile halte ich die Gleichbehandlungsforderung nicht mehr aufrecht. Ihre eigenen Statuten, Rechtsstaatlichkeit und ökonomische Rationalität sprechen meines Erachtens dafür, alle IFI-Forderungen – wie bei ihrer Gründung vorgesehen – mit Nachrang zu versehen sowie Schadenersatzverfahren wie statutarisch möglich durchzuführen. Rechtsstaatlichkeit muss endlich auch für IFI gelten.

Auch kleinere Punkte meines Modells sind mittlerweile nicht mehr undenkbar oder utopisch. Die Forderung, zu Verfahrensbeginn die Berechtigung aller Forderungen zu überprüfen, wurde vom IWF 2002 (nur zwölf Jahre nach herber Kritik an meinem Vorschlag) ebenfalls erhoben. Im Jahr 2001 sprach Anne Krueger von der Notwendigkeit eines geord-

neten Verfahrens, um die Kosten des Schuldenmanagements zu reduzieren. Mehrere IWF-Publikationen schlugen vor, alle Rechtsschritte außerhalb des Verfahrens zu stoppen. Im SDRM sollte der Privatsektor – aber eben nur dieser – der Schiedsgerichtsbarkeit (eines „unabhängigen“ IWF-Organs) unterworfen werden, während mein Modell alle Gläubiger wie auch den Schuldner als Partei behandelt.

Dies ist der letzte noch nicht zumindest ansatzweise realisierte Punkt meines Modells, und leider auch der essentiellste: die öffentlich-rechtlichen Gläubiger beharren weiterhin auf ihrer jegliche Rechtsstaatlichkeit verhöhnenden Stellung als Richter, Geschworne, Experten und Exekutor (selbst als „Anwalt“ des Schuldnerlandes). Offenbar aus machtpolitischen Gründen weigern sie sich, den Eckpfeiler jeglicher Rechtsstaatlichkeit zu akzeptieren: eine unabhängige, neutrale und selbst materiell desinteressierte Entscheidungsinstanz, wie wir sie in allen Rechtsordnungen als selbstverständlich kennen und als Grundlage jeglichen Rechtssystems voraussetzen. Dies schadet den Schuldnern, wie die lange Reihe von „Entschuldungsinitiativen“ zeigt, die das Problem hinausschoben, aber nicht lösten. Es schadet aber auch vielen Gläubigern, die weder zum Pariser Club gehören noch IFI sind, deren Rechte sträflich missachtet werden. Trotz mancher erheblichen Verbesserungen verteidigen unsere Regierungen nach wie vor einen globalen Doppelstandard des Rechts. Daher ist es besser, im Norden geboren zu werden und Menschenrechte ganz selbstverständlich beanspruchen zu können, als im Süden.

Zum Weiterlesen

Interessierte seien auf Literaturangaben und abladbare Publikationen auf meiner Homepage verwiesen: homepage.univie.ac.at/Kunibert.Raffer

DIETMAR ROTHERMUND

The global impact of the Great Depression of the 1930s and of the present financial crisis: A study in contrast

The encounter with the present financial crisis has evoked reminiscences of the Great Depression. At this stage it may still be too early for a conclusive comparison of the two phenomena. Nevertheless, a preliminary attempt at identifying similarities and differences may be made so as to prepare the ground for comparative studies. A common feature is undoubtedly the contagious credit contraction after a period of expansive economic growth. In both instances the crisis originated in the USA and then affected the whole world. The contributing factors were, however, very different and it is important to trace them in detail.

The Great Depression: financial speculation and agricultural overproduction

The causes of the Great Depression of the 1930s converged around 1929 to precipitate a major crisis. First of all, there was the tragedy of the international gold standard, which had worked well before the First World War when London was the financial centre of the world. Its stabilising effect was based on a free flow of gold, which was interrupted after the war, when the gold standard was restored and the USA hoarded gold so as to neutralize its inflationary impact. The Federal Reserve System, which was originally established as a lender of last resort, also devoted itself to the task of maintaining internal American price stability – and this endeavour upset the international gold standard to which more and more countries returned in the hope of restoring global financial stability.

The 1920s were a period of rapid economic growth in the USA. One of the elements of this growth was the enormous expansion of agricultural production by means of new agricultural machinery. This led to overproduction. For some time the effects of this development could be concealed by storing grain. Such storage provided good collateral for credit, which accordingly expanded by leaps and bounds. At the same time, industrial production also expanded. The industrialists obtained their capital from the stock market. People who had money to spare invested it in stocks. This created a speculative bubble. In order to satisfy the appetite of the speculators, holding companies were established which did not produce anything but only controlled other companies. This was quite similar to the 'asset backed' bubble which caused the present crisis.

The conservative bankers managing the Federal Reserve System wished to stop this perversion of the stock market by tightening credit. However, this did not discourage the speculators as long as their stocks increased in value day by day. On the other hand, the tightening of credit severely affected the financing of grain storage. Finally, an avalanche of wheat inundated the world market where prices for all agricultural commodities – not only wheat – were about halved within a few months. This feature is missing in the present crisis, as will be discussed later.

The 'asset bubble' of the stock market burst in October 1929. Initially, the conservative managers of the Federal Reserve System watched this with grim satisfaction. What they did not know was the extent to which speculators had borrowed money from banks by using their depots of stocks as collateral. Many banks were now stuck with devalued stocks – the equivalent to the 'toxic papers' of our times. This led to an increasing series of bankruptcies of banks. This could have been prevented if the Federal Reserve System had intervened as lender of last resort – the purpose for which it had been originally established. However, it had worshipped at the altar of price stability for so long that it had forgotten its original mandate. Moreover, at this stage the lender of last resort faced a herculean task. It could have performed this task, given its huge reserves of gold, but it was mentally not equipped to do so.

The European banks were vitally affected by the American crisis and many of them caved in. Most countries now abandoned the gold standard and then subsequently had recourse to competitive devaluation and national

protectionism – a policy which the British economist Joan Robinson called ‘beggar thy neighbour’. World trade contracted along with the credit contraction. Yet, as far as raw materials and agricultural produce were concerned, this affected the value rather than the volume of trade. This meant that the income of the producers in what was later called the ‘Third World’ dwindled. In fact, decolonization was inaugurated by the Great Depression, as it was no longer profitable to hold on to colonies as producers of raw materials. However, since most colonies were indebted to their ‘owners’, colonial rule was tightened at this stage so as to control the debtors.

Economists used to measure the impact of the Great Depression on various countries in terms of the deficit in their balance of payments and their rate of unemployment. The ‘Third World’ and its suffering peasantry escaped their attention. This is why the real global impact of the Great Depression has only been identified in recent years.

The causes and consequences of the present financial crisis

If we now turn to the present crisis we must first of all look at the different nature of the ‘asset bubble’ which precipitated it. This time it was not the stock market and holding companies but ‘asset backed securities’ (e.g. houses) and the ingenuity of banks in creating new ‘financial products’ which cleverly camouflaged the assets by which they were supposed to be backed. Among these new financial products which were introduced only in recent years were the Credit Default Swaps. They were supposed to be a kind of insurance against the default of debtors, but actually they could be acquired also by people who did not need such insurance but only wanted to take a gamble on bankruptcies. Naturally, such gamblers then had a vested interest in the respective bankruptcy. In a way, such ‘swaps’ were similar to the ‘short selling’ of stocks. Financial ingenuity was buoyant in the ocean of liquidity which flooded the American economy.

The American bubble was supported by the perverse economic relationship of the USA with China, a relationship which created an enormous amount of liquidity in the USA and provided China with export earnings. China maintained an artificially low exchange rate and deprived its workers of the wages they deserved; it then invested the surplus of its balance of

trade in American government securities, of which it holds huge amounts. In fact, China 'owns' a great part of the USA. It could unleash an avalanche of dollars on the world, but since it would devalue its reserves in this way, it will not follow such a course.

The American bubble spawned a large amount of 'toxic papers' which were eagerly absorbed by European banks which now have to face the consequences. Asian banks seem to have been more cautious in this respect, but Asia is also affected by the global credit contraction. The American Federal Reserve System has performed its role as lender of last resource time very effectively. Its boss, Ben Bernanke, has done research on the Great Depression and has avoided earlier mistakes. Governments around the world have also been more active this time and so far they have not fallen prey to the self-defeating game of 'beggar-thy neighbour'. Another saving grace is the absence of a fall in commodity prices – except for the price of oil, which, however, had reached an absurd peak just prior to the financial crisis. Nevertheless, it would be too early to announce the end of the present crisis. Moreover, the basic problem, the problematic relationship between the Chinese and the American economy, has not yet been changed. As long as the Chinese go on exploiting their own workers and buying US-government securities, they will provide America with surplus liquidity, which may again spawn bubbles. It is only to be hoped that bankers worldwide will become more aware of the dangers of 'financial products' which are as treacherous as the proverbial Trojan horse. Unfortunately, fancy bonus payments have motivated bankers to peddle 'financial products' whose nature they themselves hardly understood. Research in this field must be pursued so as to prevent further crises. Financial globalization is irreversible. Nevertheless, it should be accompanied by more transparency and by concerted action against perverse economic relationships.

WALTER SCHICHO

Mein letztes/aktuelles/liebstes (l./a./l.) Forschungsprojekt

Forschungsprojekte sind wie der Wiener Stadtmarathon, bloß dass es bei Ersteren zu keiner Ausschüttung von Adrenalin kommt. Die Erstplatzierten kommen in die Medien, zwanzig oder dreißig werden mit Preisen bedacht, und die restlichen 8.000 sind für das Nenngeld dabei gewesen und haben Bananen gefuttert. Am besten, einereiner tritt gleich gar nicht an, überlegt sich das zwar hin und wieder, trainiert auch ein wenig, aber ohne dass es allzu sehr weh tut, schaut den anderen zu, stellt fest, die eine oder andere Zeit hätte ich auch geschafft, und erspart sich den Krampf in den Waden und die Verzweiflung nach der Halbzeit. Der Autor dieser Zeilen ist, so meint er damit klargestellt zu haben, kein Forscher und hat kein liebstes ureigenes Forschungsprojekt. Er schaut lieber den anderen beim Forschen zu, reicht Wasserflaschen und Bananen und freut sich, wenn möglichst viele ankommen.

Das heißt nun keinesfalls, dass ich in vierzig oder mehr Jahren akademischen Wanderns nicht geforscht hätte. Ich schrieb Forschungsanträge, beantragte Finanzierungen, hockte in Museumsdepots und Archiven, quälte GesprächspartnerInnen mit meinen Fragen, sammelte Tonbandaufnahmen und transkribierte, zeichnete Pläne, füllte Tabellen, sammelte Objekte. Ich beobachtete teilnehmend, stellte Fragen, mir und den andern, und las Bücher, die mich so lange beeindruckten, bis ich verstand, was da geschrieben war.

Goethes Faust begeht in seinem Eingangsmonolog – „Habe nun, ach! Philosophie, Juristerei und Medizin, Und leider auch Theologie! Durchaus studiert [...]. Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor“ – einen groben Fehler: Er beginnt wieder von vorne. Faust endet banal für den Versuch, die Zeit anzuhalten, das trügerische Gefühl länger spüren zu dürfen, er hätte etwas Wesentliches zur menschlichen Entwicklung

beigetragen: „Zum Augenblicke dürft ich sagen, verweile doch, du bist so schön!“

Was leite ich nun aus der Betrachtung des Marathons und aus der Goethelektüre ab? Ich kann laufen, obgleich ich es mir nicht durch die Teilnahme am Wiener Stadtmarathon bewiesen habe, und was ich zur menschlichen Entwicklung beibringe, ist allenfalls eine Kleinigkeit, kein Endergebnis, nicht einmal ein Etappenziel. Das macht es einem leichter, Erwartungen und Ergebnisse eigener Forschungstätigkeit auf einen Nenner zu bringen, und hindert einen daran, der eigenen Arbeit ein „Ich“ voranzustellen statt eines „Wir“.

Es fällt mir nicht schwer zu bekennen, dass meine liebsten Forschungsprojekte jene waren und sind, die nie in Anträge gepresst wurden, keine Finanzierung bekommen haben und die ich daher auch nicht abrechnen und über die ich nicht berichten musste. Selbstverständlich scheinen sie auch in keiner offiziellen Statistik auf und sind deshalb karrieremäßig irrelevant. Solche Projekte wachsen allmählich aus einer zufälligen Idee, verzweigen sich, leben über Jahre und gehen dann wieder ein, möglicherweise nicht endgültig.

Zwei solcher Projekte liegen hinter mir, mit einem dritten lebe ich seit Jahren. Es hat „Armut“ zum Thema. Aus einem österreichweiten Sonderforschungsprojekt zu „Armut“ wurde nichts. Was mich betrifft, blieb es bei einer heuhüpfertartigen, einmal da, einmal dort geführten Auseinandersetzung mit dem Gegenstand: ein paar Seminare, Vorträge, Artikelchen, eine spannende Vorlesung für die Kinderuniversität, bei der ein Jungstudent den fordernden Diskussionsbeitrag ablieferte: „Meine Mama ist auch arm!“ Die Frage (inklusive der Betroffenheit) ist eine echte wissenschaftliche Herausforderung: Gib eine richtige Antwort, auf die richtige Weise, und das sofort!

Das Thema Armut hat leider immer wieder Konjunktur, und dann fühlen sich viele dazu berufen, etwas dazu beizutragen. Zur Beseitigung oder zumindest Verringerung des Problems trug die wissenschaftliche Produktion – ebenso wie der politische Diskurs – bislang nichts wirklich Umsetzbares bei. Das globale *Aid Business* nahm sich mit der Verkündung der *Millennium Development Goals* wieder einmal der Armut an. Seine FunktionärInnen reisen für teures Geld von einer Konferenz zur anderen, von einem hanebüchernen Vortrag zum nächsten, sitzen im Auditorium,

hören einander (nicht) zu und loben sich gegenseitig. Selten wurde so viel zu Armut geredet und geschrieben wie seit Mitte der 1990er Jahre – unbeeindruckt davon steigt die Zahl der Armen und Ausgegrenzten (auch wenn es der Weltbank mit ihrer Statistik gelingt, Erfolge herbeizureden). Im Jahr 2015 werden die ExpertInnen schon eine Erklärung haben, warum es nicht geklappt hat, und bedauern, dass ihre unfehlbaren Rezepte nicht umgesetzt wurden.

Das also ist der Gegenstand meines „l./a./l. Forschungsprojektes“: der Diskurs über Armut. Das Korpus reicht vom Alten Testament bis zur Tageszeitung von heute, die Kritische Diskursanalyse liefert das Werkzeug, eine Reihe von Disziplinen sekundieren der Sprachwissenschaft, von der Theologie bis zur Ökonomie. Ihre großen wissenschaftlichen Theorien und Beweisführungen sind allerdings zugleich Untersuchungsgegenstand und Erklärungshilfe. Gelingt es, die Disziplinen zu einem neuen, übergreifenden (transdisziplinären) Arbeiten zusammenzuführen? Je länger mich die Idee der Transdisziplinarität beschäftigt, desto kleiner scheinen die Erfolgchancen. Der Erfinder des Begriffs, Jürgen Mittelstraß – es wird gewiss welche geben, die ihm das streitig machen –, geht in seinem Erklärungsversuch von der Feststellung aus, dass unser Wissenschaftssystem auf eine beunruhigende Weise unübersichtlich geworden ist. Ich finde das keineswegs beunruhigend – vielleicht werden damit endlich die einfachen und disziplinär begrenzten Erklärungen obsolet.

Welche Ergebnisse erwarte ich? Verunsicherung. Die Sicherheit der „Wissenden“ ist die größte Behinderung des Fortschritts. Warum kann/will der Nobelpreisträger Amartya Sen den Widerspruch von „Freiheit/Gerechtigkeit“ und „Marktwirtschaft“ nicht wahrhaben? Warum behauptet er, „ökonomische Sicherheit“ wäre eine Dimension von „Wirtschaftswachstum“? Warum stilisieren sich Präsidenten der Weltbank zu einsamen Rittern im Kampf gegen die Armut? Wenn es gelingt, wenigstens ein paar Leute dazu zu bringen, (sich selber) kritische Fragen zu stellen, ist die Relevanz meiner Arbeit gegeben.

OLIVER SCHWANK

Südafrika: wessen Entwicklungsstaat?

Zu Beginn ein mit Bedauern ausgesprochenes Eingeständnis: Es handelt sich hier leider nicht um ein aktuelles oder gar liebstes Forschungsprojekt – die Entwicklungsforschung muss momentan gänzlich ohne mich auskommen. Vielmehr handelt es sich um ein Wunschforschungsprojekt, eine Idee, deren Realisierung derzeit genauso fern wie spannend erscheint. Ich nütze (oder missbrauche) daher den vom *Journal für Entwicklungspolitik* zur Verfügung gestellten Platz zur Konkretisierung dieser Idee.

In seinem Selbstverständnis ist Südafrika ein Entwicklungsstaat. Nachdem die ersten demokratischen Regierungen in den 1990er Jahren überraschend offensiv die makroökonomische Stabilisierung und eine recht orthodoxe liberale Wirtschaftspolitik propagiert hatten, vollzog die Regierungspartei, der Afrikanische Nationalkongress (African National Congress, ANC), zu Beginn des neuen Jahrtausends einen rhetorischen Schwenk und versprach eine deutlich interventionistischere Strategie. Diese rüttelt zwar nicht an den Grundfesten der Geld-, Fiskal- und Handelspolitik – die bleibt weiterhin vergleichsweise restriktiv –, setzt aber dennoch spürbar andere Akzente. Dazu gehören eine aktivere Industriepolitik, massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sowie ein weiterer Ausbau des sozialen Sicherheitsnetzes (Schwank 2008).

Diese Anpassungen sind mit Sicherheit dem steigenden Druck der KernwählerInnenschichten des ANC geschuldet – weder die im mächtigen Gewerkschaftsbund COSATU (Congress of South African Trade Unions) organisierte ArbeiterInnenschaft, noch die städtischen Armen und die ländliche Bevölkerung haben vom Wirtschaftswachstum der letzten 15 Jahre ausreichend profitiert. Obwohl diese Gruppen an der Wahlurne der Befreiungsbewegung ANC mangels Alternativen die Treue halten, spiegelt sich die Unzufriedenheit und Verzweiflung in immer häufigeren, zum Teil äußerst

gewalttätigen Protesten wider, die langfristig die Stabilität des Landes und damit wohl auch das vom ANC angestrebte *Better Life for All* gefährden.

Eine Frage, die sich angesichts der widersprüchlichen Elemente dieser Strategie aufdrängt, ist die nach den Erfolgsaussichten, insbesondere in Anbetracht der überaus ehrgeizigen Ziele wie etwa der Halbierung von Arbeitslosigkeit und Armut bis 2014. Wie erfolgversprechend ist beispielsweise eine Forcierung der verarbeitenden Industrie, wenn sich die Regierung gleichzeitig im Hinblick auf die Geldpolitik weiter einem Inflationsziel verschreibt und explizit nicht auf den Wechselkurs Rücksicht nimmt? Zahlreiche AutorInnen widmeten und widmen sich dieser Frage.

Zumindest ebenso interessant – und weitaus weniger beleuchtet – ist die Akteursperspektive – welche Interessen den bestehenden Kurs durchsetzen, welche Gruppen kooptiert werden, und vor allem wie diese Interessen angesichts des steigenden politischen Drucks durchgesetzt werden. Zentral für die Bearbeitung dieses Themas wäre natürlich eine Analyse des südafrikanischen Kapitals, insbesondere seit dem Regimewechsel 1994. Zu Zeiten der Apartheid beschäftigte sich eine ganze Reihe von AutorInnen mit dem südafrikanischen Großkapital und arbeitete sehr präzise sein Verhältnis zur Apartheidregierung und seinen Einfluss auf die spezifisch südafrikanische Form des Kapitalismus heraus (vgl. Fine/Rustomjee 1996). Seit 1994 – viele dieser WissenschaftlerInnen gingen in die Regierung, in die angewandte Forschung oder ins Ausland – ist auf diesem Gebiet vergleichsweise sehr wenig geforscht worden, wodurch diese Perspektive deutlich zu kurz kommt. Die Bergbau- und Finanzkonglomerate haben sich internationalisiert: In Südafrika selbst konzentrieren sie sich auf das Kerngeschäft, gleichzeitig expandieren sie global und vor allem am afrikanischen Kontinent. Sie profitierten enorm von der Öffnung der Ökonomie und konnten, trotz eines nicht immer spannungsfreien Verhältnisses mit der ANC-Spitze, im Wesentlichen auf eine ihren Interessen wohlgesonnene Politik zählen. Daran scheint auch der Wechsel in der ANC-Führung – der von den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei unterstützte Jacob Zuma löste Thabo Mbeki ab – zunächst wenig zu ändern. So kam es etwa weder in der Geld- noch in der Fiskalpolitik zu einer Richtungsänderung – und das trotz gegenteilig lautender Parteitagsbeschlüsse.

Gleichzeitig hat die verarbeitende Industrie, am deutlichsten der Textil- und Bekleidungssektor, seit Mitte der 1990er Jahre massive Einbußen hinnehmen müssen. Weder diese Teile des nationalen Kapitals noch die

Gewerkschaften, deren Mitglieder Arbeitsplätze in den Hunderttausenden verloren, konnten jedoch bislang eine Kursänderung bewirken. Eine mögliche Erklärung dafür könnte die spezifische Form des *Black Economic Empowerment* in Südafrika sein, die besonders in der frühen Phase einer politisch gut vernetzten schwarzen Elite ermöglichte, Anteile an den Bergbau- und Finanzkonglomeraten zu erwerben beziehungsweise eigene Imperien aufzubauen.

Das Erkenntnisinteresse meiner Forschungsarbeit wäre die empirische, konkrete Aufarbeitung der Interessen der wesentlichen Fraktionen des südafrikanischen Kapitals und ihrer Versuche, diese durchzusetzen. Sie würde gleichzeitig eine Forschungslücke schließen, da es kaum aktuelle Untersuchungen zur Struktur und zu den AkteurInnen des südafrikanischen Kapitals gibt. Eine solche Untersuchung könnte auch konkrete Handlungsmöglichkeiten für progressive Kräfte aufzeigen, wenn es gelingt, Widersprüche im herrschenden Block deutlicher nachzuzeichnen.

Theoretisch könnte sich eine solche Arbeit auf die bahnbrechenden Arbeiten des britischen Marxisten Ben Fine zu den Besonderheiten des südafrikanischen Kapitalismus und auf sein Konzept des *Minerals-Energy Complex* (MEC) beziehen. Der MEC beschreibt das von wenigen, im Bergbau- und Finanzsektor verwurzelten Konglomeraten dominierte Akkumulationsregime Südafrikas. Die große empirische Herausforderung wäre die präzise Beschreibung des südafrikanischen Kapitals und seiner modifizierten Strategien und Interessen in den letzten Jahren. Das wäre zeitaufwendig, aber möglich, und müsste in jedem Fall um einen Versuch der Identifizierung der konkreten Ebenen der Einflussnahme ergänzt werden, etwa in der Form von Interviews mit den SchlüsselakteurInnen auf Regierungs- und Kapitaleseite.

Wirtschaftspolitisch relevant wäre die Arbeit wohl dann, wenn sich aus der Aufdeckung von Widersprüchen konkrete Handlungsmöglichkeiten – *windows of opportunity* – für soziale AkteurInnen ergeben, die eine Richtungsänderung im Entwicklungspfad Südafrikas zulassen.

Literatur

Fine, Ben/Rustomjee, Zavareh (1996): *The Political Economy of South Africa*.

London: Hurst & Company.

Schwank, Oliver (2008): *Limits to a Developmental Regime in South Africa – Industrial Policy Revisited*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 24 (2): 92-115.

Karin Fischer, Gerald Hödl, Wiebke Sievers (Hg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum 2008 (= *Gesellschaft Entwicklung Politik – GEP, Bd. 11*), 300 Seiten, 16,80 Euro.

Dieses Buch schlüpft sofort in die Hand, biegsam durch die kaschierte Hülle, elastisch anpassbar trotz der 300 Seiten Dicke auf jede Taschengröße. Ob in Wanderjacken über den Semmering oder im Bordgepäck nach Transkaukasien: der solide Reisebegleiter für reflektierende transkulturelle Abenteuer findet seinen Platz. LeserInnen haben mit ihm im Gepäck, was sie ohne dessen Lektüre selbst nicht gewusst, gedacht oder wahrgenommen hätten. Die Sammlung von Originalstimmen ist bestens geeignet für jegliches professionelle Vorhaben, welches über „bloße“ Interdisziplinarität hinausgeht und wahre „Interperspektivität“ miteinschließt: *Entwicklungsmöglichkeiten* integrativ mitzugestalten bedeutet, die „*dissenters*“ und ihre Standpunkte und Verstehenskulturen einzubinden (sie sind oft künftige Nobelpreisträger). Egal, ob die tektonische Bruchlinie Keynesianismus/Neoklassik oder

Jordangraben heißt. Verstehe deine Feinde.

Fünfzehn EntwicklungstheoretikerInnen im O-Ton, teilweise erstmals auf Deutsch – lass sie sprechen: (1.) Rosenstein-Rodan beschreibt Entwicklung als Historio-Geographie in fünf Raum-Zonen (willkommen, Österreich, in diesem „Südosteuropa“). Diese evolutive Mustererkennung wird umsortiert von „Raum“ zu „Zeit“ durch (2.) Rostow in fünf (naturgesetzliche?) Zeit-Phasen: traditionelle Gesellschaft, Take-off, Aufstieg, Entwicklungsreife, hoher Massenkonsum. Noch ist „Zeit“ an sich der wesentlichste Faktor, erst (3.) Inkeles identifiziert „Bildung“ als maßgeblichste Triebkraft von Entwicklung – neben Urbanisierung und Medien. Er stellt neun Werte als Kriterien auf, die „Modernität“ ausmachen, vom Zeitmanagement bis zur intellektuellen Neugier – und tröstet so als Einziger unser Objektivierbarkeitsbedürfnis.

Entwicklung ist hier Abwesenheit von Entwicklungshemmnissen. Demgegenüber macht (4.) Myrdal die Ungleichheit der Entwicklung zum Thema und stellt das Ungeügen der ökonomischen Theorie fest. „Teufelskreise“ oder „zirkuläre Interdependenzen“ sind negative Feedback-Schleifen (ange-

trieben von so benannten „*backwash effects*“ oder „*spread effects*“). Diese kumulierenden Ungleichheitserzeuger rufen nach Regulierung. Mit diesem Autor beginnt systemanalytische Wahrnehmung, welche (5.) Hirschman weitertreibt, indem er situations- und entwicklungsphasenabhängige Wirksamkeit von so genannten Entwicklungshemmnissen erkennt und belegt. Diese können zu anderen Zeiten oder unter anderen Umständen (a) fördernd, (b) herausfordernd oder (c) belanglos sein. Daraus pickt (6.) Boserup den (kulturell bedingten) Eigentumsbegriff heraus und legt ihn ihrer Sichtweise der immer weiter auseinanderklaffenden Gender-Unterschiede zugrunde: Frauen würden eher um der Subsistenz willen wirtschaften, Männer für den Markt produzieren. Westliche Entwicklungshilfe hat unpassende Rollenbilder aufgezwungen. Bei (7.) Prebisch spielt die Verschlechterung der *terms of trade* eine zentrale Rolle für die *Strukturunterschiede*: als Ursache durch Einkommensabfluss ins Ausland und als Effekt für die drängende Notwendigkeit für Strukturwandel. Das hier vorgeschlagene Verstehensparadigma „Zentrum versus Peripherie“ zieht auch (8.) Frank tapfer durch seine Argumentation:

Metropolen pachten Entwicklung, Satelliten pachten Unterentwicklung. In der Dependenztheorie bestimmen Produktionsverhältnisse die Entwicklung (nicht etwa kulturelle Muster). Verstehen des Systems erlaubt Verändern des Systems: Lassen wir uns somit nicht zum Satelliten machen. Hier präsentiert sich der tiefere Grund für Unterentwicklung: exakt die Entwicklung des globalen kapitalistischen Systems selbst, wie auch bei (9.) Wallerstein. Zentren unterscheiden sich von Peripherien durch (a) Kapitalakkumulation, (b) die gesellschaftliche Organisation der lokalen Produktionsprozesse sowie (c) die politische Organisation der sich herausbildenden staatlichen Strukturen. Muster solcher nationaler Entwicklungen sind: (i) Das Gesamtsurplus geht an die Metropole statt in der Peripherie zu verbleiben, (ii) Monopolisierung eines Glieds der Güterkette, (iii) Ausdehnung der Grenzen dieser kapitalistischen Weltwirtschaft durch zum einen Transformation von Produktionsprozessen und zum anderen Umbau zu Staaten im System der kapitalistischen Weltwirtschaft. Als resultierende Wertvorstellung und Entwicklungsziel tritt ihm klar vor Augen: Wachstum *und* Gleichheit!

Der Konflikt mit (10.) Bauer erscheint unauflöslich, zumal dieser „Teufelskreise“ für mythisches Teufelszeug hält. *Cash crops* würden exportorientierte Wirtschaftsstrukturen ermöglichen, welche die Sparquote heben. Er tritt gegen den Glauben an umfassende staatliche Planung auf, wie ebenfalls sehr prononciert (11.) Lal. Der „Idealpfad“ wirtschaftlicher Entwicklung müsse nicht entlang der klassischen sektoriellen Genese „Landwirtschaft – Industrie – Dienstleistungen“ verlaufen, wie das Beispiel der Tigerstaaten zeigte, welche eine arbeitsintensive Exportstrategie gewählt haben, die sie befähigte, externe (Öl-)Schocks und die folgende Schuldenkrise besser als Planwirtschaften zu überstehen. Demgegenüber würde die von Lal eingehend als ineffizient dargestellte dirigistische Politik (a) Inlandsnachfrage erhöhen (angesichts des gefühlten Exportpessimismus), (b) inländische Ersparnisse erhöhen und (c) vermeintliche Defizite einheimischen Unternehmertums ausgleichen. Lal selbst schlägt jedoch die Förderung des arbeitskräfteintensiven Wachstums durch marktkonforme Preise vor („*getting the prices right*“).

Dagegen wettet (12.) Illich, der die soziale Kluft in der Konsumge-

sellschaft wachsen sieht. Beobachtete „Verdinglichung“ führt ihn zur Aussage: „Unterentwicklung ist auch ein Geisteszustand“. Die „Dritte Welt“ bedürfe „einer durchgreifenden Revolutionierung ihrer Institutionen“ und einer „alternativen Planung der grundlegenden Bedürfnisse in Gebieten mit andersartiger Kapitalstruktur“. Gegen steigende Unterentwicklung gebe es nur einen Weg: „über heute gültige Lösungen zu lachen, um der Nachfrage entgegenzuwirken, die diese Lösungen erst nötig macht“. Weniger originell, doch einprägsam decken (13.) Bennholdt-Thomsen & Mies im „Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft“ den großen Beitrag der „unsichtbaren Ökonomie“ auf und fordern, dass Nicht-Lohnarbeit (wieder) einen zentralen Wert bekommen müsse. Der Begriff „Kolonisierung“ beinhaltet Kapitalakkumulation, stützt sich oft auf Gewalt, Ausbeutung und Ausplünderung, zunehmend gegen Frauen. Als diskretere Gewaltanwendung versteht (14.) Escobar die Konstruktion von „Dritter Welt“ als vormals zu beherrschender Orient oder heute als Empfängerin von Entwicklungsprogrammen, die vorkonstruierte Realitäten entgegenzunehmen hätte. Im (vom Westen) diskursiv vorge-

prägten Raum wäre nichts anderes mehr vorstellbar. Entwicklung als Diskurs könne aber neu entstehen in Netzwerken mit neuem diskursivem Verhalten. Ziel ist ein Projekt, das „die menschliche Handlungsfähigkeit anerkennt und versteht, die Menschen zu fördern und sich mit ihnen gemeinsam zu bewegen“. Es geht um die „Transformation der politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Regime der Wahrheitsproduktion“. Diesen Blick auf Handlungsmöglichkeiten teilt (15.) Sen, dessen Beitrag mit „Versuch einer Synthese“ übertitelt ist. Freiheit ist das (allen anderen, partiellen Entwicklungszielen) übergeordnete Ziel, daher gilt es, sich auf dieses zu konzentrieren. Fortschritt wird daran gemessen, ob er Freiheit bringt, und Entwicklung hängt von der Handlungsfreiheit der Menschen ab. Auch wenn der Freiheitsbegriff hier noch weich, undefiniert und kriterienlos erscheinen mag, besticht doch seine integrative Kraft, die es erlaubt, politische, gesellschaftliche Aspekte einzubinden sowie verschiedene Institutionen und Werte zu berücksichtigen. „Die Verwirklichung von Freiheit beruht auf Werten“, und diese entstehen in öffentlichen Diskursen, sozialen Interaktionen und durch Partizipation. In Freiheit

gestalten Individuen erfolgreich ihr eigenes Schicksal. Eine Sicht, die einer Synthese würdig ist.

Der Gesamtduktus der 15 – in einer losen zeitlichen Abfolge geordneten – Verstehensgebäude verläuft *grosso modo* von quantitativ, ökonomisch, materiell, berechenbar, verordenbar bis hin zu qualitativ, strukturell, kulturell mitbedingt, systemisch, wert- und freiheitsorientiert. Der Rezensent hätte noch gerne das Konzept der „Verantwortung“ in dieser Sammlung gesehen.

Ein Effekt dieses Bandes möge sein, dass Menschen, die subjektiv nur von Wohlwollen motiviert und getrieben sind, ermutigt werden, andere Perspektiven in ihr Gesamtbewusstsein mit aufzunehmen. Durch Diskurse erweiterte Vorstellungsräume erweitern Handlungsräume, die letztlich „Wahrheiten“ produzieren. Nach erfolgter Reise wird Transkaukasien zu Ciskaukasien: das beste Zeichen, angekommen zu sein. Nach erfolgter Lektüre werden verfemte ideologische GegnerInnen zu PächterInnen der anderen Teilwahrheit. Evolutive Betrachtung sprengt kaukasische Kreidekreise auf zu verbogenen Kreidelinien, immerhin holprig begehbar.

Die Originalstimmen sind sorgfältig ausgewählt und angemessen

eingeleitet. Gratulation und herzlichen Dank den HerausgeberInnen für den interkulturellen evolutiven Reisebegleiter. Auf den Grundbaukasten möge ein Aufbaukasten folgen. Man sollte ein Hörbuch draus machen, um es in vielen Situationen mit wechselndem Erfahrungshintergrund reflektieren zu können. Kaufempfehlung an alle Klassikerlesemüden, die sich nach Egon Friedells komplett delectierender Aphorismensammlung, Oswald Spenglers systematischer Überanstrengung unentrinnbaren Entwicklungszyklen, Arnold Toynbees getreulicher Globalgeschichte, George Dubys frankophiler Kulturgenese, David Landes simplifizierender Verhaltens-Kultur-Geographie und Herman Dalys ökologischen Ökonomie-Quotienten immer noch in einer „engen Welt“ fühlen. Dieser Band erfrischt Sie mit seinem Klassiker-Scan durch viele der möglichen Perspektiven auf globale Dynamik. Da werden sogar Sie zum Neo-Klassiker!

GILBERT AHAMER

AutorInnen dieser Ausgabe

Henry Bernstein ist Professor of Development Studies an der School of Oriental and African Studies (SOAS) der University of London. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Agrarökonomie und globale Nahrungsmittelketten, Governance und Entwicklung. Er ist seit 2007 Mitglied des Board of Editors des JEP. hb4@soas.ac.uk

Gerald Faschingeder studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte und ist seit 2004 Direktor des Paulo Freire Zentrums für transdisziplinäre Entwicklungsforschung und dialogische Bildung. Er ist als externer Lektor im Projekt Internationale Entwicklung der Universität Wien tätig und seit 1998 Mitglied der JEP-Redaktion. gerald.faschingeder@paulofreirezentrum.at

Karin Fischer ist Assistentin an der Abteilung für Politik- und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz und Lehrbeauftragte im Projekt Internationale Entwicklung. Sie ist seit 1997 in der JEP-Redaktion, seit 2002 in geschäftsführender Funktion. karin.fischer@jku.at

Birgit Habermann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität für Bodenkultur und Doktoratsstudentin am Institute for Development Studies der Sussex University (UK) im Bereich Wissenschaftsforschung. birgit.habermann@boku.ac.at

Helmuth Hartmeyer leitet die Abteilung Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in der Austrian Development Agency (ADA). Er ist Vorsitzender der Strategiegruppe Globales Lernen, des Fachbeirates Bildung für Nachhaltige Entwicklung/Globales Lernen bei der Österreichischen UNESCO-Kommission und des Global Education Network Europe (GENE). Er ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien im Rahmen des Projekts Internationale Entwicklung und unterstützt und begutachtet das JEP von Seiten des Fördergebers seit 1995, zunächst bei KommEnt und seit 2004 von Seiten der ADA. helmuth.hartmeyer@ada.gv.at

Karen Imhof ist Historikerin und arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen globale Finanzordnung und Finanzkrisen. Sie ist seit 2003 Mitglied der JEP-Redaktion. karen.imhof@univie.ac.at

Johannes Jäger, Ökonom, ist Professor (FH) an der Fachhochschule des bfi Wien und Lehrbeauftragter im Projekt Internationale Entwicklung an der Universität Wien sowie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Mitglied der JEP-Redaktion ist er seit dem Jahr 2000. johannes.jaeger@fh-vie.ac.at

Martin Jäggle ist Universitätsprofessor für Religionspädagogik und Katechetik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Er war von 1972–1974 Leiter des neugegründeten Referats für Entwicklungsfragen beim Zentrallausschuss der Österreichischen HochschülerInnenschaft und ist derzeit unter anderem Herausgebervertreter bei Südwind. Magazin für Politik, Kultur und Entwicklung sowie Mitglied des Kuratoriums der Österreichischen Forschungstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE). martin.jaeggles@univie.ac.at

Franz Kolland ist ao. Professor am Institut für Soziologie der Universität Wien mit den Forschungsschwerpunkten Sozialgerontologie, Bildungssoziologie und Soziologie der Entwicklungsländer. Er ist Mitbegründer des JEP und sorgte bis 2002 in leitender Funktion für sein Erscheinen. Danach blieb er Redaktionsmitglied und wechselte 2007 in das Board of Editors. franz.kolland@univie.ac.at

Helmut Konrad ist seit 1984 Professor für Allgemeine Zeitgeschichte mit besonderer Berücksichtigung außereuropäischer Länder und Kulturen am Institut für Geschichte und war von 1993 bis 1997 Rektor der Universität Graz. Seit 1990 Mitglied des Board of Editors des Journals für Entwicklungspolitik. helmut.konrad@uni-graz.at

Uma Kothari ist Professorin am Institute for Development Policy and Management an der School of Environment and Development (SED) der University of Manchester. Sie arbeitet zu Entwicklung und Kolonialismus, Post-Kolonialismus, Rassismus, Gender, Migration, Kultur und Identität. Sie wurde im Jahr 2007 Mitglied des Board of Editors des JEP. uma.kothari@manchester.ac.uk

René Kuppe ist ao. Professor am Institut für Rechtsphilosophie, Religions- und Kulturrecht der Universität Wien. Er arbeitet in Forschung und Lehre zu Rechten indigener Völker, Rechtspluralismus, Fragen von Entwicklung und Recht. Er ist seit 1996 Mitglied der JEP-Redaktion. rene.kuppe@univie.ac.at

Margarita Langthaler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung mit dem Arbeitsschwerpunkt Bildung, Forschung und Entwicklung. m.langthaler@oefse.at

Bernhard Leubolt ist Doktorand am Promotionskolleg Global Social Policies and Governance an der Universität Kassel und seit dem Jahr 2003 Mitglied der JEP-Redaktion. leu@gmx.at

Irm Maral-Hanak ist Vertragsdozentin am Institut für Afrikawissenschaften und Lehrbeauftragte im Projekt Internationale Entwicklung. Ihre Schwerpunkte sind Entwicklungszusammenarbeit, Partizipation und Gender. Sie ist seit 1997 Mitglied der JEP-Redaktion. irmtraut.maral-hanak@univie.ac.at

Ulrich Menzel ist seit 1993 Professor für Internationale Beziehungen und Vergleichende Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig. Seit 1990 ist er Mitglied des Board of Editors des JEP. ulrich.menzel@tu-braunschweig.de

Andreas Novy ist ao. Professor am Institut für Regional- und Umweltwirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien, Kuratoriumsvorsitzender der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung

(ÖFSE) und wissenschaftlicher Leiter des Paulo Freire Zentrums für transdisziplinäre Entwicklungsforschung und dialogische Bildung. Er ist seit 1992 Mitglied der JEP-Redaktion. andreas.novy@wu-wien.ac.at

Christof Parnreiter ist Professor am Institut für Geographie der Universität Hamburg und seit 1995 Mitglied der JEP-Redaktion. parnreiter@geowiss.uni-hamburg.de

Stefan Pimmer ist Student am Postgraduate-Programm Lateinamerikastudien an der Universidad Nacional Autónoma de México. Er ist seit dem Jahr 2006 Mitglied der JEP-Redaktion. stefan@pimmer.info

Petra Purkarthofer ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet zu Feminist International Relations, Staat in Theorie und Praxis in Lateinamerika sowie indigenen Rechten in Mexiko und Lateinamerika. Sie ist seit dem Jahr 2000 Mitglied der JEP-Redaktion. petra.purkarthofer@univie.ac.at

Kunibert Raffer ist ao. Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Wien mit den Forschungsschwerpunkten Internationaler Handel und Finanzen. Er ist seit der Gründung des Journals für Entwicklungspolitik Mitglied der Redaktion. kunibert.raffer@univie.ac.at

Dietmar Rothermund ist emeritierter Professor für Geschichte Südasiens an der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg und langjähriger Leiter des Südasien-Instituts. Seine Werke liegen auf Deutsch, Englisch, Chinesisch, Türkisch und in indischen Sprachen vor. Im Board of Editors des JEP ist er seit 1990. dietmar.rothermund@t-online.de

Walter Schicho, Afrikawissenschaftler mit Schwerpunkt Zeitgeschichte, Globalgeschichte und Diskursanalyse, ist Professor am Institut für Afrikawissenschaften. Er war von 1996 bis 2003 Mitglied der JEP-Redaktion. walter.schicho@univie.ac.at

Oliver Schwank ist Ökonom und arbeitet zu industrieller Entwicklung in Südafrika und Afrika. Er ist im Jahr 2007 der JEP-Redaktion beigetreten. oliver.schwank@gmx.net

25 Jahre JEP: Verzeichnis der AutorInnen und SchwerpunktredakteurInnen

- Abbott, George C.**, 3/1991, 4/1994
Adams, Martin, 1/2003
Aguila, Marcos, 1/2006
Ahamer, Gilbert, 3/2008
Al-Ani, Ayad, 2/1990, 1/1991,
4/1995
Alcántara, Carlos H. Durand,
2/1999
Alkazaz, Aziz, 4/1995
Ammering, Uta, 3/2008
Amry, René Paul, 4/2004
Andorfer, Veronika, 3/1996
Andrae, Franz, 2/1990, 3/1994
Angerer, Roland, 3/1990
Aremo, James, 2/1995
Arrighi, Giovanni, 4/2000
Asenso-Okyere, Kwado, 2/2009
Ataç, Ilker, 1/2000, 2/2008
Atzmanstorfer, Karl, 1/2005
Aufhauser, Elisabeth, 1/2001
Auinger, Markus, 2/2005, 3/2009
Auprich, Andreas, 3/1998
Ay, Peter, 3/1999
Azzellini, Dario, 4/2006
Bâ, Cheikh, 2/1995
Baiculescu, Michael, 2/1997
Banerjee-Guha, Swapna, 3/1995
Barrientos, Stephanie, 2/2009
Baviskar, B.S., 4/1990
Beck, Victor, 3/1986
Becker, Joachim, 2/1998, 2/1997,
2/2001, 3/2003, 2/2006, 2/2008
Beddies, Sabine, 3/2008
Bendana, Alejandro, 3/2006
Benedek, Wolfgang, 1/1994
Benedikt, Clemens, 2/2002
Berg, Evamaria, 2/1992
Bernstein, Henry, 2/2007
Bértola, Luis, 2/1998
Bhattacharya, B.B., 3/1987
Bieling, Hans-Jürgen, 1/2009
Bierschenk, Thomas, 1/1992
Birol, Fatih, 1/1988, 4/1990
Bond, Patrick, 4/2003
Bortz, Jeffrey, 1/2006
Bouzek, Bernhard, 1/1993
Brand, Ulrich, 1/2007
Braun, Gerald, 1/1991
Braun, Ernst, 3/1986
Breitwieser, Franz, 2/1985, Sonder-
heft 1993, 2/1994
Brezinski, Horst, 2/1986
Brock, Lothar, 4/2007
Brock-Utne, Birgit, 4/2006
Brown, Lawrence A., 3/1995
Brunner, Markus, 4/1992, 2/1993
Budka, Philipp, 1/2004
Burchardt, Hans- Jürgen, 2/1997,
3-4/2001, 2/2003
Carraro, Rosângela, 3/2007
Cerman, Markus, 4/1993
Chavez, Jenina Joy, 2/2003
Christ, Renate, 3/1992
Christie, Kenneth, 3/1993, 4/1997

Coimbra de Souza, Daniela, 1/2007
Cotella, Giancarlo, 1/2007
Cunha, Gabriela Cavalcanti,
 3/2009
Dávila-Villers, David R., 2/1992
de Buckle, Teresa Salazar, 3/1988
Debiel, Tobias, 4/2007
Derkowitsch, Klaus, 2/1985
Dietrich, Wolfgang, 1/1994
Diketmüller, Rosa, 1/2001
Dobozi, István, 3/1987
Donnaberger, Lilli, 2/1995
Dossi, Harald, 1/1985, 3/1985
Drahos, Peter, 4/2005
Duchnese, Ricardo, 1/2006
Durlo, Miguel Antão, 3/1994
Dussel Peters, Enrique, 3-4/2001
Dziobek, Claudia, 2/1985
Ebner, Ulla, 3/2005
Echevarría León, Dayma, 3/1998
Ederer, Brigitte, 4/1992, 1/1994
Eichinger, Kurt, 2/1985
Eid, Ursula, 4/1987
El Masry, Ingrid, 2/2006
Elsenhans, Hartmut, 4/1986,
 1/1991, 2/1992, 4/1999
Engel, Ulf, 2/2000
Engel, Bruno, 4/1987
Englert, Birgit, 1/2003
Erdmann, Gero, 2/2000
Eriksen, Stein Sundstøl, 1/2002
Exenberger, Andreas, 3/2008
Fallah-Nodeh, Mehdi, 2/1989,
 1/1994
Faour, Muhammad, 4/1995
Faria, Luiz Augusto Estrella, 2/1998
Faria, Maurício Sardá de, 3/2009
Faschingeder, Gerald, 1/2000,
 2/2002, 1/2004, 3/2004, 3/2007
Feld, Werner J., 2/1985
Fellner, Peter Christian, 2/1994
Ferdowsi, Mir A., 4/1995
Fernandes, Ana C, 2/1998
Ffrench-Davis, Ricardo, 4/1991
Fino, Daniel, 2/1995
Fischer, Karin, 4/2000, 3/2002,
 2/2003, 3/2003, 1/2006, 2/2007
Flehsig, Steffen, 3/1989
Fornari, Liege Maria Sitia, 3/2007
Forster, Jaques, 2/1990
Frank, Andre Gunder, 3/1987,
 1/1991
Frauensolidarität, 2/1987
Freidmann, John, 2/1985, 2/1988
Frimmel, Martin, 3/1992
Fritscher Mundt, Magda, 3-4/2001
Gabriel, Leo, 4/2004
Galván, Jorge Alberto González,
 2/1999
Gamper, Catharine D., 3/2008
Gärtner, Peter, 1/1996
Geißlhofer, Hans, 3/1988
Genro, Maria Elly Herz, 3/2007
Gerbel-Wimberger, Maria, 1/1993
Gern, Jean-Pierre, 2/1991
Gerster, Richard, 4/1990
Gevers, Nadia, 4/1989
Giacalone, Rita, 4/1992
Gilroy, Bernard Michael, 2/1988
Gindin, Sam, 1/2009
Goldschmidt, Christopher, 1/1992
Gonzalez, Jorge Corona, 4/2006

Göthner, Karl-Christian, 3/1989
Gotsbachner, Emo, 1/1994
Göttel, Hans, 3/2007
Gowan, Peter, 1/2009
Graf, Wilfried, 3/2006
Grahl, John, 1/2009
Grau, Inge, 2/2002
Grausgruber, Alfred, 1/1997
Gregorcic, Marta, 3/2007
Gretzmacher, Ralph, 3/1994
Grobbauer, Heidi, 3/1991, 3/2007
Groder, Joachim, 4/1999
Grown, Caren, 4/1985
Grünberg, Georg, 1/2000
Gsänger, Hans, 2/1995
Gudynas, Eduardo, 2/2006
Gugliano, Alfredo Alejandro,
2/2005
Guimarães, César Augusto, 3/1994
Guttal, Shalmali, 2/2003
Gy. Duda, Viktória, 1/2004
Haberl, Helmut, 3/2008
Hafner, Astrid, 3/2009
Halbartschlager, Franz, 3/2007
Hamelink, Cees J., 1/2008
Hanak, Ilse, 1/1998
Hapke, Holly M., 4/1988
Hartmeyer, Helmuth, 2/1987,
1/1998
Hatti, Neelambar, 4/1993
Hauser, Michael, 3/2005
Hayami, Yujiro, 1/1986
Heep, Alke, 2/1987
Heierli, Urs, 3/1986
Heigl, Miriam, 1/2007
Heintel, Martin, 4/2002
Henderson, Jeffrey, 2/2009
Herbas, Gabriel, 4/2003
Herbert, Wolfgang, 2/1993
Herdin, Franziska, 2/2002, 1/2005,
2/2005 – (Schmidtkunz)
Hesp, Paul, 3/1985, 1/1987, 3/1989
Hess, Martin, 2/2009
Hesselbein, Gabi, 1/1999
Hettne, Björn, 1/1987
Hickling-Hudson, Anne, 4/2006
Hildebrand, Lars, 2/2009
Hilpert, Ulrich, 3/1986
Hilpold, Peter, 1/1996
Hinz, Manfred O., 4/1989
Hobbelink, Henk, 3/1988
Höck, Susanne, 1/1996
Hödl, Gerald, Sonderheft 1993,
2/2007
Hödl, Walter, 3/1992
Hoering, Uwe, 4/2003
Hofmann, Michael, 2/2003
Höggerl, Maria, 3/1996
Holaday, William H., 4/1985,
3/1988
Höll, Otmar, 3/1992, 1/1994
Holley, Heinz, 1/1993, 1/1997
Höpp, Gerhard, 1/1986
Horejs, Irene, 3/1996
Horvat, Manfred, 3/1986
Hozner, Brigitte M., 4/1988
Hugo, Graeme, 3/1995
Humphries, John W., 3/1988
Hunek, Tadeusz, 4/1985, 3/1989
Husa, Karl, 4/2002
Illy, Hans F., 4/1994

Imhof, Karen, 3/2003, 2/2006,
 1/2009
INSTRAW, 4/1985
**International Defence and Aid
 Fund for Southern Africa**,
 3/1989
Ishikawa, Shigeru, 3/1985
Ivanceanu, Ina, 3/2004
Jäger, Johannes, 3/1996, 3/2003,
 2/2005, 1/2009
Jäggle, Martin, 1/1998
Jakobeit, Cord, 2/2000
Jekel, Thomas, 1/2005
Kainbacher, Paul, 1/1997
Kaiser, Gregor, 3/2008
Kaiser, Walter, 2/1986
Kalabamu, Faustin, 1/2003
Kappel, Robert, 3/1999, 2/2000,
 2/2003
Kappel, Rolf, 4/1994
Karbuz, Sohbet, 4/1990
Karcher, Wolfgang, 1/1997
Kariuki, Samuel, 1/2003
Kay, Cristóbal, 1/1989, 2/1989
Kelly, Laura, 3/1992
Kempel, Willy, 3/1992
Killian, Herbert, 3/1994
Kimble, Helen, 3/1991, 1/1996
Kitter, Gerald, 2/1996
Klaff, René, 3/1991
Kleine, Michael, 3/1994
Klingebiel, Stephan, 4/1993
Kloess, Julia, 1/2004
Knoke, Irene, 2/2003
Koch, Max, 1/1999
Köhler, Bettina, 4/2003, 2/2005,
 1/2008
Kolland, Franz, 1/1987, 4/1987,
 4/1988, 3/1990, 4/1997, 3/1998,
 4/1999, 1/2000
Komlosy, Andrea, 3/1986, 1/2006
Kopeinig, Margaretha, 2/1994
Korff, Rüdiger, 4/1998
Kostner, Markus, 2/1989, 4/1993
Kothari, Uma, 2/2007
Kraas, Frauke, 4/2002
Kraemer, Moritz, 4/1994
Kraemer-Bayer, Gabriela, 2/1999
Kramer, Gudrun, 3/2006
Kramer, Helmut, 2/1989
Krammer, Reinhard, 1/2005
Krasner, Stephen D., 4/1986
Kratena, Kurt, 1/1989
Küblböck, Karin, 4/1996, 2/2001
Künnemann, Rolf, 3/2005
Kuppe, René, 2/1999, 4/2004
Kurien, C. T., 4/1987
Laaser, Wolfram, 3/1989, 4/1994
Lambach, Daniel, 4/2007
Láng, Lászlo, 2/1986
Langthaler, Margarita, 4/2006
Larcher, Dietmar, 4/1992
Lavigne, Marie, 2/1986
Lawo, Thomas, 2/2007
Lawson, Victoria A., 3/1995
Lechner, Norbert, 4/1991
Lemaire, Ton, 1/1986
Lemaître, Andreia, 3/2009
Lenhart, Lioba, 3/2006
Lenner, Katharina, 2/2008
Lennkh, Georg, 1/1998

Leonhard, Ralf, 3/2005
Lessmann, Robert, 4/2004
Lessmeister, Ralph, 2/2009
Leubolt, Bernhard, 3/2003, 1/2004,
 2/2005, 1/2007, 2/2008
Lewis, Rachel, 4/1997
Leys, Colin, 1/2006
Lichem, Walther, 4/1987
Lichtblau, Pia, 4/2006, 3/2007
Lipton, Michael, 3/1985
Loeza, Soledad, 1/1995
Loeffelholz von Colberg, Editha,
 2/2007
Longatte, Annie, 2/1993
López y Rivas, Gilberto, 4/2004
Lossau, Julia, 1/2005
Luciak, Ilja, 2/2004
Luger, Kurt, 3/1990
Lund, Christian, 1/2003
Lust, Herbert, 4/1996
Lyth, Anette, 2/2004
Mährdel, Christian, 2/1988, 2/1993
Mährdel, Ingrid, 2/1993
Maihold, Günther, 4/1997
Mair, Margarita, 3/1996
Makoba, Johnston Wagona,
 4/1996, 3-4/2001
Mandel, Jennifer L., 3/1995
Mansilla, H. C. F., 3/1988, 4/1991,
 1/1995, 2/1999
Mar Velasco, Patricia, 3-4/2001
Maral-Hanak, Irm, 3/1997, 3/2000
Marques-Pereira, Jaime, 2/1998
Martelo, Emma Zapata, 3/1995
Matambalya, Francis, 1/1993
Mayorga, René Antonio, 1/1995
Mayoux, Linda, 3/2000
Mazal, Gottfried, 3/1987
Mbaya, Etienne-Richard, 1/1986
Mehler, Andreas, 2/2000
Melber, Henning, 1/2002
Meller, Patricio, 4/1991
Menzel, Ulrich, 4/1993
Mertens, Heide, 1/2001
Messner, Dirk, 2/1992
Meyer, Reiner, 3/2006
Michal-Misak, Silvia, 2/1994
Militz, Eva, 3/1985
Mkandawire, Thandika, 1/2002
Mokre, Monika, 3/2004
Moldaschl, Manfred, 3/2009
Molt, Peter, 3/1999
Moore, Mick, 2/1987, 4/1987
Mukarovsky, Hans, 1/1993
Müller, Hans, 2/1996
Munck, Ronaldo, 4/1986
Murphy, Sophia, 3/2005
Murshed, S. Mansoob, 4/1990
Myrdal, Gunnar, 1/1985
Nandy, Ashis, 1/1987
Navarro, Ricardo, 3/1986
Nemella, Joachim, 2/1991
Nett, Bernhard, 4/1999
Neubauer, Elfriede Ch., 3/1990,
 4/1992
Neuburger, Martina, 3/2008
Neugebauer, Christian M., 2/1989
Neuhold, Brita, 1/1998
Neuwirth, Martina, 4/1998
Nicolescou, Augustin, 3/2006
Nitsch, Manfred, 1/1991
Nölling, Wilhelm, 3/1991

Nosseck, Silvia, 2/2001
Nöst, Barbara, 3/1997
Nothegger, Barbara, 2/2005
Novy, Andreas, 1/1988, 1/1992,
 3/1996, 2/1998, 4/1998, 2/2000,
 2/2001, 1/2007, 3/2007
Nowak, Manfred, 1/1985, 1/1994
Nuscheler, Franz, 1/2008
Nyamnjoh, Francis B., 2/2007
Obrovsky, Michael, 3/1989, 1/1998,
 2/2001, 2/2003
Obser, Andreas, 2/1991
Odman, E. Asli, 1/2000
OECD, 1/1990
Olukoshi, Adebayo, 2/2007
Otero-Iglesias, Miguel, 1/2009
Ott, Katharina, 3/1989
Paasch, Armin, 1/2003
Padayachee, Vishnu, 4/2008
Paffenholz, Thania, 3/2006
Page, Sheila, 1/1999
Palan, Ronen, 1/2006
Paleczek, Gabriele, 1/1989
Palme, Herwig, 3/1985, 2/1986,
 4/1986, 1/1987, 1/1990, 3/1993,
 2/1995
Palmer, Robin, 1/2003
Panitch, Leo, 1/2009
Parnreiter, Christof, 3/1995, 2/1997,
 4/1998, 3-4/2001, 1/2006
Parra, Maya, 4/1997
Paterson, Matthew, 3/1992
Perchinig, Bernhard, 2/1991
Pérez Rojas, Niurka, 3/1998
Pernerstorfer, Josef, 2/1985
Perruci, Gamaliel, 1/1995
Petritsch-Holaday, Mechtild,
 4/1985, 2/1987, 3/1988
Pevetz, Werner, 4/1985, 2/1987
Pfeiffer, Erna, 1/1990, 4/1992
Phillips, Richard, 2/2009
Pietsch, Ursula, 4/1996
Pilz, Erich, 1/2000, 2/1997
Pippan, Christian, 4/1998
Pirker, Kristina, 4/2000, 3-4/2001
Plank, Leonhard, 2/2009
Platteau, Jean Phillipe, 2/1985,
 3/1985, 1/1997
Plehwe, Dieter, 3/2002
Pönisch, Herbert, 2/1985
Pospisil, Jan, 4/2007
Pranger, Ingrid, 1/2004
Prokop, Tina, 1/2000, 3/2004
Pumpernig, Werner, 1/1985
Purkarthofer, Petra, 2/2001,
 3-4/2001, 2/2004
Purkhart, Markus, 2/1996
Raffer, Kunibert, 1/1985, 2/1986,
 3/1987, 1/1989, 3/1990, 4/1994,
 1/1999, 2/2002
Rajie, Shaheed Mirza, 1/1993
Rauch, Theo, 2/1987
Raza, Werner, 4/2005
Reiter, Patricia, 1/2004
Reuter, Walter, 3/1989
Rill, Walter, 4/1997
Rip, Arie, 3/1986
Rogaly, Ben, 3/1993
Rogl, Bernhard, 2/1996
Ropohl, Günter, 3/1986
Roschmann, Christian, 4/1993
Rosenmayr, Hilde, 4/1985

Rötzer, Julia, 2/1995
Rudra, Ashok, 3/1985
Rundquist, Franz-Michael, 4/1993
Sabina, Elvira Martin, 4/2006
Sader, Frank, 4/1988
Sakr, Naomi, 1/2008
Sall, Ebrima, 1/2002
Salzer, Irm, 2/2005
Sámano Rentería, Miguel Angel,
 2/1999
Samec, Elisabeth, 1/1998
Saptari, Ratna, 3/1997
Sarkar, Prabirjit, 1/1989
Sassen, Saskia, 3/1995, 4/2000
Sathyamurthy, T. V., 4/1986
Satisch, Arora, 1/1985
Sauer, Walter, 1/1986, 4/1988,
 4/1989, Sonderheft 1993,
 1/1993, 2/1993, 2/1996, 2/1997
Sausmikat, Nora, 3/2002
Schabus, Nicole, 2/2002, 4/2004
Schäfer, Rita, 3/1998
Schaffar, Wolfram, 2/2008
Schedler, Andreas, 1/1988, 4/1991,
 1/1995
Schelke, Waltraud, 3/1993, 2/2000
Scherb, Margit, 4/1995
Scherrer, Walter, 3/1990
Schicho, Walter, 2/1993, 4/1997,
 1/2003
Schilling-Vacaflor, Almut, 1/2008
Schlyter, Ann, 3/1997
Schmalz, Stefan, 4/2005
Schmidt, Reinhard H., 3/2000
Schmidt, Gert, 2/1994
Schmitt, Tobias, 3/2008
Schönleitner, Günther, 3/1998
Schröder, Ralf, 2/2003
Schuh-Schmeikal, Bernd, 2/1985
Schui, Herbert, 3/2003
Schultz, Siegfried, 3/1991
Schulz, Brigitte H., 2/1986, 1/1988
Schuurman, Frans J., 2/2007
Schwaiger, Eva, 3/1996
Schwank, Oliver, 3/2003, 2/2006,
 2/2008
Schwarz, Ingrid, 1/2001
Schweighofer, Erich, 2/1999
Sciortino, Rosalia, 3/1997
Sen, Gita, 4/1985
Senghaas, Dieter, 2/2003
Sensenig, Gene R., 3/1990
Seyfried, Richard, 2/1996
Shaiken, Harley, 3-4/2001
Sharma, Devinder, 3/2005
Shivji, Issa G., 3/2002
Siitonen, Lauri, 2/1990
Simonis, Udo E., 4/1990
Singer, Hans W., 3/1991
Singh, Pritam, 3/1993
Singham, A.W., 1/1987
Six, Clemens, 2/2002, 4/2007
Skuhra, Anselm, 4/1986, 4/1987,
 4/1996, 1/1997
Smyth, Ines, 3/1997
Soederberg, Susanne, 1/2009
Sommerauer, Erich, 1/1993
Spirik, Hermann, 1/1985
Spreitzhofer, Günter, 1/1996,
 2/1997, 3/1998, 4/2002
Staritz, Cornelia, 2/2009
Stavenhagen, Rodolfo, 1/1986

Steinbauer, Heribert, 3/1985
Stetter, Hilmar, 2/1995
Stocker, Herbert, 2/1987, 2/1988
Stockinger, Heinz, 3/1990
Stöckl-Pukall, Ernst, 3/1999
Storer, Peter, 2/1990
Streeten, Paul, 3/1987, 4/1994
Strickner, Alexandra, 4/2005
Strobel, Renate, 4/1998
Strong, Maurice F., 3/1992
Strunz, Herbert, 1/1991, 4/1993,
 4/1995
Strzepek, Kenneth M., 3/1988
Stuckey, Barbara, 1/1987
Stückler, Maria, 2/2004
Sunkel, Osvaldo, 3/1987, 4/1992
SWAPO Election Manifesto,
 4/1989
Swindell, Kenneth, 3/1995
Swyngedouw, Erik, 4/2003
Tandon, Rameshwar, 1/1992, 3/1993
Tasli, Kaan, 1/2004
Tavares de Almeida, Maria
Herminia, 4/1991
Taylor, Judith, 3/1987
Tayyib, Rafik M., 4/1993
Tetzlaff, Rainer, 4/1986
Thelen, Stefan K., 2/1992
Tittor, Anne, 2/2008
Tornaghi, Chiara, 1/2007
Tuncer, M. Gökhan, 1/2000
Urban, Waltraut, 2/1997
Utrecht, Artien, 3/1997
Uvin, Peter, 2/1995
van den Belt, Henk, 3/1986
van Dijk, Meine Pieter, 4/1987,
 2/1991
van Leeuwen, E.H., 2/1988
Vellut, Jean-Luc, 2/1993
Verzetnitsch, Fritz, 1/1992
Vielhaber, Christian, 1/2005
Vilker, Ana Silvia, 3/2003
Vilsmaier, Uli, 1/2005
Vogel, Bernd, 2/1996
Vögel, Monika, 2/2003
Vranitzky, Franz, 2/1985
Vries, Peer, 4/2008
Wagner, Birgit, 4/1997
Wagner, Joachim, 2/1988
Wahl, Peter, 4/2000
Walaga, Charles, 3/2005
Walpen, Bernhard, 3/2002
Wälty, Samuel, 4/1999
Wang, Georgette, 1/2008
Wasko, Janet, 1/2008
Watts, Machael J., 1/1990
Weber, Wolfgang G., 3/2009
Webster, Neil, 3/1993, 2/1995
Wedenig, Johannes, 2/1994
Weikert, Aurelia, 1/2001
Weimayr, Matthias, 4/1987
Weinzinger, Brigitte, 2/1987
Weiser, Dieter, 3/1994
Weissenbacher, Rudy, 4/2008
White, Richard, 1/2003
White, Benjamin, 1/1987
Wiedemann, Markus, 4/1987
Wild, Claudia, 1/1989
Wimmer, Franz Martin, 3/2004
Winckler, Carlos Roberto, 3/2007
Winkler, Adalbert, 3/2000

Wittmann, Veronika, 1/2008
Wohlgemuth, Lennart, 1/2002
Wohlschlägl, Helmut, 4/2002
Wolf, Susanna, 3/1999
Wölflingseder, Johanna, 2/1989
Wolfsberger, Ursula, Sonderheft
1993
Wucher, Susanne, 4/1988
Wurm, Andrea, 1/1988
Yamba, Bawa, 1/2002
Yang, Rui, 4/2006
Yildiz, Hayati, 4/1990
Zamecnik, Natasha, 4/1997
Zauner, Atiye, 1/1997, 1/2004
Zeschin, Theresia, 4/1989
Ziai, Aram, 2/2007
Zwarteveen, Margreet, 4/2003

Die letzten Ausgaben

- 1/05 „Entwicklung“ im Schulunterricht / “Development” in School Education
2/05 Alternative Entwicklungen in Lateinamerika / Alternative Developments in Latin America
3/05 Recht auf Nahrung / Right to Food
4/05 WTO at the Crossroads. Stand und Perspektiven des Welthandelsregimes / WTO at the Crossroads. State and Perspectives of the Global Trading System
1/06 In Memoriam Andre Gunder Frank
2/06 Regionale Integration / Regional Integration
3/06 Konflikttransformationen und Friedensprozesse / Conflict Transformation and Peacebuilding
4/06 Entwicklung und Bildung / Education and Development
1/07 Approaches to Governance / Governance
2/07 Perspectives on Development Studies / Entwicklungsforschung
3/07 Paulo Freire heute / Popular Education
4/07 Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen / Development Cooperation and Security Politics
1/08 Medien und Entwicklung / Media and Development
2/08 Periphere Staatlichkeit / Peripheral statehood
3/08 Wachstum – Umwelt – Entwicklung / Growth – Environment – Development
4/08 Global Uneven Development / Globale ungleiche Entwicklung
1/09 Transformation of Global Finance / Transformation des globalen Finanzsystems
2/09 Global Commodity Chains and Production Networks / Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke
3/09 Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat / Solidarity Economics between Market and State

Die kommenden Hefte

- 1/10 Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel / Changing Power Relations in Latin America
2/10 Think Tanks und Entwicklungspolitik / Think Tanks and Development Politics

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet. Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at.
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at.
Further information at:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXV, 4-2009, ISBN 978385476-321-5

Preis des Einzelhefts: Euro 9,80; sFr 17,50

Preis des Jahresabonnements: Euro 39,80; sFr 69,-

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

I. Auflage 2009

© Mandelbaum Verlag Wien / Mattersburger Kreis

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Julia Löw, weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen, Berggasse 7, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.



K. Fischer, G. Hödl, W. Sievers (Hg.)
KLASSIKER DER ENTWICKLUNGSTHEORIE
Von Modernisierung bis Post-Development
mandelbaum verlag, 2009, 300 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band präsentiert die wichtigsten Denkschulen der Entwicklungstheorie anhand ihrer einflussreichsten und prägnantesten Texte.



F. Kolland, P. Dannecker, A. Gächter, C. Suter (Hg.)
SOZIOLOGIE DER GLOBALEN GESELLSCHAFT
Eine Einführung
mandelbaum verlag, 2010, 385 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band führt in zentrale Dimensionen einer transnationalen Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung ein.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

**PERIPHERIE - Zeitschrift für Politik und Ökonomie
in der Dritten Welt**

**PERIPHERIE - abonnieren/bestellen/Probeexemplar:
www.dampfboot-verlag.de/form_periphabo.php**

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

